



Gutachten zur Sozialwirtschaft in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Freien Wohlfahrtspflege

Im Auftrag der Liga der Freien Wohlfahrt Sachsen

Gesundheitsökonomisches Zentrum der TU Dresden
Prof. Dr. Alexander Karmann, Dr. Andreas Werblow, Benedikt Karmann und Andrea Jurack



Vorwort

Seit einiger Zeit legt die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen jährlich Wohlfahrtsberichte zu ausgewählten Schwerpunkten vor. Ziel der Wohlfahrtsberichte ist es, gezielt mit Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu bestimmten Themen ins Gespräch zu kommen – zum Thema Armut, Pflege und Fachkräfte. In diesem Jahr trägt der Wohlfahrtsbericht einen etwas anderen Charakter – die Zielsetzung indes ist unverändert.

Das Sozial- und Gesundheitswesen in unserer Gesellschaft erfährt eine ähnliche dynamische Entwicklung wie die Volkswirtschaft insgesamt. Zunehmend sprechen Volkswirtschaftler und Ökonomen von der „Sozialwirtschaft“ und deren finanziellen und wirtschaftlichen Aspekten für die Volkswirtschaft. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen hat sich daher dieses Jahr entschlossen, das Gesundheitsökonomische Zentrum der Technischen Universität Dresden mit einem Gutachten zur Sozialwirtschaft in Sachsen zu beauftragen.



Die Arbeitsfelder des Sozial- und Gesundheitswesens decken unterschiedliche Hilfen und Angebote durch personensorientierte Dienstleistungen ab. Sie richten sich teilweise an das Individuum, um Notlagen zu überwinden, aber gewährleisten auch strukturelle Angebote für die gesamte Gesellschaft. Sie dienen damit der allgemeinen Daseinsvorsorge.

Sie reichen von der individuellen Beratung bei Suchtgefahren oder Schulden über individuelle Pflegeleistungen bis hin zu einem flächendeckenden Angebot von Kindertagesstätten in unterschiedlicher Trägerschaft. Der soziale Sektor wird in diesem Gutachten deutlich als ein Wirtschaftsakteur im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft gesehen und bewertet, der wichtige Dienstleistungen für diese Gesellschaft sowie entsprechende Beschäftigungseffekte und wirtschaftliche Effekte erbringt. Im Gutachten haben wir zugleich besonders untersuchen lassen, welche Wirkungen von dem der freien Wohlfahrtspflege innewohnenden ehrenamtlichen Engagement für die Gesellschaft in Sachsen ausgehen. Über diese Funktionen wollen wir mit unterschiedlichen Akteuren ins Gespräch kommen.

Dennoch ist zu betonen: Die freie Wohlfahrtspflege ist keinesfalls ein Wirtschaftsakteur „wie alle anderen auch.“ Ihre Bedeutung für eine funktionsfähige Gesellschaft geht weit darüber hinaus. Nicht nur, weil soziale Arbeit vor allem Beziehungsarbeit ist und als solche eben nicht als „marktfähige Ware“ gesehen werden kann. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände mit ihren gemeinnützigen Einrichtungen ist zugleich Motor für die Weiterentwicklung sozialer Arbeit und Garant sozialstaatlicher Prinzipien wie sie im Grundgesetz niedergelegt sind. Sie ist daher zu stärken und nicht weiter zu schwächen. Auch darüber müssen wir mit Politik und Öffentlichkeit wieder verstärkt ins Gespräch kommen. Subsidiarität, gesetzlicher Vorrang freier Träger, demokratisch verbrieftes Wunsch- und Wahlrecht sind wesentliche Elemente der Zivilgesellschaft, die in den Rahmenbedingungen der modernen Sozialwirtschaft berücksichtigt werden müssen. Mit unserem Wohlfahrtsbericht möchten wir darüber eine rege und breite öffentliche Diskussion initiieren.

Rüdiger Unger
Liga-Vorsitzender

Gutachten zur Sozialwirtschaft in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Freien Wohlfahrtspflege

Im Auftrag der Liga der Freien Wohlfahrt Sachsen

Gesundheitsökonomisches Zentrum der TU Dresden

Prof. Dr. Alexander Karmann, Dr. Andreas Werblow, Benedikt Karmann und Andrea Jurack

Zusammenfassung

Die Sozialwirtschaft trägt im Jahr 2008 über 7% zur Bruttowertschöpfung in Sachsen bei. Fast jeder zehnte Arbeitsplatz in Sachsen befindet sich in der Sozialwirtschaft. Damit sind in Sachsen mehr Menschen in der Sozialwirtschaft tätig als im Bau- und Gastgewerbe zusammen. Die Sozialwirtschaft ist auch ein Wachstumsmotor. Von 2002 bis 2008 ist die Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen um 25% gestiegen, wohingegen die gesamte Bruttowertschöpfung nur um ungefähr 16% gestiegen ist. Inflationbereinigt ist die Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen um 13,5% gewachsen. Darüber hinaus ist die Sozialwirtschaft von einer hohen Frauenquote geprägt. Fast drei Viertel der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft sind Frauen.

Im Krankenhaussektor findet die größte Bruttowertschöpfung statt. Zudem sind die meisten Beschäftigten der Sozialwirtschaft im Krankenhaussektor tätig. Großen Anteil an dem Wachstum und den Wachstumspotentialen der Sozialwirtschaft haben auch die Pflegeheime und Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe und Beratungsstellen.

Die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtsverbände im Jahr 2008 beträgt in Sachsen mehr als 2 Milliarden Euro. Gemessen an der gesamten Bruttowertschöpfung steuert die Freie Wohlfahrtspflege über 2,5% zur Bruttowertschöpfung in Sachsen bei. Mehr als ein Drittel der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft entfällt auf Leistungen und Angebote der Freien Wohlfahrtspflege. Insgesamt arbeiten in der Freien Wohlfahrtspflege knapp 63.000 Erwerbstätige in der Sozialwirtschaft Sachsens. Der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft steigt auf über 50%, wenn der große Bereich der Krankenhäuser aus der Sozialwirtschaft herausgerechnet wird. Mit anderen Worten, die Freie Wohlfahrtspflege steuert nach dieser Definition über die Hälfte zur Bruttowertschöpfung in der sächsischen Sozialwirtschaft bei.

Den größten Anteil besitzt die Freie Wohlfahrtspflege im Bereich der Heime. Unter dieser Rubrik sind Jugendwohnheime, Erziehungsheime, Altenwohn- und Pflegeheime, Heime für werdende Mütter sowie Wohnheime und Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter zusammengefasst. Etwas mehr als ein Drittel der Einrichtungen und Dienste in diesem Bereich entfallen auf die Freie Wohlfahrtspflege. Einen ähnlich großen Anteil besitzt die Freie Wohlfahrtspflege auch in demjenigen Bereich des Sozialwesens, in dem insbesondere ambulante soziale Dienste sowie Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen zusammengefasst sind. Den geringsten Anteil hat die Freie Wohlfahrtspflege an den Krankenhäusern. Ungefähr 12% steuert die Freie Wohlfahrtspflege zur Bruttowertschöpfung im Krankenhaussektor bei. Die absolute Bruttowertschöpfung ist dennoch beachtlich, da die Bruttowertschöpfung im Krankenhaussektor sehr hoch ausfällt.

Aufgrund einer regionalökonomischen Analyse für zwei ausgewählte Träger im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge kann darüber hinaus gezeigt werden, welche Beschäftigungs- und Einkommenseffekte durch Einrichtungen der Freien Wohlfahrt ausgehen können. Hochgerechnet auf den Freistaat Sachsen ergibt sich, dass geschätzte 7.000 Erwerbstätige in anderen Wirtschaftsbereichen indirekt durch die Arbeit der Einrichtungen der Freien Wohlfahrt finanziert werden. Der induzierte Einkommenseffekt würde ca. 218 Millionen Euro betragen.

Wichtig für die Arbeit der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege ist das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bezeichnet das Ehrenamt als eine der wichtigsten Unterstützungen für die Verbände, ohne die viele

Einrichtungen und Leistungen kaum angeboten werden könnten. Die BAGFW schätzt, dass ca. 2,5 bis 3 Millionen Menschen sich ehrenamtlich bei der Freien Wohlfahrt engagieren. Somit sind mehr als 10% aller ehrenamtlich Beschäftigten bei der Freien Wohlfahrtspflege aktiv.

Laut der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege engagierten sich 2009 in etwa 37.114 Bürger in Sachsen ehrenamtlich bei der Freien Wohlfahrtspflege, die nach unseren Berechnungen einen volkswirtschaftlichen Beitrag von ca. 57 Millionen Euro leisten.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Inhaltsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis	8
Abbildungsverzeichnis	10
1 Hintergrund, Auftrag und Ziel der Untersuchung	12
2 Sozialwirtschaft	14
2.1 Definition der Sozialwirtschaft	14
2.2 Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen: Darstellung und Beschreibung der Teilmärkte	15
2.2.1 Erziehung und Unterricht (WZ-Abschnitt M)	16
2.2.2 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (WZ-Abschnitt N)	17
2.3 Wertschöpfungsansatz	18
3 Entwicklung der Sozialwirtschaft	21
3.1 Entwicklung der Sozialwirtschaft insgesamt	21
3.1.1 Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft	21
3.1.2 Entwicklung der Erwerbstätigenanzahl und der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Sozialwirtschaft.....	23
3.2 Entwicklung der Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen	26
3.2.1 WZ-Gruppe 80.1: Kindertagesstätten	26
3.2.2 WZ-Gruppe 80.3: Aus- und Fortbildung in der Sozialwirtschaft	28
3.2.3 WZ-Klasse 85.11: Krankenhäuser	30
3.2.4 WZ-Klasse 85.14: Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt	32
3.2.5 WZ-Klasse 85.31: Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime).....	33
3.2.6 WZ-Klasse 85.32: Sozialwesen, anderweitig nicht genannt	35
3.3 Zusammenfassung.....	37
4 Sozialwirtschaft und Freie Wohlfahrtspflege	39
4.1 Definition, Struktur und Betätigungsfelder der Freien Wohlfahrtspflege	39
4.2 Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft in Sachsen	41
4.2.1 Erziehung und Unterricht (WZ-Abschnitt M)	42
4.2.2 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (WZ-Abschnitt N)	44

4.2.3 Zusammenfassung.....	51
5 Bürgerschaftliches Engagement	54
5.1 Situation des Ehrenamtes	54
5.2 Wer engagiert sich?.....	55
5.3 Volkswirtschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes.....	56
5.4 Freie Wohlfahrt und Ehrenamt	58
5.5 Ausblick: Ehrenamt international.....	59
6 Regionalökonomische Analyse: Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge.....	61
6.1 Zu untersuchende Effekte und mögliche Methoden	61
6.2 Untersuchungsgegenstand, Methodik, Daten	62
6.3 Ergebnisse.....	65
6.4 Auswertung	66
6.5 Kritische Anmerkungen zum Multiplikatormodell	68
7 Finanzierungsfragen der Freien Wohlfahrtspflege und Ausblick	70
7.1 Aktuelle Finanzierungssituation	70
7.2 Kritische Betrachtung der Finanzierungslage und Lösungsansätze	71
7.3 Fazit	73
8 Kritische Würdigung	74
Anhang	75
Literatur.....	77

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Verwendete WZ-Kategorien nach Klassifikation von 2003 des Statistischen Bundesamtes	16
Tabelle 2: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008), in jeweiligen Preisen	21
Tabelle 3: Definition der Sozialwirtschaft	23
Tabelle 4: Anteil der Sozialwirtschaft an der Bruttowertschöpfung nach bayerischer Definition (Berichtsjahr 2006)	23
Tabelle 5: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008)	24
Tabelle 6: Vergleich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen	25
Tabelle 7: Männer- und Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	26
Tabelle 8: Anteil der Voll- und Teilzeitbeschäftigung im Vergleich	26
Tabelle 9: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 80.1, in jeweiligen Preisen	27
Tabelle 10: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Gruppe 80.1	28
Tabelle 11: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 80.3, in jeweiligen Preisen	28
Tabelle 12: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Gruppe 80.3	29
Tabelle 13: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.11, in jeweiligen Preisen	30
Tabelle 14: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.11	31
Tabelle 15: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.14, in jeweiligen Preisen	32
Tabelle 16: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.14	33
Tabelle 17: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.31, in jeweiligen Preisen	33
Tabelle 18: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.31	34
Tabelle 19: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.32, in jeweiligen Preisen	35
Tabelle 20: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.32	36
Tabelle 21: Leistungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege	40

Tabelle 22: Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft	42
Tabelle 23: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Gruppe 80.1	43
Tabelle 24: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Gruppe 80.3	44
Tabelle 25: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.11	44
Tabelle 26: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.14	47
Tabelle 27: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.31	47
Tabelle 28: Kennzahlen für Werkstätten für behinderte Menschen (Berichtsjahr 2009).....	50
Tabelle 29: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.32	50
Tabelle 30: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege nach weiter Definition der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008)	51
Tabelle 31: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege nach bayerischer Definition der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008)	53
Tabelle 32: Differenzierung der Sozialleistungen nach Leistungsart und Finanzierung.....	70
Tabelle 33: Kennzahlen für Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für WZ-Abschnitt M (Berichtsjahr 2008)	75
Tabelle 34: Kennzahlen für Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für WZ-Abschnitt N (Berichtsjahr 2008)	76
Tabelle 35: Kennzahlen für Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (Berichtsjahr 2008).....	76

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beispiel Wirtschaftszweige im Krankenhaussektor	15
Abbildung 2: Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft, in jeweiligen Preisen	22
Abbildung 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft, in konstanten Preisen 2002.....	22
Abbildung 4: Entwicklung der Zahl Erwerbstätiger in der Sozialwirtschaft	24
Abbildung 5: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Sozialwirtschaft	25
Abbildung 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der WZ-Gruppe 80.1, in jeweiligen Preisen...	27
Abbildung 7: Entwicklung der Anzahl Erwerbstätiger und sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der WZ-Gruppe 80.1.....	28
Abbildung 8: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 80.3, in jeweiligen Preisen.....	29
Abbildung 9: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ- Gruppe 80.3.....	30
Abbildung 10: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.11, in jeweiligen Preisen.....	31
Abbildung 11: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.11	32
Abbildung 12: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.14, in jeweiligen Preisen.....	32
Abbildung 13: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.14	33
Abbildung 14: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.31, in jeweiligen Preisen.....	34
Abbildung 15: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.31	35
Abbildung 16: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.32, in jeweiligen Preisen.....	35
Abbildung 17: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.32	36
Abbildung 18: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 85.3, in jeweiligen Preisen.....	37
Abbildung 19: WZ-Anteile an der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigenzahl in der Sozialwirtschaft	38
Abbildung 20: Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrt in Sachsen nach Platzzahl.....	41
Abbildung 21: Trägerschaft an Kindertagesstätten.....	43
Abbildung 22: Krankenhaussektor nach Trägerschaft (Berichtsjahr 2008).....	45

Abbildung 23: Entwicklung im Krankensektor nach Trägerschaft.....	45
Abbildung 24: Anteil der Mitarbeiter im Krankenhaus nach Trägerschaft (Berichtsjahr 2008)	46
Abbildung 25: Stationäre Pflege nach Trägerschaft (Berichtsjahr 2009)	48
Abbildung 26: Entwicklung der Trägerschaft in der stationären Pflege in Sachsen.....	48
Abbildung 27: Ambulante Pflege nach Trägerschaft in Sachsen (Berichtsjahr 2009)	49
Abbildung 28: Entwicklung in der ambulanten Pflege nach Trägerschaft	49
Abbildung 29: Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Gesamtwirtschaft in Sachsen	52
Abbildung 30: WZ-Anteile an der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigenzahl der Freien Wohlfahrtspflege.....	52
Abbildung 31: Anteil der Träger an WZ-Nummern	53
Abbildung 32: Engagement nach Betätigungsfeldern.....	56
Abbildung 33: Engagement nach Betätigungsfeldern.....	58
Abbildung 34: Wertschöpfung ehrenamtlicher Tätigkeit und bereitgestellte Fördermittel.....	59
Abbildung 35: Direkte und induzierte Effekte; eigene Darstellung in Anlehnung an Prognos (2008)..	62
Abbildung 36: Aufteilung der Beschäftigten auf verschiedene Einrichtungen	63
Abbildung 37: Multiplikatoranalyse für das vorgestellte Wirkungsmodell zur Bestimmung der induzierten (grün dargestellten) Effekte; eigene Darstellung.....	65
Abbildung 38: Übersicht über die berechneten Beschäftigungs-, Einkommens- und Konsumeffekte.	66
Abbildung 39: Beschäftigungseffekte der sozialen Einrichtungen der AWO Sonnenstein und der Diakonie Pirna	67
Abbildung 40: Finanzierung von Sozialunternehmen (Quelle: Sozialwirtschaft Bayern).....	71

1 Hintergrund, Auftrag und Ziel der Untersuchung

Nach einer Untersuchung der katholischen Universität Eichstätt aus dem Jahr 2011 hat die Sozialwirtschaft ein Volumen von 85 Milliarden Euro. Dies entspricht ungefähr einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland von 3,4%. Unternehmen in der Sozialwirtschaft können sowohl frei gemeinnützige und öffentliche als auch private Einrichtungen sein. Erstere werden in der Freien Wohlfahrtspflege zusammengefasst. Nach Berechnungen der Deutschen Bank arbeiteten in der Freien Wohlfahrtspflege im Jahr 2008 mehr als 1,5 Millionen Menschen, die in der Gesundheits- und Altenhilfe, in Kindertagesstätten und anderen Bereichen der Sozialwirtschaft ca. 38 Milliarden Euro erwirtschafteten. Damit sind die Unternehmen der Sozialwirtschaft - und insbesondere die der Freien Wohlfahrtspflege - ein nicht wegzudenkender Wirtschaftsfaktor.

Eine große Bedeutung besitzt der gemeinnützige Sektor insgesamt auch für die Gewinnung von Menschen mit ehrenamtlichem Engagement. Zu diesem Thema gibt es bereits Überlegungen in der Freien Wohlfahrtspflege Sachsens, die im Gutachten Berücksichtigung finden werden. So schreibt Frau Dr. Maschke vom Diakonischen Werk: „Gegenwärtig erlebt das Thema Ehrenamt eine große Aufwertung in der öffentlichen Diskussion. In dieser sind zwei grundsätzlich verschiedene Stoßrichtungen auszumachen. Die eine zielt auf das bürgerschaftliche Engagement als gesamtgesellschaftliche Ressource, die dem Staat das bisherige Maß sozialer Verantwortung nicht abnimmt, sondern sich zusätzlich und ergänzend einbringt. Die andere verfolgt die Vorstellung, dass sich durch die Einbeziehung ehrenamtlicher Ressourcen sozialstaatliche Aufgaben verringern und somit Einsparungen erzielen lassen. In diesem Kontext wird ehrenamtliches Engagement als möglicher Einsparungsfaktor im Bereich der sozialen Dienstleistungen gesehen.¹ Ehrenamtliches Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege bewegt sich in diesem soeben beschriebenen Spannungsfeld zwischen Ergänzung und Einsparung und muss sich darin positionieren.“

Dieses und anderes Expertenwissen aus den Augen der Freien Wohlfahrtspflege wird für das Gutachten von hohem Nutzen sein, wobei es - im Sinne der Aufgabenstellung - eingeordnet und bewertet wird. Deshalb gilt unser Dank den Experten innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege für die Unterstützung bei der Beantwortung von vielen Detailfragen.² Für einzelne Bundesländer gibt es bereits Untersuchungen der Sozialwirtschaft (z.B. Bayern, Bremen). Eine Untersuchung der Sozialwirtschaft in Sachsen steht hingegen noch aus.

Ziel der Untersuchung ist die Darstellung der Sozialwirtschaft für Sachsen und die Abschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung für den Freistaat. Insbesondere geht es dabei um Fragen der Beschäftigungswirkung und der Wertschöpfung. Außerdem soll die besondere Rolle der Freien Wohlfahrt als Teil der Sozialwirtschaft herausgearbeitet sowie die besondere Rolle des Ehrenamtes hervorgehoben werden. Außerdem wird mit diesem Gutachten eine regionalökonomische Analyse für zwei Träger der Freien Wohlfahrt im Landkreis Sächsische Schweiz / Osterzgebirge vorgestellt. Diese Analyse soll exemplarisch zeigen, welche ökonomischen Effekte durch diese Einrichtungen für die Region zu erwarten sind.

¹ Vgl. Enzinger, A. et al. (2006).

² Insbesondere gilt unser Dank Herrn Unger (DRK Sachsen, Vorsitzender des Vorstandes), Herrn Fürst (Diakonie Sachsen), Frau Maschke (Diakonie Sachsen), Herrn Petersen (AWO Sachsen, Geschäftsführer), Herrn Schmidt (AWO Sonnenstein, Prokurist) und Herrn Fabian (Diakonie Pirna, Geschäftsführer).

Im folgenden Kapitel wird eine Abgrenzung der Sozialwirtschaft zu anderen Wirtschaftsbereichen vorgenommen. Insbesondere spielt hierbei die Abgrenzung zur Gesundheitswirtschaft eine Rolle. Diese Abgrenzung wird nicht immer eindeutig sein können (bspw. bei der Alten- und Krankenpflege). Hilfreich ist daher die Definition der Bestandteile der Sozialwirtschaft über die Wirtschaftszweignummern (WZ-Nummern), wie sie auch im Gutachten „Erste Bestandsanalyse der Gesundheitswirtschaft in Sachsen“ verwendet worden ist.

In Kapitel 3 wird die Entwicklung der Sozialwirtschaft in Sachsen und in Deutschland dargestellt. Hierbei wird sowohl auf die Entwicklung der Beschäftigten als auch auf die Entwicklung der Bruttowertschöpfung eingegangen. Kapitel 4 baut darauf auf. Nachdem in Kapitel 3 die Sozialwirtschaft vorgestellt wurde, wird in Kapitel 4 der Anteil der Freien Wohlfahrt an der Sozialwirtschaft festgestellt.

Kapitel 5 widmet sich der Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Sozialwirtschaft. Hierbei wird auch auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements eingegangen. Ehrenamtliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement sind Aspekte, die die Sozialwirtschaft in besonderem Maße kennzeichnen. Gerade in diesem Segment besitzt die Freie Wohlfahrtspflege ein großes Engagement. Die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für die Sozialwirtschaft soll daher gesondert behandelt werden.

Im Kapitel 6 stellen wir die Ergebnisse unserer regionalökonomischen Analyse für den Landkreis Sächsische Schweiz / Osterzgebirge vor.

Kapitel 7 befasst sich mit Finanzierungsfragen der Leistungen der Freien Wohlfahrt und wagt einen kurzen Ausblick zur Zukunft der Sozialwirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege. Das letzte Kapitel setzt sich schließlich kritisch mit dem gewählten methodischen Ansatz auseinander.

Für die Untersuchung der Sozialwirtschaft müssen verschiedene Datenquellen genutzt und miteinander verknüpft werden. Im Bereich Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen kann auf Daten des Statistischen Landesamtes zurückgegriffen werden. Daten zur Versorgung von Menschen mit Behinderungen sind bei dem Kommunalen Sozialverband Sachsen verfügbar. Zur Betreuung von Kindern sind ebenfalls öffentlich verfügbare Daten nutzbar (bspw. über den kita-bildungsserver). Ähnliches sollte für die Bereiche „Schule“ und „Menschen in besonderer Lebenslage“ gelten. Schwierig sieht die Datenlage allerdings im Bereich der Beratungsstellen aus. In diesem Bereich wird man auf die Angaben von einzelnen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege zurückgreifen müssen.

2 Sozialwirtschaft

In diesem Kapitel wird zunächst die Sozialwirtschaft definiert und dann nach Wirtschaftszweigen dargestellt. Im letzten Teil dieses Kapitels wird der Wertschöpfungsansatz zur Berechnung der Bruttowertschöpfung vorgestellt.

2.1 Definition der Sozialwirtschaft

Mittlerweile hat sich der Terminus Sozialwirtschaft im allgemeinen Sprachgebrauch etabliert. In vielen Studien wird der Begriff Sozialwirtschaft daher nicht mehr definiert. Dabei herrscht in der Literatur große Unklarheit in der Abgrenzung der Sozialwirtschaft zu anderen Wirtschaftsbereichen.³ Unstrittig ist immerhin, dass die meisten Bereiche der Sozialwirtschaft dem Dritten Sektor, dem Non-Profit-Sektor, zugeordnet werden können.

Aufgrund der dynamischen Veränderungen in der Sozialwirtschaft - insbesondere die vom Gesetzgeber gewollte Öffnung der verschiedenen Teilmärkte der Sozialwirtschaft (wie z.B. Altenhilfe oder Kinder- und Jugendhilfe) für privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen - verschwimmt diese klassische Abgrenzung nach der Gemeinnützigkeit aber zunehmend.⁴

Laut Wendt ist „Gegenstand der Sozialwirtschaft (...) die gemeinschaftliche und personenbezogene Versorgung (social provisioning) als lebensdienlicher Unterhalt. Dazu gehört die Bearbeitung und Erfüllung sozialer Anliegen (social concerns), insbesondere die Absicherung gegen Risiken des Lebens, die Bewältigung und Lösung sozial definierter Probleme von einzelnen Menschen und von Gruppen im Gemeinwesen.“⁵ Brinkmann schreibt allgemeiner gefasst, dass die Sozialwirtschaft sich mit den „Organisationsformen und Produzenten sozialer Hilfeleistungen und deren Finanzierung“ befasst.⁶

Im internationalen Kontext wird die Definition der Ständigen Europäischen Konferenz der CMAF (Co-operatives, Mutual Societies, Associations and Foundations) oft herangezogen:

*"The organisations of the social economy are economic and social actors active in all sectors. They are characterised principally by their aims and by their distinctive form of entrepreneurship. The social economy includes organisations such as cooperatives, mutual societies, associations and foundations. These enterprises are particularly active in certain fields such as social protection, social services, health, banking, insurance, agricultural production, consumer affairs, associative work, craft trades, housing, supply, neighbourhood services, education and training, and the area of culture, sport and leisure activities."*⁷

³ Vgl. Arnold/Maelicke (2003), S. 65.

⁴ Vgl. Förchler (2008), S. 2-4.

⁵ Vgl. Wendt (2003), S. 13.

⁶ Vgl. Brinkmann (2010), S. 1.

⁷ Übersetzt bedeutet dies in etwa: „Die Organisationen in der Sozialwirtschaft sind wirtschaftliche und soziale Akteure, die in allen Sektoren aktiv sind. In erster Linie sind sie durch ihre Zielvorgabe und durch ihre prägende Form der Geschäftsführung charakterisiert. Die Sozialwirtschaft umfasst Vereinigungen wie Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine und Stiftungen. Diese Unternehmen sind besonders aktiv in bestimmten Bereichen wie Sozialschutz, soziale Dienste, Gesundheit, Banken, Versicherungen, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, assoziative Arbeit, Handwerk, Wohnen, Versorgung, Nachbarschaftsdienste, Erziehung und Ausbildung sowie im Bereich der Kultur, Sport- und Freizeitaktivitäten.“

Laut dieser Definition können die Organisationen der Sozialwirtschaft in allen Sektoren tätig sein und werden ausschließlich aufgrund ihrer unternehmerischen Zielrichtung und Unternehmensgrundlage definiert.

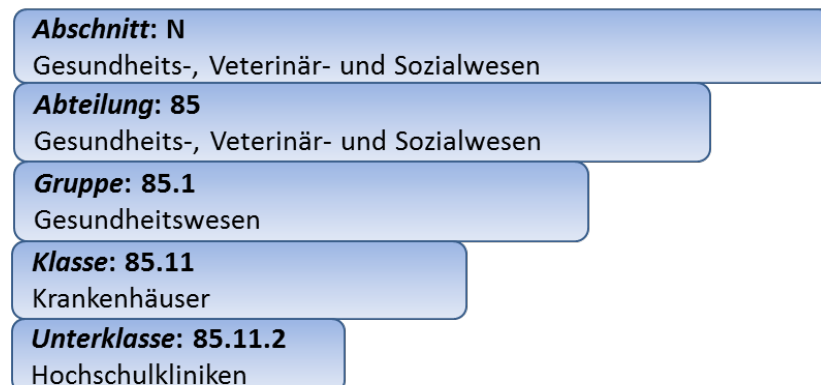
Am ehesten für unsere Abschätzung der Sozialwirtschaft trifft die Definition von Kramer zu. Nach Kramer umfasst die Sozialwirtschaft die Anbieter sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen, zu denen neben Non-Profit-Organisationen auch privatwirtschaftliche Organisationen gehören können.⁸ Mit anderen Worten, die Sozialwirtschaft wird nicht über den Produzenten der Dienstleistung definiert, sondern im Mittelpunkt steht der Empfänger der Dienstleistung.

Genau wie bei Kramer wird Sozialwirtschaft auch bei Arnold/Maelicke definiert.⁹ Im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Gutachten in Bayern und Bremen zählt diese Definition der Sozialwirtschaft dementsprechend den Krankenhaussektor und weitere Teile des Gesundheitswesens zur Sozialwirtschaft hinzu.¹⁰

2.2 Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen: Darstellung und Beschreibung der Teilmärkte

In dem vorliegenden Gutachten wird die Sozialwirtschaft mittels der Wirtschaftszweigrechnung des Statistischen Bundesamtes berechnet. Zur Aufschlüsselung der Wirtschaftsleistung unterteilt das Statistische Bundesamt die deutsche Wirtschaft in verschiedene Wirtschaftszweige. Diese Abgrenzung ist bis auf 5 Ebenen möglich. Zur Veranschaulichung dient ein kurzes Beispiel aus dem Krankenhaussektor (vgl. Abbildung 1): Auf 1-Steller-Ebene befinden wir uns im *Abschnitt* N „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“. Die folgende *Abteilung* auf 2-Steller-Ebene mit der Nummer 85 trägt in diesem Fall die gleiche Bezeichnung. Auf 3-Steller-Ebene schließt sich die *Gruppe* Gesundheitswesen, Nummer 85.1, an. Eine der folgenden *Klassen* auf 4-Steller-Ebene ist die der Krankenhäuser mit der WZ-Nummer 85.11. Diese wiederum beinhaltet unter anderem die *Unterklasse* Hochschulkliniken, d.h. den 5-Steller 85.11.2. Jeder Abschnitt kann mehrere Abteilungen, jede Abteilung mehrere Gruppen, jede Gruppe mehrere Klassen und jede Klasse mehrere Unterklassen beinhalten.

Abbildung 1: Beispiel Wirtschaftszweige im Krankenhaussektor



⁸ Vgl. Kramer (2006), S. 4.

⁹ Vgl. Arnold/Maelicke (2003), S. 65.

¹⁰ Vgl. Arnold/Maelicke (2003), S. 65.

Das Statistische Bundesamt führt in seiner Auflistung aber keinen Wirtschaftszweig Sozialwirtschaft. Daher ist die Bestimmung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft mit Problemen verbunden. Um dennoch eine Abschätzung der Sozialwirtschaft zu bekommen, wurden - zusammen mit Experten aus der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen - die Wirtschaftszweige, in denen soziale oder gesundheitsbezogene Dienstleistungen erbracht werden, identifiziert und eine Abschätzung des Anteils der Sozialwirtschaft an diesen Wirtschaftszweigen vorgenommen.¹¹

Die von uns einbezogenen WZ-Nummern können der Tabelle 1 entnommen werden. In den folgenden Unterkapiteln schließt sich eine kurze Beschreibung der Wirtschaftszweige und eine Erläuterung der Gewichtungen in der letzten Spalte an. Diese Gewichtungen sind notwendig, falls lediglich ein Teil des Wirtschaftszweigs Einzug in die Berechnung für die Sozialwirtschaft findet. Die Abschätzung dieser Gewichtungsfaktoren geschieht entweder aufgrund von offiziellen Angaben, wird aufgrund von Berichten und Veröffentlichungen approximiert oder mithilfe von Experten geschätzt.

Nach unserer Definition der Sozialwirtschaft findet sich die Sozialwirtschaft in den Abschnitten „Erziehung und Unterricht“ und „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ wieder.¹²

Tabelle 1: Verwendete WZ-Kategorien nach Klassifikation von 2003 des Statistischen Bundesamtes

WZ Abschnitt	WZ-Gruppe/ WZ-Klasse	Bezeichnung der verwendeten WZ-Kategorien nach der Klassifikation von 2003 des Statistischen Bundesamtes	Anteil SW an WZ in Sachsen
M	80.1	Kindergärten, Vor- und Grundschulen	0,70
	80.3	Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs	0,09
N	85.11	Krankenhäuser	1,00
	85.14	Gesundheitswesen, nicht anderweitig genannt	0,80
	85.31	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	1,00
	85.32	Sozialwesen, nicht anderweitig genannt	1,00

2.2.1 Erziehung und Unterricht (WZ-Abschnitt M)

Die WZ-Gruppen 80.1, „Kindergärten, Vor- und Grundschule“, und 80.3, „Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs“ gehören zur Abteilung „Erziehung und Unterricht“ im Abschnitt M.

In 80.1 sind die Unterklassen „Kindergärten“, „Kinderhorte“, „Vorklassen, Schulkindergärten“ und „Grundschulen“ enthalten. Relevant für die Erfassung der Sozialwirtschaft sind aber nur die Unterklassen „Kindergärten“ und „Kinderhorte“. Nachdem das Statistische Bundesamt die Bruttowertschöpfung aber nur auf der höher gelegenen WZ-Nummer angibt, muss der Anteil der Kindergärten und Kinderhorte an 80.1 geschätzt werden. In diesem Fall wird der Anteil der Sozialwirtschaft an 80.1 anhand der Beschäftigtenzahlen und Einrichtungen geschätzt.

In Sachsen gibt es im Jahr 2010 laut dem Statistischen Landesamt 8.484 Beschäftigte in 838 Grundschulen und 24.315 Beschäftigte in 2.734 Kindertageseinrichtungen. Allerdings müssen aus

¹¹ In Übereinstimmung mit Arnold/Maelicke (2003), S. 65, finden in diesem Gutachten die niedergelassenen Ärzte keine Berücksichtigung.

¹² Vgl. BAGF (2002), S. 98.

dieser Zahl noch die 149 Beschäftigten in den sächsischen Kinderkrippen herausgerechnet werden, da diese in der WZ-Klasse 85.32 enthalten sind. Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis und bezieht man die Expertenmeinungen der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen in unsere Analyse mit ein, kommt man auf einen geschätzten Anteil der Sozialwirtschaft an 80.1 von 70%.

In 80.3, „Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs“, ist insbesondere die Unterklasse 80.30.8, „Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens“ für die Sozialwirtschaft interessant. Aber auch die „Hochschulen, Allgemeine Fachhochschulen und Verwaltungshochschulen“ tragen zur Sozialwirtschaft bei, da wir die Studenten aus den Fachrichtungen Sozialwesen und Sozialpädagogik der Sozialwirtschaft zugeordnet haben. Allerdings ist auf 5-Steller-Ebene keine zufriedenstellende Datenlage vorhanden. Deswegen muss auch in diesem Fall der Anteil der Sozialwirtschaft an 80.3 geschätzt werden. Laut Statistischem Landesamt gibt es in Sachsen ca. 110.000 Studenten, von denen ungefähr 5% der Sozialwirtschaft zugeordnet werden können.¹³ Dazu kommen noch die Schüler im Gesundheitswesen. Laut der Sächsischen Schuldatenbank können ca. 4.000 Schüler den sozialen Ausbildungsberufen zugeordnet werden. Somit kommt man auf einen Anteil von ca. 9% der Sozialwirtschaft an WZ-Gruppe 80.3.¹⁴

2.2.2 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (WZ-Abschnitt N)

Im Bereich des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens finden die WZ-Klassen 85.11 „Krankenhäuser“, 85.14 „Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt“ und die WZ-Gruppe 85.3 „Sozialwesen“ Berücksichtigung in der Analyse der Sozialwirtschaft.

Wie bereits erwähnt, finden im Gegensatz zu den anderen bisher veröffentlichten Gutachten zur Sozialwirtschaft auch die Krankenhäuser Berücksichtigung in unserer Analyse der Sozialwirtschaft. Nachdem diese Vorgehensweise aber umstritten ist und um unsere Ergebnisse vergleichbar mit den Ergebnissen anderer Gutachten zu machen, geben wir im folgenden Kapitel auch die Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in ihren Kernbereichen, d.h. WZ-Klassen 80.1 und 85.3 an. Dies entspricht in etwa der bayerischen Definition der Sozialwirtschaft (siehe Kapitel 3).

Die WZ-Klasse 85.11 „Krankenhäuser“ enthält die Unterklassen „Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)“, „Hochschulkliniken“ und „Vorsorge- und Rehabilitationskliniken“. Die Wirtschaftszweiggruppe „Krankenhäuser“ wird vollständig berücksichtigt und geht zu 100% in die Berechnung der Sozialwirtschaft mit ein.

Problematischer gestaltet sich die Abschätzung der Sozialwirtschaft in der WZ-Klasse 85.14, „Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt“. Auch hier kann die Abgrenzung zur Sozialwirtschaft wieder kontrovers diskutiert werden. Zur Wirtschaftszweigklasse 85.14 zählen die Unterklassen „Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten“, „Massagepraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Krankengymnastikpraxen¹⁵, Praxen von Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen“, „Heilpraktikerpraxen“, „Sonstige selbständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen“, „Krankentransport- und Rettungsdienste“

¹³ Vgl. Statistisches Landesamt, statistischer Bericht 2009 für eine detaillierte Auflistung der Studentenschaft in Sachsen.

¹⁴ Vgl. www-db.sn.schule/output/start.php.

¹⁵ Der Begriff Krankengymnastikpraxen ist mittlerweile in der Berufspraxis ersetzt worden durch physiotherapeutische Praxen.

als auch „Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens“. Laut dem Statistischen Bundesamt können einige dieser Leistungen in Gesundheitszentren erbracht werden, die Altersheimen oder Wohltätigkeitsvereinen angeschlossen sind. Zusammen mit Experten der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen haben wir den Anteil der Sozialwirtschaft an 85.14 auf 80% geschätzt.

Unstrittig ist die Zuordnung der Wirtschaftsgruppe 85.3, „Sozialwesen“, zur Sozialwirtschaft. Das „Sozialwesen“ beinhaltet zudem die meisten Leistungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege. Die WZ-Gruppe 85.3 lässt sich untergliedern in die WZ-Klassen 85.31 „Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)“ und 85.32 „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“.

Die WZ-Klasse „Heime“ enthält die Unterklassen „Jugendwohnheime“, „Erziehungsheime“, „Altenwohnheime“, „Altenheime“, „Altenpflegeheime“, „Heime für werdende Mütter sowie Mütter oder Väter mit Kind“, „Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter“, „Wohnheime für Behinderte“ und „Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)“.

Das „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“ umfasst die Unterklassen „Tagesstätten (ohne Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte und Jugendzentren)“, „Kinderkrippen und außerhäusliche Kinderbetreuung, anderweitig nicht genannt“, „Jugendzentren und Häuser der offenen Tür“, „Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen“, „Sonstige soziale Beratungsstellen“, „Ambulante soziale Dienste“, „Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe“, „Unterstützungskassen“ und „Sonstiges Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“.

Die Wirtschaftsgruppe 85.3, „Sozialwesen“, fließt vollständig in unsere Berechnung der Sozialwirtschaft ein.

2.3 Wertschöpfungsansatz

Die im Jahr 2007 veröffentlichte Studie „Wachstums- und Beschäftigungspotentiale der Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg“ beschreibt detailliert den sogenannten Wertschöpfungsansatz. Dieser wird als Methode zur Ermittlung der Bruttowertschöpfungs- und Erwerbstätigendaten vorgestellt und basiert auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR).¹⁶ Die Bruttowertschöpfung (BWS) ist ein „Maßstab für die wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft gegliedert nach Wirtschaftsbereichen“.¹⁷ Sie ermöglicht Aussagen über das Wachstumspotential der Sozialwirtschaft und somit auch eine Einschätzung des zukünftigen wirtschaftlichen Erfolgs. Jede in Deutschland im Rahmen der Sozialwirtschaft hergestellte Leistung fließt in die Bruttowertschöpfung mit ein. Somit sind auch alle Exporte Bestandteil des Wertschöpfungsansatzes.¹⁸ Berechnen lässt sich die Bruttowertschöpfung aus der Differenz zwischen dem Produktionswert und den Vorleistungen. Addiert man die Differenz aus Gütersteuern und Gütersubventionen zur Bruttowertschöpfung hinzu, erhält man das Bruttoinlandsprodukt eines Landes, das oftmals als Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft herangezogen wird. Somit ist das Bruttoinlandsprodukt typischerweise größer als die Bruttowertschöpfung.

¹⁶ Vgl. Oswald/Ranscht (2007), S. 32.

¹⁷ Vgl. Oswald/Ranscht (2007), S. 72.

¹⁸ Vgl. Oswald/Ranscht (2007), S. 33.

In diesem Gutachten zur Sozialwirtschaft wird allerdings ein Spezialfall betrachtet. In der Industrieproduktion werden den Gütern Marktpreise gegenübergestellt, bis sich Angebot und Nachfrage angleichen. Die sozialen Dienstleistungen haben aber oftmals keinen Marktpreis. Deshalb wird die Wertschöpfung in der Sozialwirtschaft nicht über den Marktwert der erstellten Dienstleistungen bestimmt, sondern über deren Faktorkosten, z.B. wie teuer die Unterhaltung einer Beratungsstelle ist.¹⁹

Auf der Grundlage der Entstehungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden getreu dem Inlandskonzept alle Erwerbstätigen (ET) mit Arbeitsplatz im Inland einbezogen. Die Erwerbstätigenanzahl umfasst alle Personen in einem Arbeitsverhältnis, Personen mit einem selbstständigen Gewerbe oder der Betreibung von Landwirtschaft sowie Freiberufler.²⁰ Deren prognostizierte Entwicklung schätzt die Beschäftigungseffekte für Deutschland in den nächsten Jahren ab und ermöglicht eine entsprechende Prognose hinsichtlich des benötigten Personals und dessen Ausbildung.

Mithilfe des Wertschöpfungsansatzes kann auch für tiefer liegende Ebenen, wie beispielsweise die Bundesländer, die Bruttowertschöpfung sowie die Erwerbstätigen ermittelt und somit eine regionale Differenzierung vorgenommen werden.²¹

Bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung für Deutschland und Sachsen liegen lediglich Werte für die 1-Steller-Ebene vor. Da jedoch tiefere Gliederungsebenen bis auf 4- oder 5-Steller-Ebene notwendig sind zur Berechnung der Sozialwirtschaft, musste ein Vergleichswert gefunden werden. Vereinfachend gehen wir davon aus, dass man die Bruttowertschöpfung auf 1-Steller Ebene über die Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten errechnen kann. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d.h. alle Arbeitnehmer, „die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu entrichten sind“²², sind für Deutschland und für Sachsen auf 1-Steller Ebene gegeben und auch auf tieferen Gliederungsebenen vorhanden, so dass die Berechnung der Bruttowertschöpfung mit der folgenden Formel erfolgen kann:

$$BWS_{x\text{-Steller}} = BWS_{1\text{-Steller}} \cdot \frac{SvB_{x\text{-Steller}}}{SvB_{1\text{-Steller}}}$$

Dabei bezeichnet der x-Steller die gewünschte Gliederungstiefe, d.h. 3-, 4- oder 5-Steller der Wirtschaftszweigklassifikation. Konkret bedeutet unsere Annahme, dass sich das Verhältnis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf x-Steller Ebene zu denen auf 1-Steller Ebene eins zu eins auf die Bruttowertschöpfung übertragen lässt.

Die Annahme, dass sich die Gesamtkosten der einzelnen Wirtschaftszweiggruppen, -klassen und -unterklassen proportional zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verhält, ist trotz einiger Schwachpunkte, auf die im letzten Kapitel eingegangen wird, durchaus nachvollziehbar. Die Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft wird in hohem Maße durch den Einsatz von Arbeitskräften erbracht. Dementsprechend ist der Wert der hier betrachteten Wirtschaftszweige

¹⁹ Vgl. BAGFW (2002), S. 93-94.

²⁰ Vgl. Ostwald und Ranscht, 2007, S. 72.

²¹ Vgl. Ostwald/Ranscht (2007), S. 32.

²² Vgl. Definition des Statistischen Bundesamtes

nicht entscheidend von der Summe der Arbeitnehmerentgelte entfernt.²³ Hinzu kommt noch ein weiterer Punkt: Durch die einheitliche Definition der Bruttowertschöpfung in diesem Gutachten, sind Vergleiche zwischen der Entwicklung in Sachsen und in Deutschland auf einer einheitlichen Grundlage möglich.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Wirtschaftszweigrechnung vorgestellt.

²³ Vgl. BAGFW (2002), S. 96.

3 Entwicklung der Sozialwirtschaft

Im Abschnitt 2 wurde die Entscheidung für die verschiedenen Gewichtungsfaktoren für die Anteile der Sozialwirtschaft am Gesamtvolumen der einzelnen Wirtschaftszweige erläutert. Im Folgenden gehen wir auf die Entwicklung der Sozialwirtschaft ein. Dabei betrachten wir neben der Bruttowertschöpfung auch die Erwerbstätigen. Da die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht nur auf Grund der Methodik von Interesse ist, stellen wir deren Entwicklung ebenfalls dar. Vier Kennzahlen werden bestimmt: Die prozentuale Veränderung der Bruttowertschöpfung, der Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2002 bis 2008, der absolute Wert für das Jahr 2008, der Anteil der Sozialwirtschaft bzw. der WZ-Nummer an der Gesamtzahl im Jahr 2008 und der Anteil der WZ-Nummer an der Sozialwirtschaft im Jahr 2008.

Um eine bessere Einordnung der Ergebnisse zu gewährleisten, werden die Ergebnisse für Sachsen mit den Zahlen für Gesamtdeutschland verglichen. Zunächst gehen wir auf die Entwicklung der gesamten Sozialwirtschaft ein. Anschließend werden die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftszweige dargestellt.

3.1 Entwicklung der Sozialwirtschaft insgesamt

3.1.1 Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft

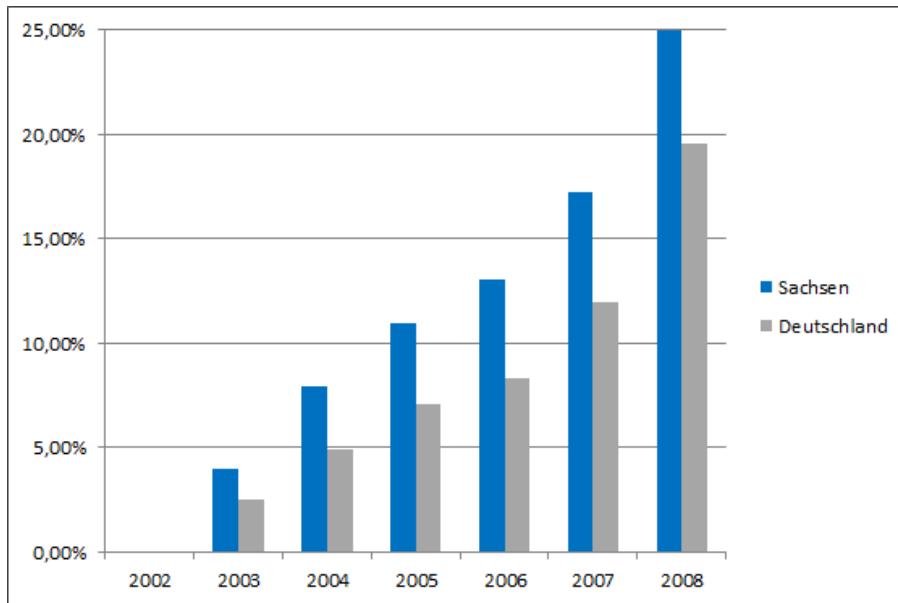
Anhand von Tabelle 2 und Abbildung 2 kann die Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen aufgezeigt werden. Die Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen beträgt knapp 6,1 Milliarden Euro, was einem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung im Freistaat von 7,15% entspricht. Auf Bundesebene beträgt dieser Anteil hingegen nur 6,74% (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008), in jeweiligen Preisen

	Entwicklung 2002 - 2008	BWS in Mrd. €	Beitrag zur gesamten BWS
Sachsen	25,07%	6,086	7,15%
Deutschland	19,55%	151,019	6,74%

Bemerkenswert ist der Umstand, dass das Wachstum der Sozialwirtschaft in Sachsen zwischen den Jahren 2002 und 2008 mit 25% deutlich stärker ausfiel als in Deutschland (20%) (vgl. ebenfalls Tabelle 2). Im Vergleich dazu ist die gesamte Bruttowertschöpfung in Sachsen von 2002 bis 2008 um 16,1% gestiegen und in Deutschland um 15,8%.

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft, in jeweiligen Preisen

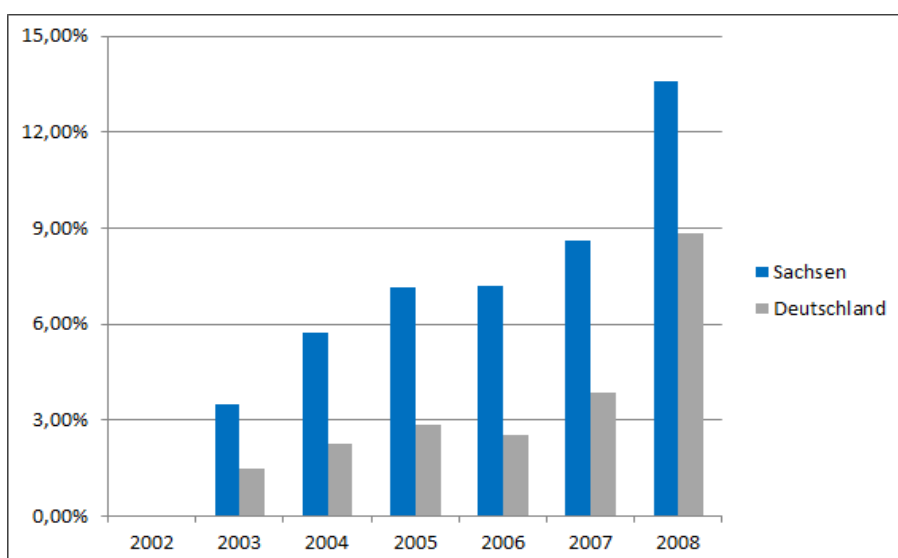


Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Abbildung 2 zeigt den stetigen Wachstumscharakter der Sozialwirtschaft. In Sachsen wie auch in Deutschland ist die Sozialwirtschaft - gemessen an der Bruttowertschöpfung - im betrachteten Zeitraum beständig gestiegen. Auch wenn anhand dieser Grafik noch nicht eindeutig zu erkennen ist, welcher Wirtschaftszweig der treibende Wachstumsfaktor der Sozialwirtschaft ist, lässt sich die steigende Tendenz eindeutig erkennen. In Sachsen ist die Bruttowertschöpfung von ca. 4,9 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 6,1 Milliarden im Jahr 2008 gestiegen und in Deutschland in den Jahren 2002 bis 2008 von ca. 126 auf 151 Milliarden Euro.

Inflationsbereinigt ist die Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen um knapp 14% und in Deutschland um knapp 9% gewachsen (vgl. Abbildung 3), wobei der allgemeine Verbraucherpreisindex für Deutschland zugrunde gelegt wurde. Im Folgenden wird die Entwicklung der Bruttowertschöpfung immer in jeweiligen Preisen angegeben.

Abbildung 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft, in konstanten Preisen 2002



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Wie bereits erwähnt, unterscheidet sich dieses Gutachten von den bisherigen Gutachten durch eine relativ weite Definition der Sozialwirtschaft. Um die hier vorgestellten Ergebnisse mit den Ergebnissen in anderen Gutachten vergleichbar zu machen, stellen wir die Entwicklung der Sozialwirtschaft auch in ihren Kernbereichen vor. Dabei handelt es sich um die Wirtschaftsgruppen 85.3 „Sozialwesen“ und 80.1 „Kindertagesstätten“. Diese beiden Gruppen entsprechen in etwa der bayerischen Definition der Sozialwirtschaft (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Definition der Sozialwirtschaft

	80.1	80.3	85.11	85.14	85.31	85.32
weite Definition	x	x	x	x	x	x
bayerische Definition	x				x	x

Betrachtet man die bayerische Definition der Sozialwirtschaft ergibt sich für Sachsen im Jahr 2006 immerhin noch ein Wert von ca. 2,9 Milliarden Euro.²⁴ Dies entspricht ungefähr 3,62% der Bruttowertschöpfung in Sachsen. Für Deutschland beträgt die Bruttowertschöpfung in den Kernbereichen der Sozialwirtschaft im Jahr 2006 71,4 Milliarden Euro bzw. 3,4% der gesamten Bruttowertschöpfung (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteil der Sozialwirtschaft an der Bruttowertschöpfung nach bayerischer Definition (Berichtsjahr 2006)

	Beitrag der SW an der BWS
Sachsen	3,62%
Bayern	3,20%
Deutschland	3,40%

Damit liegt die Bruttowertschöpfung laut unserer Berechnung in denselben Größenregionen wie die Werte des Gutachtens aus Bayern.²⁵

Das Wachstum der Bruttowertschöpfung in Sachsen ist auch preisbereinigt höher als in Gesamtdeutschland. Eine Ursache dafür ist die höhere Fallzahlsteigerung in Sachsen. Es existieren allerdings auch Bereiche, in denen ein umgekehrtes Bild zu beobachten ist. So liegen beispielsweise in der Behindertenhilfe die Wachstumsraten Gesamtdeutschlands höher als in Sachsen (siehe Abschnitt 3.2.6).

3.1.2 Entwicklung der Erwerbstätigenanzahl und der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Sozialwirtschaft

Die Anzahl Erwerbstätiger in der sächsischen Sozialwirtschaft ist im Zeitraum von 2002 bis 2008 in Sachsen um 17% gestiegen und in Deutschland um 13% (vgl. Tabelle 5). Im Jahr 2008 waren damit in Sachsen 183.491 aller 1,95 Millionen Erwerbstätigen in der Sozialwirtschaft tätig. Jeder zehnte Arbeitsplatz befindet sich demnach in der Sozialwirtschaft. In Deutschland haben 2008 ca. 3,9 Millionen Erwerbstätige in der Sozialwirtschaft gearbeitet. Gemessen an den 40,3 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland ist auch in der gesamten Bundesrepublik fast jeder zehnte Erwerbstätige in der Sozialwirtschaft tätig.

²⁴ Zur Veranschaulichung der Tabelle 4 ist 2006 das Bezugsjahr, da die Ergebnisse des bayerischen Gutachtens sich auf das Jahr 2006 beziehen.

²⁵ Vgl. Puch/Schellberg (2010), S. 8.

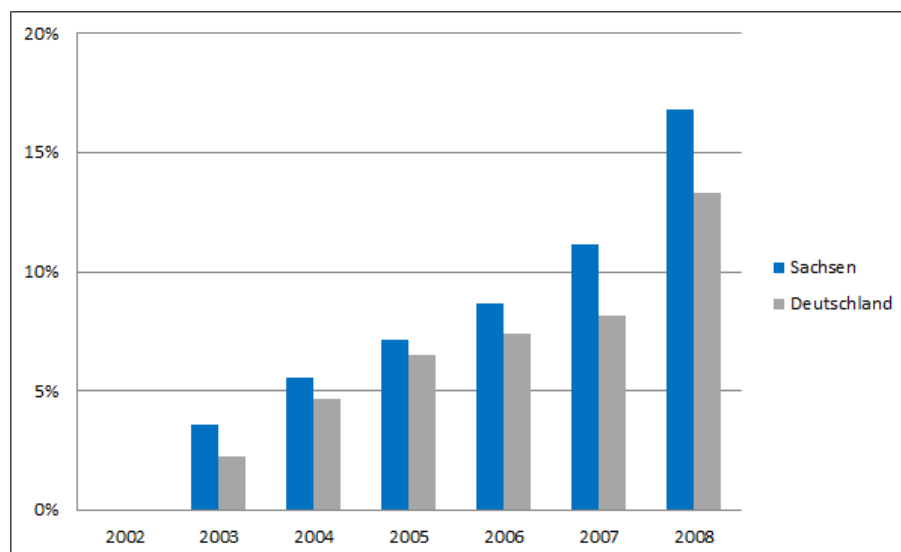
Ähnlich sieht es bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. Insgesamt gab es 2008 in Sachsen 146.586 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Verglichen mit den 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen ergibt sich, dass jedes zehnte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis in der Sozialwirtschaft stattfindet. In Deutschland sind ebenso über 10% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Sozialwirtschaft beschäftigt. Von den 27,63 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland arbeiten ca. 2,86 Millionen in der Sozialwirtschaft (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008)

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl
ET	Sachsen	16,78%	183.491	9,40%
	Deutschland	13,34%	3.935.479	9,77%
SvB	Sachsen	9,02%	146.586	10,48%
	Deutschland	6,74%	2.855.913	10,34%

Die Erwerbstätigenzahlen in der Sozialwirtschaft erhöhten sich zwischen 2002 und 2008 kontinuierlich. Insbesondere von 2007 auf 2008 nahm die Anzahl der Erwerbstätigen stark zu - sowohl in Sachsen als auch in Deutschland (vgl. Abbildung 4). Allerdings sind auch Unterschiede zwischen Sachsen und Deutschland auszumachen. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2006 und 2008 in Sachsen erheblich stärker als in Deutschland.

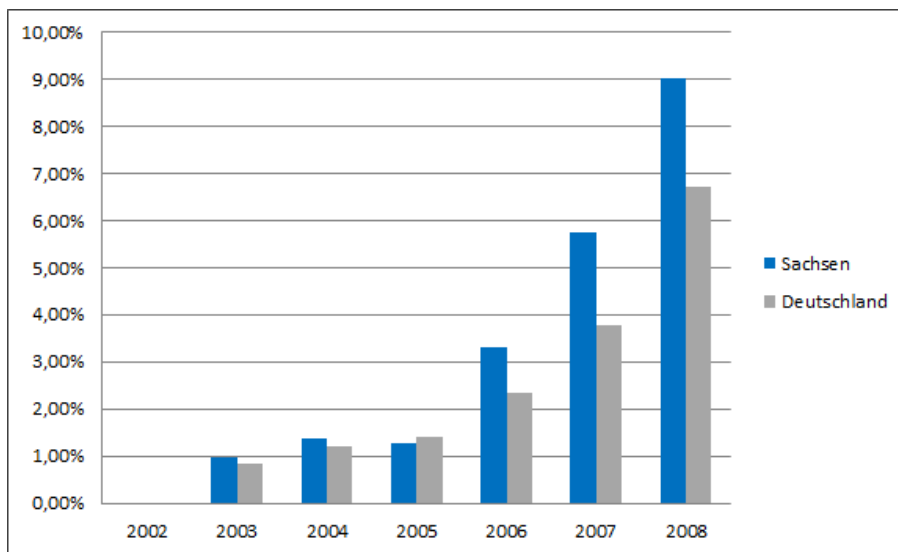
Abbildung 4: Entwicklung der Zahl Erwerbstätiger in der Sozialwirtschaft



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Erwerbstätigenzahlen ist auch bei Betrachtung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu beobachten (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Sozialwirtschaft



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im betreffenden Zeitraum in Sachsen um 9% und in Deutschland um 7% gestiegen.²⁶ Man kann deutlich zwei Perioden unterscheiden: Im Zeitraum 2002 bis 2005 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland und Sachsen nur gering gestiegen. Ab 2006 kann man hingegen relativ starke Zuwächse bei den Beschäftigtenzahlen erkennen - sowohl in Deutschland als auch in Sachsen. Im Jahr 2008 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 3,11% für Sachsen und 2,87% für Deutschland (im Vergleich zum Vorjahr) dabei am stärksten im betrachteten Zeitraum. Wie sich noch zeigen wird, ist die Wirtschaftsgruppe Sozialwesen mit den arbeitsintensiven Betätigungsfeldern in der Alten- und Behindertenhilfe ein Grund für die Zuwächse bei den Erwerbstätigen und bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Daneben gibt es auch Teilbereiche, in denen Sachsen ein unterdurchschnittliches Wachstum vorweist. Das betrifft zum Beispiel die Wirtschaftszweiggruppe 80.1 (Kindergärten, Vor- und Grundschulen) sowie die Gruppe 80.3, die die Aus- und Fortbildung in der Sozialwirtschaft umfasst.

Ein Vergleich mit anderen Branchen zeigt die Bedeutung der Sozialwirtschaft als wichtigen Arbeitgeber in Sachsen. So arbeiten in Sachsen mehr Menschen in der Sozialwirtschaft als im Bau- und Gastgewerbe zusammen (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Vergleich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen

Bezugsgröße (2008)	Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Anteil
verarbeitendes Gewerbe	294.163	21,02%
Sozialwirtschaft	146.586	10,48%
Baugewerbe	99.119	7,08%
Gastgewerbe	42.734	3,05%
Sachsen insgesamt	1.399.145	100,00%

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

²⁶ Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten konnte den Statistischen Ämtern entnommen werden und die Erwerbstätigen wurden mittels der Formel $ET_WZx = ET_WZ1 / SvB_WZ1 * SvB_WZx$ berechnet.

Besonders viele Frauen arbeiten in der Sozialwirtschaft. Laut Statistischem Bundesamt haben in Sachsen mehr Männer als Frauen ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Betrachtet man jedoch die Sozialwirtschaft als eigenen Bereich zeigt sich, dass sich das Mann/Frau-Verhältnis zugunsten der Frauen umkehrt: Fast drei Viertel der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft sind Frauen (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Männer- und Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (2007)	Frauen	Männer
Sozialwirtschaft	75,51%	24,49%
Sachsen insgesamt	45,86%	54,14%

Ein Grund für den hohen Frauenanteil an der Sozialwirtschaft könnte die flexible Arbeitszeitgestaltung sein, da Sozialwirtschaft von einer vergleichsweise hohen Teilzeitquote geprägt ist. Die Statistischen Ämter veröffentlichen nur die Vollzeit-/Teilzeitquote auf WZ-1-Steller Ebene, so dass eine genaue Zuordnung der Beschäftigungsverhältnisse auf WZ-x-Steller Ebene nicht möglich ist. In Tabelle 8 sind die Teilzeitquoten für Sachsen, Bayern und Deutschland jeweils für die Sozialwirtschaft und die Wirtschaft insgesamt angegeben. Es wird deutlich, dass die Teilzeitquote überall in der Sozialwirtschaft mehr als doppelt so hoch ist wie in der übrigen Wirtschaft. Diese hohe Teilzeitquote liegt darin begründet, dass die Dienste teilweise sieben Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag abgedeckt werden müssen und durch die Finanzierungsart (z. B. im Bereich der Pflege) ständig unterschiedliche Personalbedarfe in den Einrichtungen entstehen.

Tabelle 8: Anteil der Voll- und Teilzeitbeschäftigung im Vergleich

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (2007)	Sachsen		Bayern		Deutschland	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Sozialwirtschaft	63,77%	36,23%	63,46%	36,54%	64,69%	35,31%
insgesamt	84,42%	15,58%	84,68%	15,32%	84,52%	15,48%

Aufgrund von Expertengesprächen mit der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen ist davon auszugehen, dass die Teilzeitquote in der Freien Wohlfahrtspflege noch über der in der gesamten Sozialwirtschaft liegt.

3.2 Entwicklung der Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen

Im Folgenden betrachten wir die Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige innerhalb der Sozialwirtschaft etwas genauer. Hierbei wird berücksichtigt, dass einige Wirtschaftszweignummern nur anteilig in die Berechnung der Sozialwirtschaft einfließen.

3.2.1 WZ-Gruppe 80.1: Kindertagesstätten

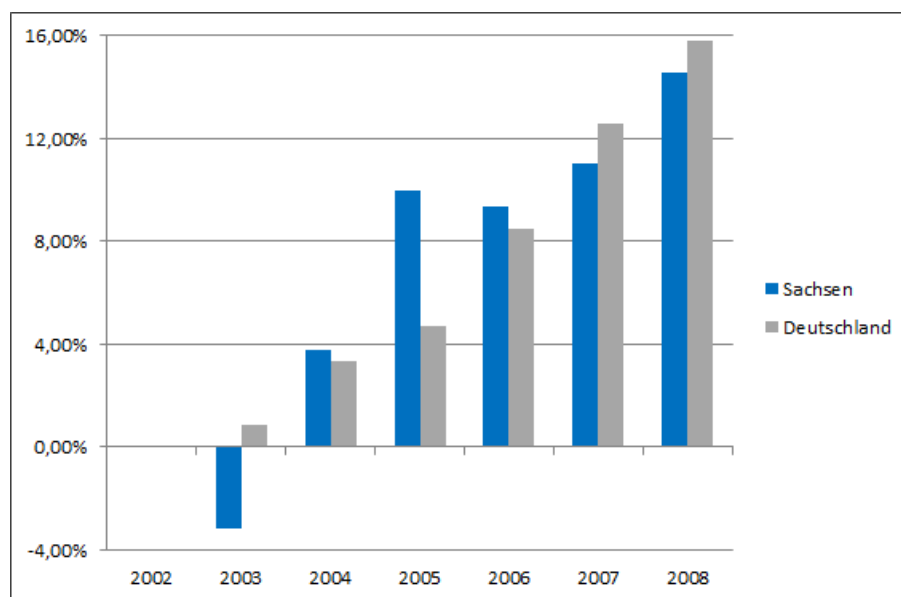
Die Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftszweig beträgt in Sachsen 741 Millionen Euro im Jahr 2008. Dies entspricht 0,87% der gesamten Bruttowertschöpfung und ist mit dem Anteil in Deutschland (0,83%) vergleichbar. Der Bereich Kindertagesstätten steuert somit in Sachsen 12,2% zur Sozialwirtschaft bei. In Deutschland erreicht die Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftszweiges einen Anteil von ca. 12,2% an der Sozialwirtschaft (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 80.1, in jeweiligen Preisen

	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert BWS (Mrd. €)	Beitrag zur gesamten BWS	Beitrag zur SW
Sachsen	14,59%	0,741	0,87%	12,18%
Deutschland	15,83%	18,477	0,83%	12,24%

Die Bruttowertschöpfung im Bereich Kindertagesstätten hat im betrachteten Zeitraum von 2002 bis 2008 in Sachsen um 15% zugenommen, ist aber im Vergleich zur gesamtdeutschen Entwicklung nicht kontinuierlich gestiegen. Die Bruttowertschöpfung ist in Sachsen in den Jahren 2003 und 2006 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr rückläufig gewesen und ist dementsprechend nicht ganz so stark gewachsen wie in Gesamtdeutschland (vgl. Abbildung 6). Dabei lag das Wachstum in diesem Wirtschaftszweig deutlich unter dem Wachstum der gesamten Sozialwirtschaft (15 vs. 25%).

Abbildung 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der WZ-Gruppe 80.1, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Des Weiteren fällt auf, dass die Bruttowertschöpfung in Sachsen in diesem Bereich insbesondere zwischen den Jahren 2004 und 2005 besonders stark gestiegen ist.

Ungefähr ein Prozent der Erwerbstätigen arbeitet in Sachsen im Bereich der Kindertagesstätten. In Deutschland ist der Anteil etwas größer. Dies überrascht auf den ersten Blick, da die Versorgungsquote mit Kita-Plätzen in Ostdeutschland deutlich höher ist als in Westdeutschland. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass in Sachsen eine Betreuungsperson ca. 11 Kinder betreuen muss, während es im deutschlandweiten Durchschnitt nur 8 sind.²⁷

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind es etwas weniger. In Sachsen arbeiten ca. 0,9% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kindertagesstätten und in Deutschland ca. 0,7% (vgl. Tabelle 10). Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat über den betrachteten Zeitraum in Sachsen abgenommen. Dieser Rückgang war in Sachsen deutlich stärker

²⁷ Die Zahlen beziehen sich auf die 2-8-jährigen Kinder, ohne Schulkinder (Stand: März 2010). Vgl. Statistisches Bundesamt (2010).

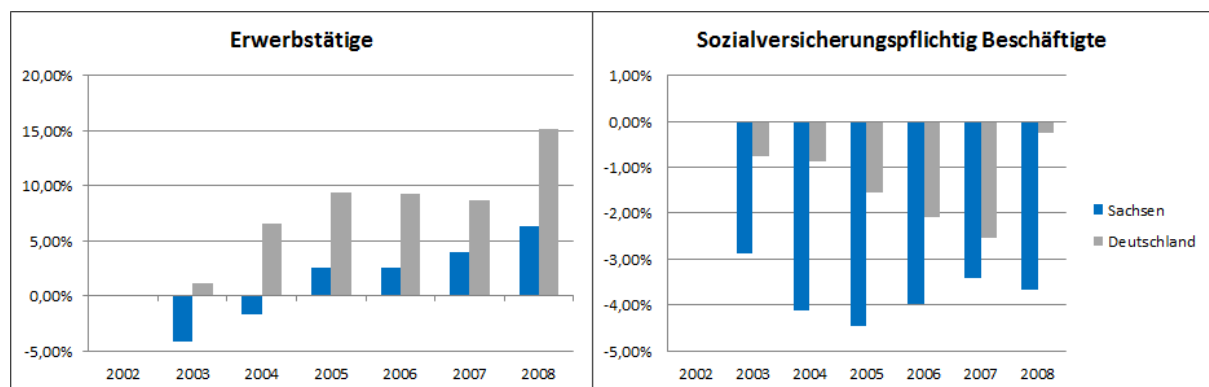
ausgeprägt als in Deutschland. Die Anzahl der Erwerbstätigen nimmt hingegen in Sachsen wie in Deutschland zu, allerdings in Deutschland deutlich stärker als in Sachsen.

Tabelle 10: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Gruppe 80.1

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
ET	Sachsen	6,34%	19.790	1,01%	10,79%
	Deutschland	15,15%	459.581	1,14%	11,70%
SvB	Sachsen	-3,68%	12.675	0,91%	8,65%
	Deutschland	-0,24%	193.774	0,70%	6,79%

Die Entwicklung der Anzahl Erwerbstätiger und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verläuft dabei in Sachsen und in Deutschland sehr unterschiedlich (vgl. Abbildung 7). In Deutschland steigt die Zahl der Erwerbstätigen über die Jahre kontinuierlich an. In Sachsen ist das Wachstum über den gesamten Zeitraum 2002 bis 2008 zwar auch positiv, allerdings kommt es in den Jahren 2003 und 2006 auch zu einer Abnahme bei der Erwerbstätigenzahl.

Abbildung 7: Entwicklung der Anzahl Erwerbstätiger und sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der WZ-Gruppe 80.1



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt sich in Sachsen nach dem relativ starken Rückgang bis 2005 ab 2006 wieder eine leichte Zunahme der Beschäftigung. In Deutschland nimmt hingegen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis 2007 kontinuierlich ab. Im Jahr 2008 kommt es dann aber in Deutschland zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung. Diese Entwicklung zeigt sich für Sachsen im Jahr 2008 (noch) nicht.

3.2.2 WZ-Gruppe 80.3: Aus- und Fortbildung in der Sozialwirtschaft

Die Wirtschaftszweiggruppe 80.3 umfasst die Schulen des Gesundheitswesens sowie die Studenten in sozialwissenschaftlichen Themengebieten. Die Bruttowertschöpfung dieser WZ-Gruppe hat von allen WZ-Gruppen, die in die Berechnung der Sozialwirtschaft mit eingeflossen sind, den geringsten Anteil an der Bruttowertschöpfung der gesamten Sozialwirtschaft (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 80.3, in jeweiligen Preisen

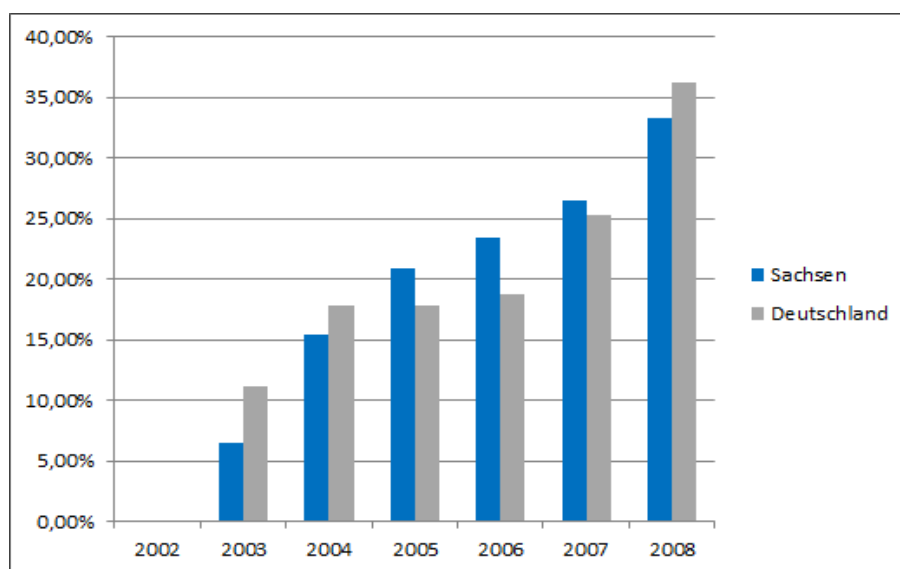
	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert BWS (Mrd. €)	Beitrag zur gesamten BWS	Beitrag zur SW
Sachsen	33,30%	0,099	0,12%	1,63%

Deutschland	36,20%	2,198	0,10%	1,46%
-------------	--------	-------	-------	-------

In Sachsen trägt die Wirtschaftszweiggruppe 80.3 im Jahr 2008 zwar immerhin knapp 99 Millionen Euro zur Sozialwirtschaft bei, doch verglichen mit der Gesamtsumme von 6,1 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen ist die Zahl verschwindend gering. Der Beitrag zur Bruttowertschöpfung beträgt in Deutschland und in Sachsen ca. 0,1%. Im Jahr 2008 trägt die WZ-Gruppe 80.3 in Sachsen 1,6% und in Deutschland 1,5% zur Sozialwirtschaft bei.

Abbildung 8 zeigt, dass die WZ-Gruppe 80.3 stärker gestiegen ist als die gesamte Sozialwirtschaft. In Sachsen beträgt das Wachstum 33% und in Deutschland sogar 36%. Dies kann mit einem starken Anstieg der Studentenzahlen begründet werden, aber auch mit einer höheren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in zukunftsrelevanten Gebieten wie der Altenpflege.

Abbildung 8: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 80.3, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

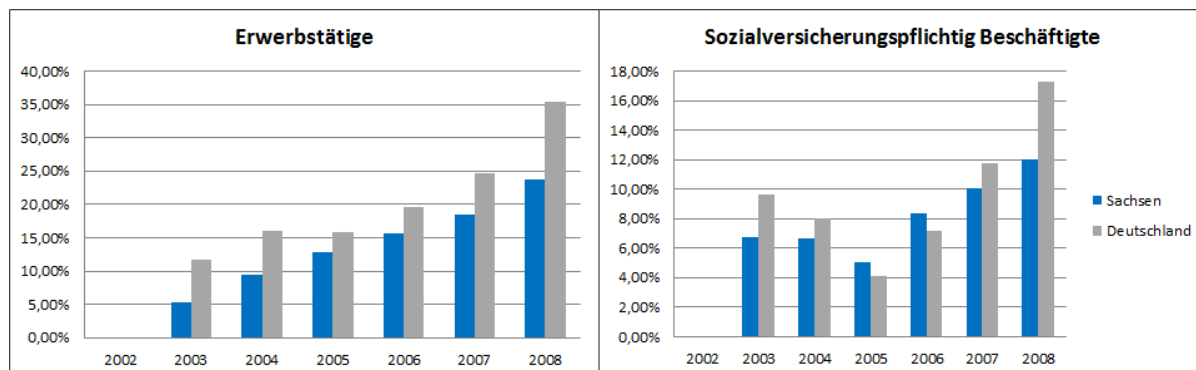
Die Anzahl der Erwerbstätigen ist in Sachsen und in Deutschland im Bereich der Aus- und Fortbildung zwischen 2002 und 2008 gestiegen (vgl. Tabelle 12). In Sachsen erhöhte sich die Anzahl Erwerbstätiger um 24% und in Deutschland um 35%. Der geringe Anteil der WZ-Gruppe 80.3 an der Sozialwirtschaft ist auch an dem geringen Anteil der Erwerbstätigen zu erkennen. In Deutschland und Sachsen betrug der Anteil der Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen nur 0,14%. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Gruppe machten sogar nur ca. 0,12% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus.

Tabelle 12: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Gruppe 80.3

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
ET	Sachsen	23,70%	2.652	0,14%	1,45%
	Deutschland	35,34%	54.671	0,14%	1,40%
SvB	Sachsen	12,05%	1.698	0,12%	1,16%
	Deutschland	17,25%	23.051	0,08%	0,81%

Während man bei der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen von einem kontinuierlichen Wachstum - in Sachsen wie in Deutschland - sprechen kann, sieht die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse deutlich anders aus (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Gruppe 80.3



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Nach einem Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Jahr 2003 kam es in den folgenden Jahren zu einem Rückgang der Beschäftigung. Ab 2006 nehmen die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland und in Sachsen wieder zu. Die Zuwachsraten waren dabei in den letzten beiden Jahren für Deutschland höher als für Sachsen.

3.2.3 WZ-Klasse 85.11: Krankenhäuser

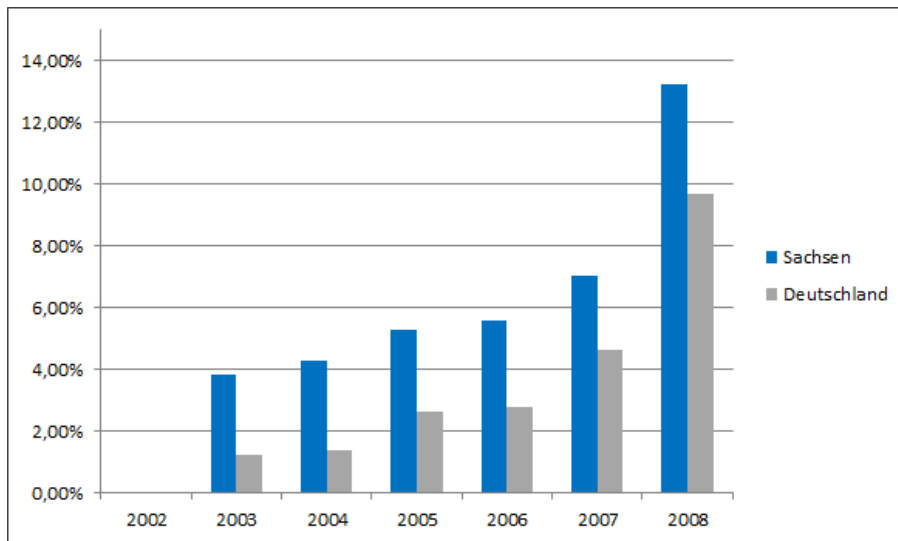
Die Krankenhäuser stellen den größten Posten in der Sozialwirtschaftsrechnung dar. Mit einer Bruttowertschöpfung von 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2008 tragen die sächsischen Krankenhäuser einen Anteil von 2,5% an der Gesamtbruttowertschöpfung im Freistaat. Damit steuern allein die Krankenhäuser in Sachsen über ein Drittel zur Sozialwirtschaft bei. In Deutschland beträgt der Anteil der Krankenhäuser an der gesamten Bruttowertschöpfung sogar 2,7%. Fast 40% der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft findet demnach im Krankenhausektor statt.

Tabelle 13: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.11, in jeweiligen Preisen

	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert BWS (Mrd. €)	Beitrag zur gesamten BWS	Beitrag zur SW
Sachsen	13,22%	2,141	2,51%	35,18%
Deutschland	9,70%	59,576	2,66%	39,45%

Insgesamt ist die Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse Krankenhäuser in Sachsen stärker gestiegen als in Deutschland. Dabei erreichte das Wachstum in Sachsen einen Wert von 13% im Vergleich zu 10% in Gesamtdeutschland. Von 2007 bis 2008 konnte jeweils ein besonders starker Anstieg in der Bruttowertschöpfung verzeichnet werden (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.11, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Genauso wenig wie die Kindertagesstätten in 80.1 stehen die Krankenhäuser hinter dem Wachstum in der Sozialwirtschaft. Die WZ-Klasse Krankenhäuser ist nur halb so stark gestiegen wie die gesamte Sozialwirtschaft, was eventuell als ein Hinweis auf die Kostendämpfungspolitik verstanden werden kann.

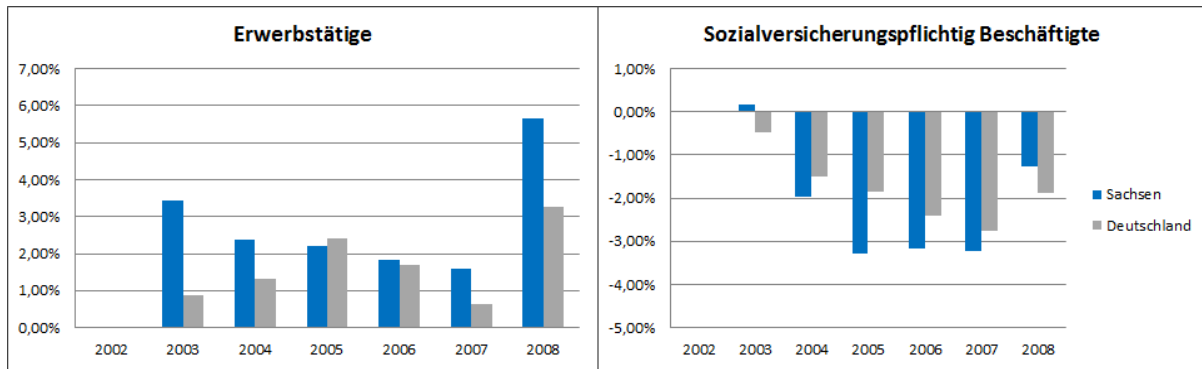
In Sachsen arbeiten ca. 3,4% aller Erwerbstätigen im Krankenhaussektor. Dies entspricht ungefähr dem Wert für Deutschland (3,9%). Die Zahl der Erwerbstätigen ist dabei über den betrachteten Zeitraum von 2002 bis 2008 mit einem Anstieg von 6% in Sachsen bzw. 3% in Deutschland fast konstant geblieben. Somit hat unter allen betrachteten WZ-Nummern das geringste Wachstum der Erwerbstätigenzahlen im Krankenhausbereich stattgefunden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Krankenhaussektor ist sowohl in Sachsen als auch in Deutschland leicht rückläufig (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.11

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
ET	Sachsen	5,64%	65.733	3,37%	35,82%
	Deutschland	3,27%	1.563.727	3,88%	39,70%
SvB	Sachsen	-1,26%	53.966	3,86%	36,82%
	Deutschland	-1,87%	1.206.238	4,37%	42,24%

Nach einer rückläufigen Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Sachsen ist - ähnlich der Entwicklung in Deutschland - von 2007 bis 2008 ein starker Anstieg zu beobachten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen hat zunächst zugenommen und ist anschließend um mehr als 3% zurückgegangen. Im Jahr 2008 kam es sowohl in Sachsen als auch in Deutschland zu einer Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverträge (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.11



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

3.2.4 WZ-Klasse 85.14: Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt

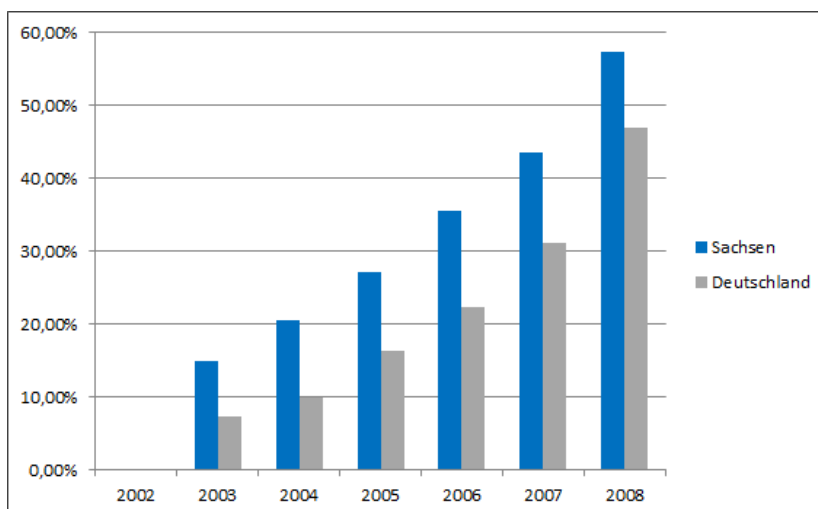
Die WZ-Klasse 85.14 wies in Deutschland und in Sachsen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg das stärkste Wachstum auf. Tabelle 15 ist zu entnehmen, dass die Bruttowertschöpfung in Sachsen im Jahr 2008 557 Millionen Euro beträgt. In ganz Deutschland liegt der Wert bei 9,3 Milliarden Euro. Der Anteil der WZ-Klasse 85.14 an der gesamten Bruttowertschöpfung Sachsens beträgt im Jahr 2008 somit 0,65%. In Deutschland stellt diese Klasse im gleichen Jahr einen etwas geringeren Bruttowertschöpfungsanteil dar (0,41%). Auch der Anteil an der Sozialwirtschaft liegt in Sachsen höher als in Gesamtdeutschland.

Tabelle 15: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.14, in jeweiligen Preisen

	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert BWS (Mrd. €)	Beitrag zur gesamten BWS	Beitrag zur SW
Sachsen	57,36%	0,557	0,65%	9,16%
Deutschland	46,87%	9,260	0,41%	6,13%

Wie in Abbildung 12 dargestellt, stieg die Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.14 im gesamten Zeitraum kontinuierlich an. In Sachsen ist dabei mit 57% ein größeres Wachstum zu beobachten als in Gesamtdeutschland (47%).

Abbildung 12: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.14, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

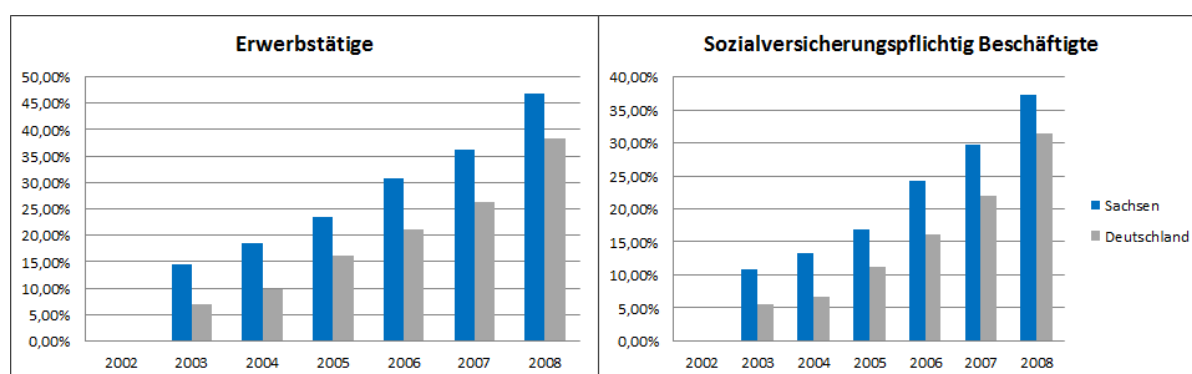
Den Angaben in Tabelle 16 ist zu entnehmen, dass auch bei der Anzahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der WZ-Klasse 85.14 eine große positive Entwicklung festzustellen ist. Dennoch arbeiten weiterhin weniger als 1% aller Erwerbstätigen in der WZ-Klasse „Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt“.

Tabelle 16: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.14

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
ET	Sachsen	46,83%	17.111	0,88%	9,33%
	Deutschland	38,26%	243.042	0,60%	6,20%
SvB	Sachsen	37,24%	14.048	1,00%	9,58%
	Deutschland	31,39%	187.479	0,68%	6,56%

Bei Betrachtung von Abbildung 13 zeigt sich, dass sowohl im Bereich der Erwerbstätigen als auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2002 bis 2008 ein stetiges Wachstum vorlag. Dabei stieg die Erwerbstätigenzahl in Sachsen mit 47% stärker an als in Deutschland mit 38%. Auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kam es im Betrachtungszeitraum von 2002 bis 2008 zu einem größeren Wachstum in Sachsen verglichen mit Gesamtdeutschland.

Abbildung 13: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.14



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

3.2.5 WZ-Klasse 85.31: Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)

Die Bruttowertschöpfung in der WZ-Klasse 85.31 betrug im Jahr 2008 in Sachsen 1,35 Milliarden Euro. Dies entspricht in etwa 1,5% der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen. In Deutschland waren es im gleichen Jahr 37,68 Milliarden Euro bzw. 1,7% der gesamten Bruttowertschöpfung (vgl. Tabelle 17).

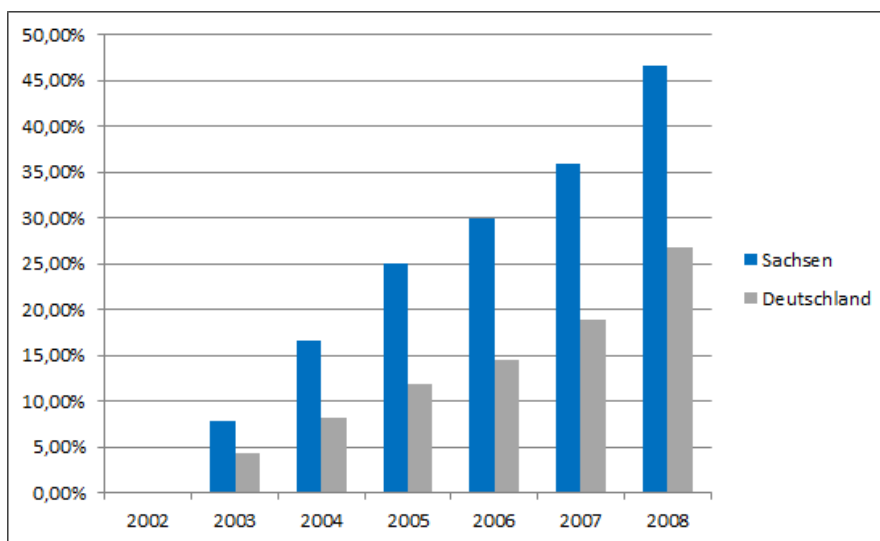
Tabelle 17: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.31, in jeweiligen Preisen

	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert BWS (Mrd. €)	Beitrag zur gesamten BWS	Beitrag zur SW
Sachsen	46,58%	1,316	1,54%	21,62%
Deutschland	26,87%	37,684	1,68%	24,95%

Das kontinuierliche Wachstum der WZ-Klasse 85.31 fand in Sachsen fast doppelt so schnell wie in Deutschland statt. So beträgt der Zuwachs der Bruttowertschöpfung in Sachsen ca. 47% verglichen

mit 27% in Deutschland (vgl. Abbildung 14). Dieser Wachstumsunterschied lässt sich einerseits durch einen Nachholbedarf an ambulanten und stationären Einrichtungen in Sachsen erklären und kann andererseits mit dem höheren Durchschnittsalter im Vergleich zu Gesamtdeutschland begründet werden. Gerade im Bereich der Behindertenhilfe muss zusätzlich darauf hingewiesen werden, dass das Wachstum wenig oder kaum mit einer Steigerung von Lohnkosten und Entgelten zusammenhängt, sondern sehr stark allein über die Frage der Fallzahlen definiert wird. Trotz des höheren Wachstums in Sachsen bleibt allerdings festzustellen, dass der Anteil der Bruttowertschöpfung in dieser WZ-Gruppe an der Bruttowertschöpfung des Landes nach wie vor geringer ist als der Anteil der Bruttowertschöpfung auf Bundesebene.

Abbildung 14: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.31, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

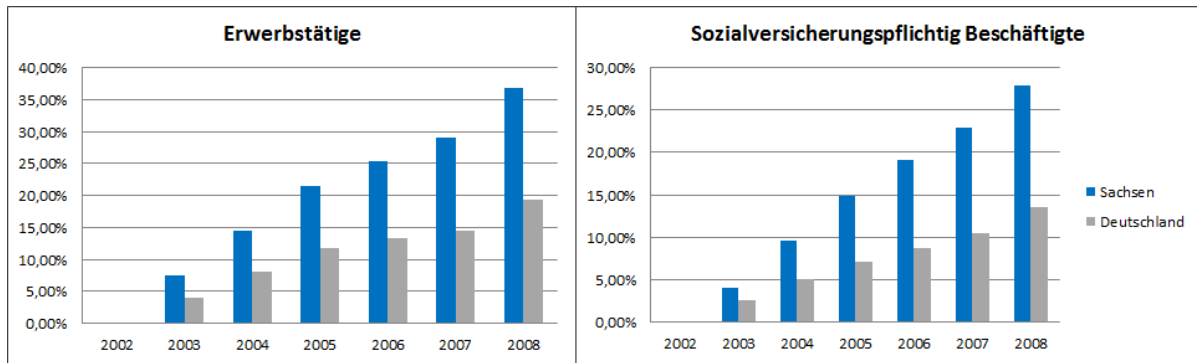
Tabelle 18 ist zu entnehmen, dass sowohl der Erwerbstätigenanteil in Sachsen als auch der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten etwas geringer ist als in Deutschland (2,1% vs. 2,5% bzw. 2,4% vs. 2,8%).

Tabelle 18: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.31

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
ET	Sachsen	36,77%	40.394	2,07%	22,01%
	Deutschland	19,44%	989.109	2,46%	25,10%
SvB	Sachsen	27,84%	33.163	2,37%	22,62%
	Deutschland	13,50%	762.985	2,76%	26,72%

Wie die Bruttowertschöpfung ist auch die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen im Bereich der WZ-Klasse 85.31 deutlich stärker gestiegen. Tabelle 18 zeigt, dass es in Sachsen einen Sprung um 37% nach oben gab, wohingegen die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland nur um 19% gestiegen ist. Noch deutlicher wird der Unterschied bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Deren Anzahl hat sich in Sachsen im Vergleich zu Deutschland mehr als verdoppelt.

Abbildung 15: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.31



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

3.2.6 WZ-Klasse 85.32: Sozialwesen, anderweitig nicht genannt

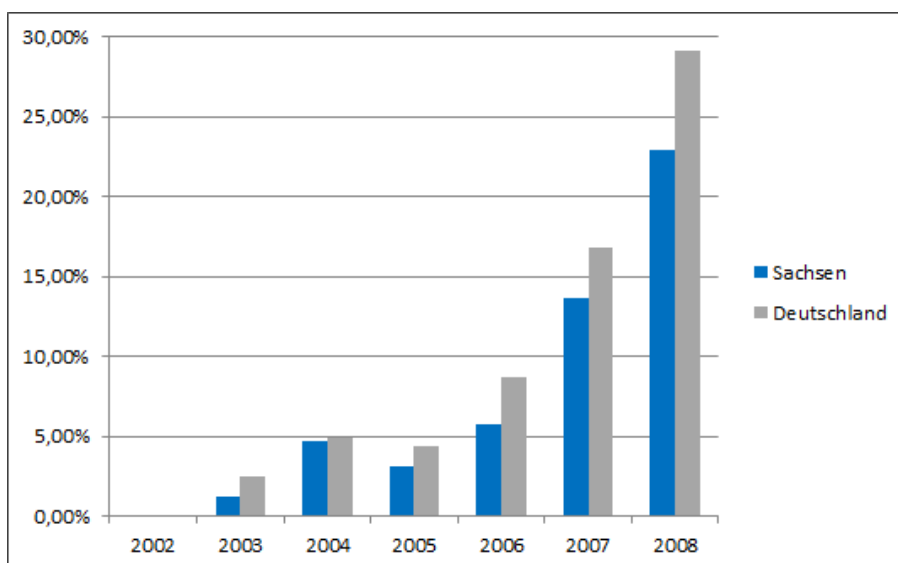
Das „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“ ist nicht ganz so rasant gewachsen wie die WZ-Klasse 85.31. Die Wachstumsrate von 2002 bis 2008 beträgt in Sachsen 23% und in Deutschland 29%. Die WZ-Klasse 85.32 hat 2008 1,23 Milliarden Euro bzw. rund 1,5% zur gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen beigetragen und in Deutschland 23,83 Milliarden Euro bzw. rund 1%. Damit trägt die WZ-Klasse 85.32 ein Fünftel zur Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen bei und in Deutschland ca. 16% (vgl. Tabelle 19).

Tabelle 19: Kennzahlen der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.32, in jeweiligen Preisen

	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert BWS (Mrd. €)	Beitrag zur gesamten BWS	Beitrag zur SW
Sachsen	22,93%	1,231	1,45%	20,23%
Deutschland	29,12%	23,825	1,06%	15,78%

Abbildung 16 zeigt, dass die Bruttowertschöpfung in der WZ-Klasse 85.32 nicht kontinuierlich gestiegen ist. Im Jahr 2005 kam es in Deutschland und in Sachsen zu einem Rückgang in der Bruttowertschöpfung.

Abbildung 16: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Klasse 85.32, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

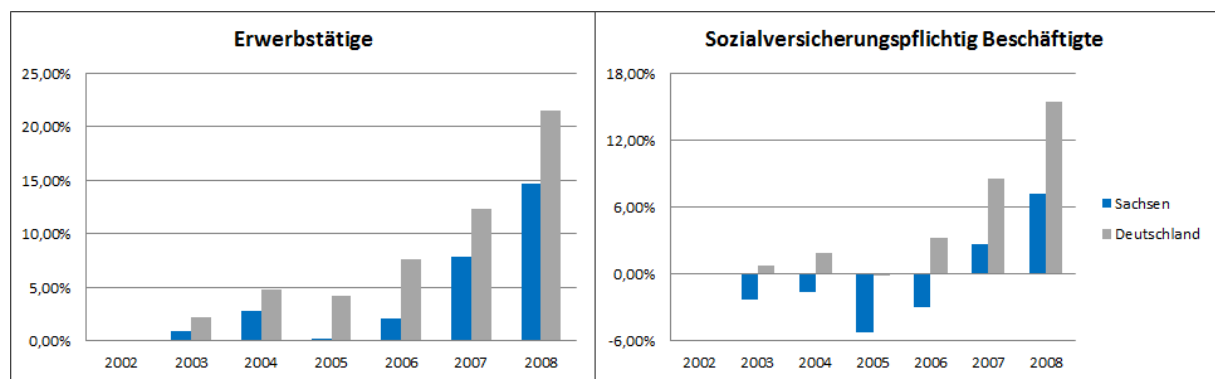
Im Jahr 2008 arbeiten knapp 2% der Erwerbstätigen in Sachsen in der WZ-Klasse „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“. In Deutschland ist der Anteil mit rund 1,6% geringer. Ebenso ist der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in dieser WZ-Klasse höher als in Deutschland (vgl. Tabelle 20).

Tabelle 20: Kennzahlen für Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der WZ-Klasse 85.32

		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
ET	Sachsen	14,72%	37.811	1,94%	20,61%
	Deutschland	21,55%	625.349	1,55%	15,90%
SvB	Sachsen	7,21%	31.036	2,22%	21,17%
	Deutschland	15,51%	482.386	1,75%	16,89%

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in Sachsen um 7% und in Deutschland um 16% zugenommen. In Abbildung 17 ist zu erkennen, dass die Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der WZ-Klasse 85.32 besonders seit 2005 überdurchschnittlich stark gestiegen ist.

Abbildung 17: Entwicklung der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der WZ-Klasse 85.32

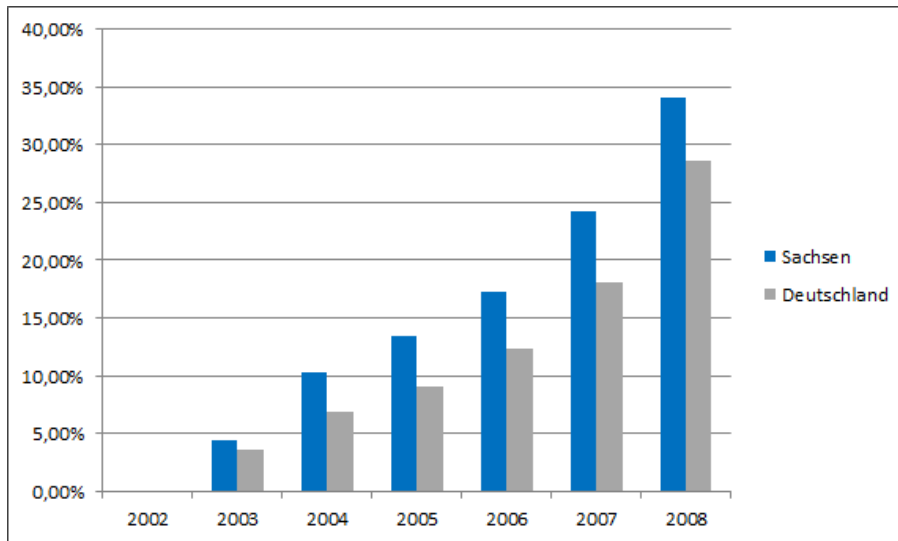


Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

Zusammengefasst stellt das Sozialwesen, WZ-Gruppe 85.3, den größten Beitrag zur Sozialwirtschaft. Die Bruttowertschöpfung betrug in Sachsen im Jahr 2008 über 2,5 Milliarden Euro und in Deutschland 61,9 Milliarden Euro. Damit trägt das Sozialwesen über ein Drittel zur gesamten sächsischen Sozialwirtschaft von 6,1 Milliarden Euro bei.

In Sachsen ist das Sozialwesen im Zeitraum von 2002 bis 2008 um 34% gestiegen und hat damit entscheidenden Anteil am Wachstum der Sozialwirtschaft (vgl. Abbildung 18). Dies spiegelt zum Teil den demografischen Wandel mit einer wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen wider.

Abbildung 18: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der WZ-Gruppe 85.3, in jeweiligen Preisen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), eigene Berechnung

In Sachsen werden knapp 3% der gesamten Bruttowertschöpfung in der WZ-Gruppe 85.3 erbracht und in Deutschland 2,8%. Damit erfolgt fast 42% der Wertschöpfung in der sächsischen Sozialwirtschaft im „Sozialwesen“. In Deutschland sind es 41%.

Auch in Zukunft wird das „Sozialwesen“ ein Wachstumsmotor bleiben und zwar nicht nur für die Sozialwirtschaft sondern für die gesamte Volkswirtschaft.

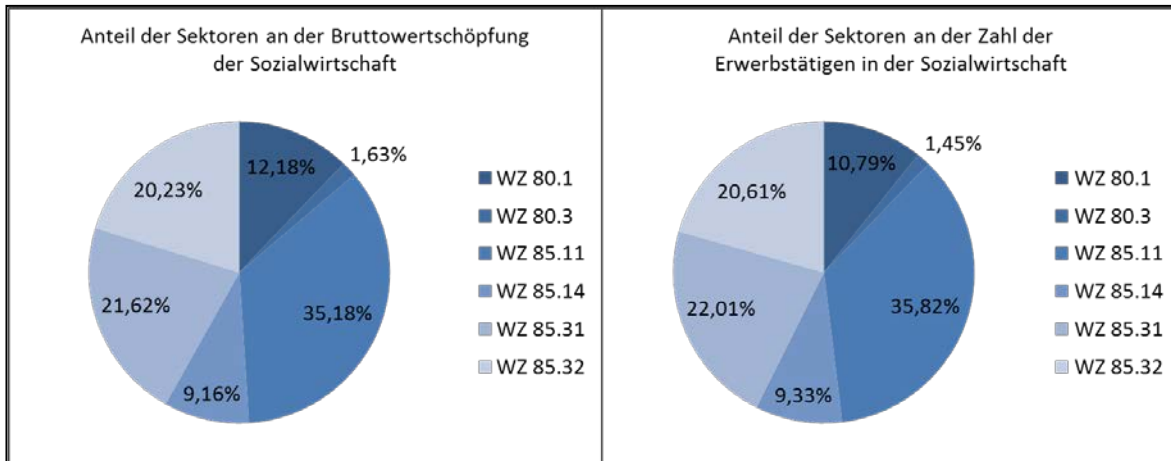
3.3 Zusammenfassung

Die Sozialwirtschaft ist ein Wachstumsmotor. Von 2002 bis 2008 ist die Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft in Sachsen um 25% gestiegen, wohingegen die gesamte Bruttowertschöpfung nur um ungefähr 16% gestiegen ist. Inflationsbereinigt ist die Bruttowertschöpfung in Sachsen um immerhin noch 13,5% gewachsen.

Die Sozialwirtschaft trägt im Jahr 2008 über 7% zur Bruttowertschöpfung in Sachsen bei. Zudem befindet sich fast jeder zehnte Arbeitsplatz in Sachsen in der Sozialwirtschaft. Damit sind in Sachsen mehr Menschen in der Sozialwirtschaft tätig als im Bau- und Gastgewerbe zusammen. Darüber hinaus ist die Sozialwirtschaft von einer hohen Frauenquote geprägt. Fast drei Viertel der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft sind Frauen.

Die Tabellen 33 bis 35 im Anhang fassen die Ergebnisse der Auswertungen zur Sozialwirtschaft in einer Übersicht zusammen. Das stärkste Wachstum in der Bruttowertschöpfung fand in der WZ-Klasse 85.14, „Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt“, statt. In Sachsen hat sich die Bruttowertschöpfung von 2002 bis 2008 mehr als verdoppelt und in Deutschland stieg die Bruttowertschöpfung um 47%. Im Krankensektor, WZ-Klasse 85.11, findet die größte Bruttowertschöpfung statt. Zudem sind die meisten Beschäftigten der Sozialwirtschaft im Krankensektor tätig. Großen Anteil an dem Wachstum und den Wachstumspotentialen der Sozialwirtschaft haben auch die WZ-Klassen „Heime“, 85.31, und „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“, 85.32. Zusammengenommen findet die meiste Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft auch in dieser WZ-Gruppe (85.3, Sozialwesen) statt, wie Abbildung 19 entnommen werden kann.

Abbildung 19: WZ-Anteile an der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigenzahl in der Sozialwirtschaft



4 Sozialwirtschaft und Freie Wohlfahrtspflege

Die Erbringung sozialer Dienstleistungen kann in freigemeinnütziger, öffentlicher oder privater Trägerschaft erfolgen. Hierbei genießen die privaten und freigemeinnützigen Träger durch das Subsidiaritätsprinzip einen bedingten Vorrang gegenüber den öffentlichen Trägern.²⁸ Öffentliche Träger sind kommunale Eigenbetriebe, kommunale Betriebe in privater Rechtsform wie GmbH oder Stiftung, Regiebetriebe der kommunalen Verwaltung und sonstige öffentliche Träger wie Bund, Land, höhere Kommunalverbände bzw. Stiftung des öffentlichen Rechts.²⁹ Private Träger treten in gewerblicher Rechtsform auf. Der gemeinnützige Bereich kann in etwa mit der Freien Wohlfahrtspflege gleichgesetzt werden.³⁰

4.1 Definition, Struktur und Betätigungsfelder der Freien Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege ist historisch tief verwurzelt in Deutschland. Bereits im 19. Jahrhundert entstanden die ersten Spitzenverbände, die sich 1923 zur „Deutschen Liga der Freien Wohlfahrtsverbände“ - dem Vorgänger der heutigen Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) - zusammenschlossen.

Im Gegensatz zur Sozialwirtschaft ist der Begriff Wohlfahrtspflege klar definiert. Die Abgabenordnung definiert die Wohlfahrtspflege als „die planmäßige, zum Wohle der Allgemeinheit und nicht des Erwerbs wegen ausgeübte Sorge für notleidende oder gefährdete Mitmenschen. Die Sorge kann sich auf das gesundheitliche, sittliche, erzieherische oder wirtschaftliche Wohl erstrecken und Vorbeugung oder Abhilfe bezwecken.“³¹ Im weiteren Sinn wird unter der Freien Wohlfahrtspflege (FW) die Gesamtheit an sozialen Hilfen verstanden, die gemeinnützig erbracht werden. Im engeren Sinne ist die Arbeit der sechs Spitzenverbände gemeint.³² Dazu zählen die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Deutsche Caritasverband (DCV), der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (Der PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (DW der EKD) und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST). Als Spitzenverbände müssen sie ihre Einrichtungen und Dienste überregional anbieten und im gesamten Bereich der Wohlfahrtspflege tätig sein.

Tabelle 21 gibt einen Überblick über das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrtspflege, das sich von Beratungsangeboten für Migranten bis zur stationären Versorgung Pflegebedürftiger erstreckt.

²⁸ Vgl. Arnold/Maellicke (2003), S. 90-91.

²⁹ Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2009), S. 3.

³⁰ Vgl. Arnold/Maellicke (2003), S. 14. Im Folgenden wird Freigemeinnützigkeit mit Freier Wohlfahrt gleichgesetzt.

³¹ Vgl. § 66 (2), Abgabenordnung.

³² Vgl. IWG Bonn (2003), S. 15. Falls nicht anderweitig genannt, wird im Folgenden die FW in ihrer engeren Definition verstanden.

Tabelle 21: Leistungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege

Dienstleistungen für Senioren

- Altenwohnheime → 85.31
- Altenpflegeheime → 85.31
- Pflegedienste → 85.31
- ambulante soziale Dienste → 85.32

Hilfe für Kinder und Jugendliche

- Kindertageseinrichtungen → 80.1
- Jugendwohnheime → 85.31
- Erziehungsheime → 85.31
- Jugendzentren → 85.32

Hilfen für Menschen mit Behinderung

- Ambulante Dienste für Menschen mit Behinderung → 83.3
- Sozialpsychiatrische Dienste → 85.14
- Wohnrichtungen für Menschen mit Behinderung → 85.3
- Werkstätten Integrationsfirmen → 85.3

Hilfe in besonderen Situationen

- Obdachlosenheime → 85.31
- Beratungsstellen für Migranten → 85.32
- Flüchtlingsbetreuungsstellen → 85.32
- Waisenhäuser → 85.31

Hilfen für Familien

- Familienbildungsstätten → 85.32
- Beratungsstellen in Ehe- und Familienfragen → 85.32
- Einrichtungen für werdende Mütter oder Mütter und Väter mit Kind → 85.31

Quelle: Statistisches Bundesamt (2003), eigene Darstellung

Tabelle 21 zeigt, dass die meisten Angebote der Freien Wohlfahrtspflege in der WZ-Gruppe 85.3, Sozialwesen, enthalten sind. Die Freie Wohlfahrtspflege ist der größte Anbieter für viele dieser sozialen Dienstleistungen und somit zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Sozialstaates geworden.³³ Die Freie Wohlfahrtspflege betreibt insgesamt über 100.000 Einrichtungen und beschäftigt mehr als 1,5 Millionen Menschen in Deutschland.³⁴

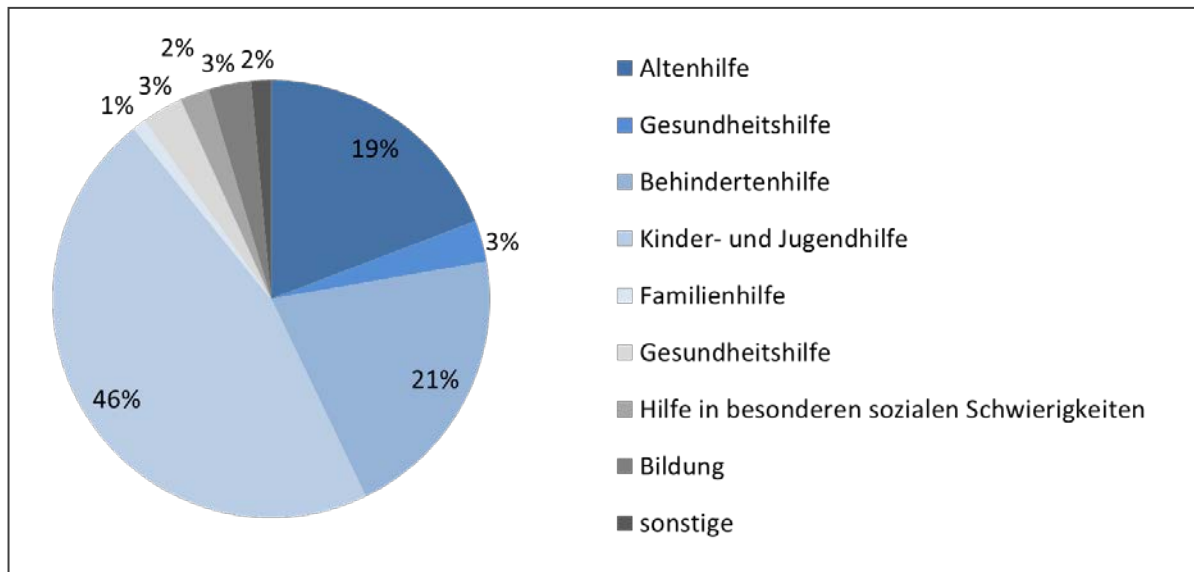
Gemessen an der Platzzahl ist in Sachsen die Kinder- und Jugendhilfe das größte Betätigungsfeld der Freien Wohlfahrtspflege, gefolgt von der Behinderten- und Altenhilfe (vgl. Abbildung 20).³⁵

³³ Vgl. BAGFW (2009), S. 6.

³⁴ Vgl. BAGFW (2009), S. 10.

³⁵ Vgl. Liga-Statistik 2009.

Abbildung 20: Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrt in Sachsen nach Platzzahl



Quelle: Liga-Statistik (2009), eigene Berechnung

Die wenigsten Plätze bietet die Freie Wohlfahrtspflege in der Familienhilfe an. Die Vielzahl der Angebote in der Familienhilfe findet meist in Beratungsstellen statt, denen keine stationären Plätze angeschlossen sind.

In einer Studie des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) wird die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege für das Jahr 1997 auf 35 Milliarden Euro geschätzt.³⁶ Neuere Studien des IW Köln schätzen den Umsatz³⁷ der Freien Wohlfahrtspflege auf 55 Milliarden Euro³⁸ und die Deutsche Bank ermittelt für das Jahr 2008 einen Umsatz der Freien Wohlfahrtspflege im „marktnahen Bereich“ von fast 38 Milliarden Euro.³⁹ Die unterschiedlichen Größenordnungen entstehen nicht nur aufgrund der verschiedenartigen Betrachtungsweise, sondern auch aufgrund uneinheitlicher Statistiken bei den Spitzenverbänden.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Freien Wohlfahrtspflege eine enorme wirtschaftliche Bedeutung zukommt. Im nächsten Abschnitt soll diese für Sachsen untersucht werden.

4.2 Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft in Sachsen

In Kapitel 3 haben wir die Sozialwirtschaft definiert und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung bestimmt. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus Kapitel 3 genutzt, um den Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft anhand von offiziellen Angaben, Berichten oder Veröffentlichungen zu approximieren oder mithilfe von Experten zu schätzen.

Tabelle 22 gibt zunächst eine Gesamtübersicht über den Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an den Wirtschaftszweigen der Sozialwirtschaft.

³⁶ Vgl. IWG Bonn (2003), S. 57.

³⁷ Die Bruttowertschöpfung ergibt sich aus dem Umsatz minus Vorleistungen und ist typischerweise höher als der Umsatz.

³⁸ Vgl. IW Köln (2004), S. 8.

³⁹ Vgl. DB Research (2010), S. 1.

Tabelle 22: Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft

WZ-Abschnitt	WZ-Gruppe/ WZ-Klasse	Bezeichnung der verwendeten WZ-Kategorien nach der Klassifikation von 2003 des Statistischen Bundesamtes	Anteil FW an SW
M	80.1	Kindergärten, Vor- und Grundschulen	0,350
	80.3	Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs	0,150
N	85.11	Krankenhäuser	0,121
	85.14	Gesundheitswesen, nicht anderweitig genannt	0,200
	85.31	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	0,650
	85.32	Sozialwesen, nicht anderweitig genannt	0,600

Die Berechnung dieser Anteile wird im Folgenden für die WZ-Abschnitte M und N sowie die darin enthaltenen WZ-Gruppen und Klassen dokumentiert und erläutert.

4.2.1 Erziehung und Unterricht (WZ-Abschnitt M)

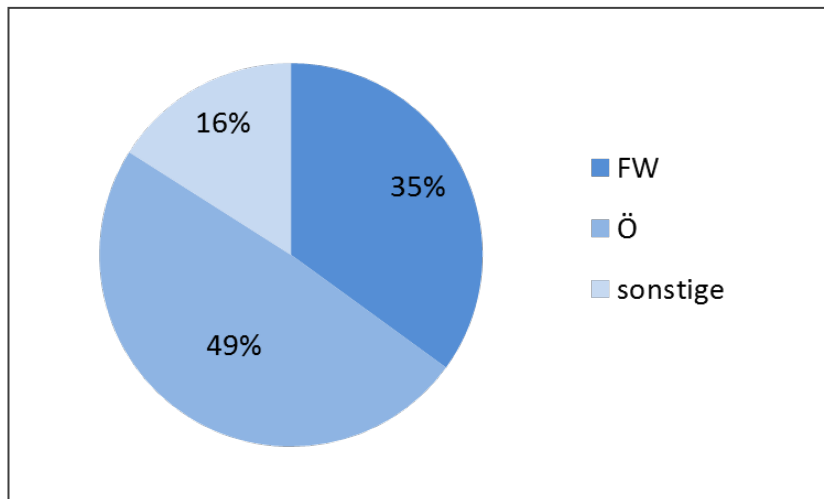
Der WZ-Abschnitt M beinhaltet die für die Sozialwirtschaft relevanten Aufgabengebiete der frühkindlichen Bildung (WZ-Gruppe 80.1) und der Aus- und Fortbildungsstätten (WZ-Gruppe 80.3). Diese Bereiche sind gekennzeichnet durch einen starken Anteil der öffentlichen Träger. In beiden WZ-Gruppen stellen die öffentlichen Träger die meisten Angebote.

WZ-Gruppe 80.1 Kindergärten, Vor- und Grundschulen

Der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der WZ-Gruppe 80.1 wird durch die Anzahl der Plätze in den Kindergärten und Kinderhorten ermittelt, die in der KiTa-Statistik 2009 des Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz angegeben sind. Addiert man die Platzzahlen der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich der Kindergärten und Kinderhorte, kommt man auf einen Anteil an der WZ-Gruppe 80.1 von rund 35%. In öffentlicher Trägerschaft befindet sich knapp die Hälfte der Kindertagesstätten. Die übrigen Plätze sind aufgeteilt auf weitere freie bzw. private Träger. Diese Ergebnisse decken sich in etwa mit den Angaben aus der Liga-Statistik der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW). Laut der Liga-Statistik hat die Freie Wohlfahrtspflege im Jahr 2009 insgesamt 1.007 Kindertagesstätten in Sachsen betrieben. Setzt man diese Zahl zu den 2.734 Kindertagesstätten (s.o.) in Sachsen ins Verhältnis, ergibt sich ein Anteil von ungefähr 37%.⁴⁰

⁴⁰ Es ist darauf hinzuweisen, dass hier die Daten aus unterschiedlichen Jahren, nämlich 2009 und 2010, heranzuziehen waren. Im Jahr 2009 hatte die Freie Wohlfahrtspflege 1.007 Kindertagesstätten in Sachsen und im Jahr 2010 gab es insgesamt 2.734 Kindertagesstätten. Dennoch dürfte der Unterschied verschwindend gering sein, so dass der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft von 37% einen guten Annäherungswert darstellt.

Abbildung 21: Trägerschaft an Kindertagesstätten



Quelle: KiTa-Statistik (2009), eigene Berechnung

Die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege in der WZ-Gruppe der Kindertagesstätten, Vor- und Grundschulen beträgt daher im Jahr 2008 knapp 259 Millionen Euro.⁴¹ Dies entspricht einem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen von 0,30% und an der Sozialwirtschaft von 4,3%. Darüber hinaus sind in diesem Bereich 6.927 Erwerbstätige und 4.436 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig.

Tabelle 23: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Gruppe 80.1

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW	Beitrag zur FW
BWS	0,257 Mrd. €	0,30%	4,26%	11,57%
ET	6.927	0,35%	3,88%	10,24%
SvB	4.436	0,32%	3,03%	8,18%

Diese WZ-Gruppe ist ein relativ bedeutender Wirtschaftszweig für die Freie Wohlfahrtspflege, da er knapp 12% der Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege in der Sozialwirtschaft Sachsens ausmacht (vgl. letzte Spalte in Tabelle 23).

WZ-Gruppe 80.3 Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs

Da keine offiziellen Statistiken für diese Wirtschaftszweiggruppe verfügbar sind, kann der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der WZ-Gruppe 80.3 nur mit Hilfe von Expertenmeinungen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen approximiert werden. In Kapitel 3 haben wir den Beitrag der Sozialwirtschaft zur WZ-Gruppe 80.3 auf 0,09% geschätzt. Hierzu zählen auch die Studenten sozialwissenschaftlicher Studienfächer, von denen die meisten staatliche Hochschulen besuchen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist insbesondere in der Aus- und Fortbildung engagiert. In Deutschland unterhalten die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege 1.638 Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe mit knapp 14.000 Beschäftigten.⁴²

⁴¹ Auch hier werden unterschiedliche Jahre verglichen. Dennoch gilt ähnlich wie oben, dass sich die tatsächlichen Verhältnisse nicht außergewöhnlich stark verschoben haben, so dass der Schätzwert von 273 Millionen Euro ein guter Richtwert ist.

⁴² Vgl. BAGFW (2009), S. 43.

In Sachsen schätzt die Liga der Freien Wohlfahrtspflege ihren Anteil an den 0,09% der WZ-Gruppe 80.3 - d.h. den Anteil der zur Sozialwirtschaft gehört - auf 15%. Demnach beträgt im Jahr 2008 die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich der Aus- und Fortbildung rund 15 Millionen Euro. Der Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen ist somit sehr gering (0,02%) und beträgt für die gesamte Sozialwirtschaft in Sachsen 0,25%. Einen ähnlichen Beitrag liefern die Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Anzahl sich in diesem Wirtschaftsbereich auf nur 398 bzw. 255 beläuft.

Tabelle 24: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Gruppe 80.3

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW	Beitrag zur FW
BWS	0,015 Mrd. €	0,02%	0,25%	0,67%
ET	398	0,02%	0,22%	0,59%
SvB	255	0,02%	0,17%	0,47%

Auch für die gesamte Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen spielt diese WZ-Gruppe daher nur eine untergeordnete Rolle (0,67% der BWS der Freien Wohlfahrtspflege).

4.2.2 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (WZ-Abschnitt N)

Der Wirtschaftszweig N ist im Vergleich zum Wirtschaftszweig M der für die Freie Wohlfahrtspflege wirtschaftlich bedeutendere Wirtschaftszweig. Er umfasst insbesondere die Sektoren der Krankenhäuser und Pflegeheime, in denen einerseits die Freie Wohlfahrtspflege traditionsgemäß stark vertreten ist und der andererseits ein stärkeres Gewicht in der gesamten Sozialwirtschaft hat als der Wirtschaftszweig M. Hinzu kommen die klassischen Bereiche der Freien Wohlfahrtspflege in der WZ-Gruppe 80.3 wie z.B. Familien- und Behindertenhilfe.

WZ-Klasse 85.11 Krankenhäuser

Am besten ist die Datenlage im Krankenhaussektor. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht mit den Grunddaten der Krankenhausstatistik eine detaillierte Auskunft über den Krankenhaussektor, mit denen auch die Entwicklung von 2002 bis 2009 nachgezeichnet werden kann (vgl. Abbildung 22).

Die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege im Krankenhaussektor beträgt im Jahr 2008 über 250 Millionen Euro. Dies sind ungefähr 0,3% der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen und 4,3% der Sozialwirtschaft. Dabei arbeiten 7.954 Erwerbstätige und 6.530 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Sektor (vgl. Tabelle 25).

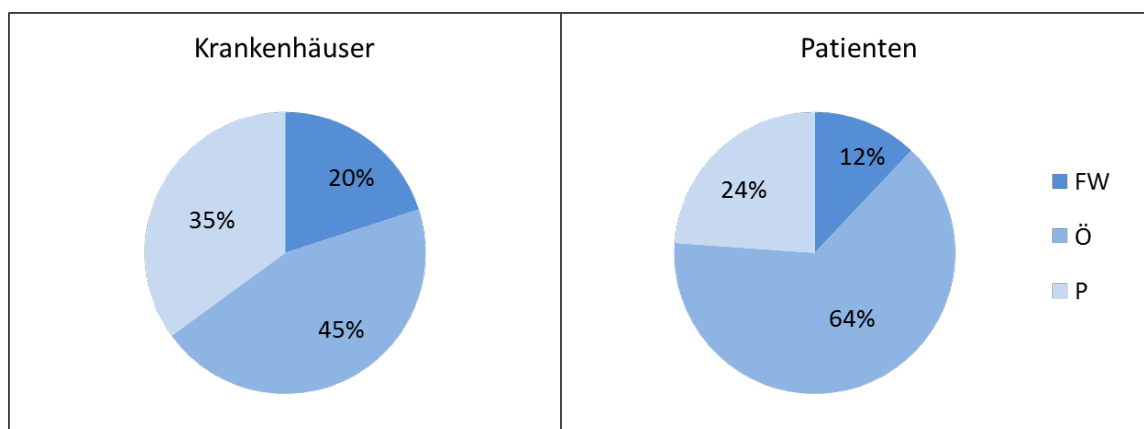
Tabelle 25: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.11

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW	Beitrag zur FW
BWS	0,259 Mrd. €	0,30%	4,26%	11,57%
ET	7.954	0,41%	4,33%	11,76%
SvB	6.530	0,47%	4,45%	12,05%

Mit knapp 12% der gesamten Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege besitzt diese WZ-Klasse eine ähnliche Bedeutung wie die WZ-Gruppe 80.1 (Kindertageseinrichtungen). Der Anteil der

Freien Wohlfahrtspflege an der Anzahl der Krankenhäuser ist über die letzten Jahre relativ konstant geblieben und liegt im Jahr 2008 bei 20%.⁴³

Abbildung 22: Krankensektor nach Trägerschaft (Berichtsjahr 2008)



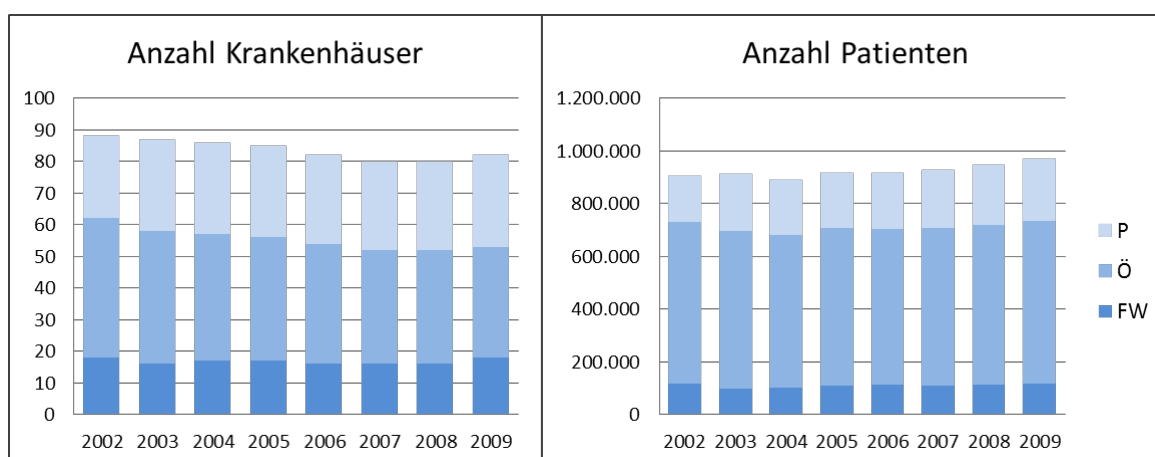
Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser (2011), eigene Berechnung

Jedes fünfte Krankenhaus bietet seine Leistungen unter freigemeinnütziger Trägerschaft an. Somit wurde die vom Gesetzesgeber nach der Wiedervereinigung gewollte Drittel-Regelung, d.h. dass auf jede Trägerschaft - freigemeinnützig, öffentlich und privat - ein Drittel der Einrichtungen entfallen, bisher verfehlt.

Relevanter für die Bruttowertschöpfung ist jedoch die Anzahl der Patienten.⁴⁴ Gemessen an ihren Patienten sind die freigemeinnützigen Krankenhäuser klein.⁴⁵ Dies hat damit zu tun, dass - im Gegensatz zu den Hochschulkliniken - oftmals nur ein kleiner Bereich der Fachabteilungen angeboten wird. Ungefähr 12,1% der Patienten wird in freigemeinnützigen Krankenhäusern versorgt.

Die Mehrzahl der Krankenhäuser ist in öffentlicher Trägerschaft. Auch wenn die Zahlen seit 2002 rückläufig sind, ist der öffentlich-rechtliche Sicherstellungsauftrag der Kommunen in der medizinischen Versorgung klar zu erkennen.

Abbildung 23: Entwicklung im Krankensektor nach Trägerschaft



⁴³ Zur besseren Vergleichbarkeit mit der Bruttowertschöpfung in Kapitel 3 wird das Jahr 2008 als Referenzpunkt gewählt.

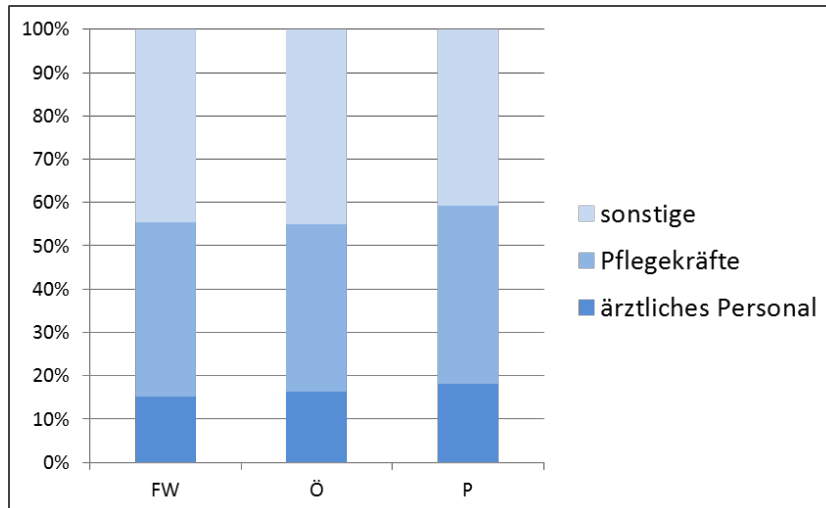
⁴⁴ Und zudem konsistenter mit den Berechnungen des Anteils der Freien Wohlfahrtspflege in den anderen WZ-Nummern, da dort auch Pflegebedürftige bzw. Anzahl der Plätze als Berechnungsgrundlage dienen.

⁴⁵ Die Anzahl der Beschäftigten in der WZ-Klasse 85.11 unterscheidet sich von der Anzahl der Beschäftigten in Kapitel 3, da in diesem Fall Vollzeitäquivalente angegeben werden.

Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser (2011), eigene Berechnung

Bemerkenswerterweise sind die meisten Pflegekräfte in Krankenhäusern privater Trägerschaft angestellt (vgl. Abbildung 24). Dies ist überraschend, da diese oftmals dem Vorwurf ausgesetzt sind, zu wenige Pflegekräfte in ihren Reihen zu haben. Eine Erklärung für dieses Ergebnis könnte das Anstellungsverhältnis sein, da in diesem Fall Vollzeitäquivalente betrachtet werden.

Abbildung 24: Anteil der Mitarbeiter im Krankenhaus nach Trägerschaft (Berichtsjahr 2008)



Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser (2011), eigene Berechnung

WZ-Klasse 85.14 Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt

Sehr schwierig gestaltet sich die Darstellung der Freien Wohlfahrtspflege in der WZ-Klasse „Gesundheitswesen, anderweitig nicht genannt“. Lediglich der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der WZ-Unterklasse Krankentransport- und Rettungsdienste kann anhand einer Internetrecherche über die Rettungszweckverbände in Sachsen aus Informationen der Landkreise abgeschätzt werden. Den größten Anteil an den Krankentransport- und Rettungsdiensten hat zweifelsfrei die Freie Wohlfahrtspflege. Sie ist in allen Landkreisen und kreisfreien Städten maßgeblich an der Leistungserbringung beteiligt. Der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Unterklasse Krankentransport- und Rettungsdienste wird demnach auf 70% geschätzt. Diese Zahl wird auch durch Expertenmeinungen des Deutschen Roten Kreuzes in Sachsen bestätigt.

Darüber hinaus ist aus Angaben des Statistischen Bundesamtes bekannt, dass in Deutschland der Umsatz in der WZ-Klasse 85.14 ca. 7 Milliarden Euro beträgt. Die Unterklasse Krankentransport und Rettungsdienste steuert hierzu ungefähr ein Zehntel bei.⁴⁶

In den anderen Unterklassen ist der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege gering, obwohl einige der Leistungen auch an Gesundheitszentren, die Wohlfahrtsverbänden oder Altenheimen angeschlossen sind, erbracht werden können. Zusammen mit Experten aus der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen wird der Anteil der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege an der WZ-Klasse 85.14 auf 20% geschätzt. Die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege beträgt demnach 111 Millionen Euro. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt bei 3.422 und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 2.810 (vgl. Tabelle 26).

⁴⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (2009), S. 16.

Tabelle 26: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.14

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW	Beitrag zur FW
BWS	0,111 Mrd. €	0,13%	1,82%	4,96%
ET	3.422	0,18%	1,86%	5,06%
SvB	2.810	0,20%	1,92%	5,18%

Die WZ-Klasse 85.14 steuert demnach einen Anteil von knapp 5% zur gesamten Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen bei.

WZ-Klasse 85.31 Heime

Der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der WZ-Klasse „Heime“ wird über den Anteil der Verbände an verschiedenen Betätigungsfeldern approximiert.

Aufgrund der unten genannten Aufzählungen wird der Beitrag der Freien Wohlfahrtsverbände zur WZ-Klasse 85.31 auf 65% geschätzt. Die Bruttowertschöpfung beläuft sich dementsprechend im Jahr 2008 auf 855 Millionen Euro und trägt 1% zur gesamten Bruttowertschöpfung und 14% zur Sozialwirtschaft bei. In dem Bereich sind 26.256 Erwerbstätige und 21.556 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Innerhalb der Wertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege leistet die WZ-Klasse 85.31 mit fast 40% den größten Beitrag.

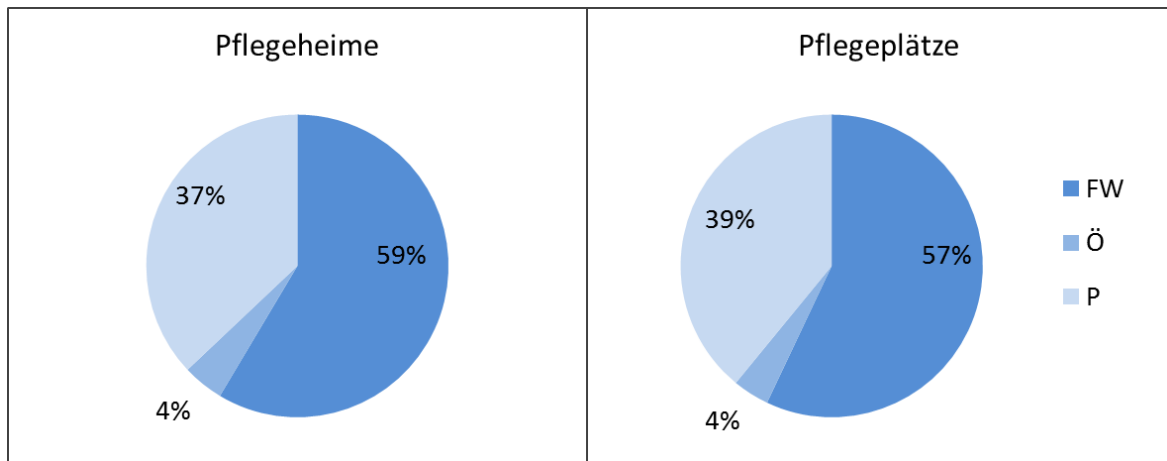
Tabelle 27: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.31

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW	Beitrag zur FW
BWS	0,855 Mrd. €	1,00%	14,05%	38,20%
ET	26.256	1,35%	14,31%	38,82%
SvB	21.556	1,54%	14,71%	39,77%

Alle zwei Jahre veröffentlicht das Statistische Bundesamt eine Pflegestatistik zur Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Hierbei wird sowohl die Entwicklung der stationären Pflege als auch der ambulanten Pflege dargestellt.

Die Freie Wohlfahrtspflege stellt den größten Anteil in der stationären Pflege im Vergleich zu anderen Trägern. Im Jahr 2009 befanden sich knapp 60% der stationären Pflegeheime mit 57% aller Pflegeplätze in freigemeinnütziger Trägerschaft. Die privaten Träger erreichten einen Anteil von 37 bzw. 39% (vgl. Abbildung 25).

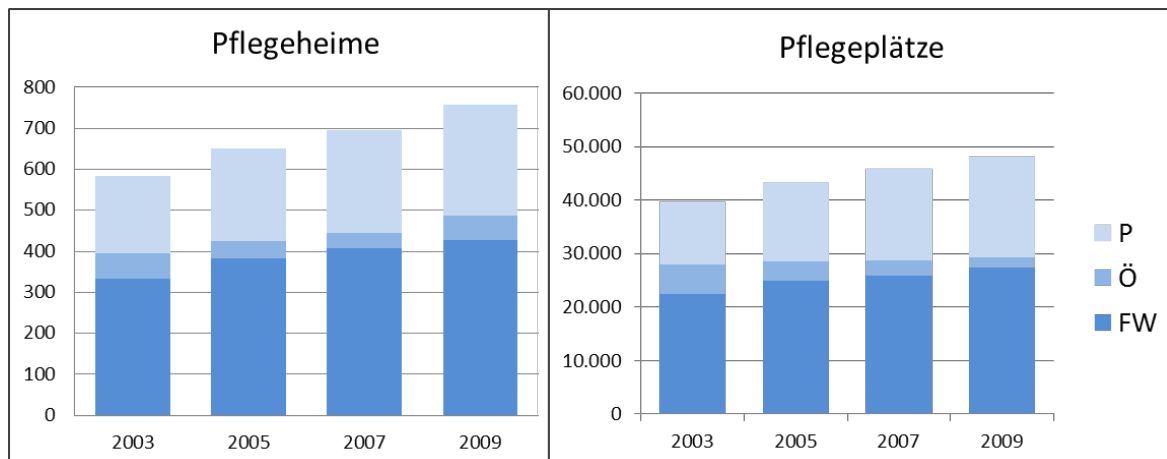
Abbildung 25: Stationäre Pflege nach Trägerschaft (Berichtsjahr 2009)



Quelle: Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes (2011), eigene Berechnung

Abbildung 26 zeigt einen klaren Aufwärtstrend bei der Anzahl der Pflegeheime und bei der Anzahl der Pflegeplätze im stationären Bereich.

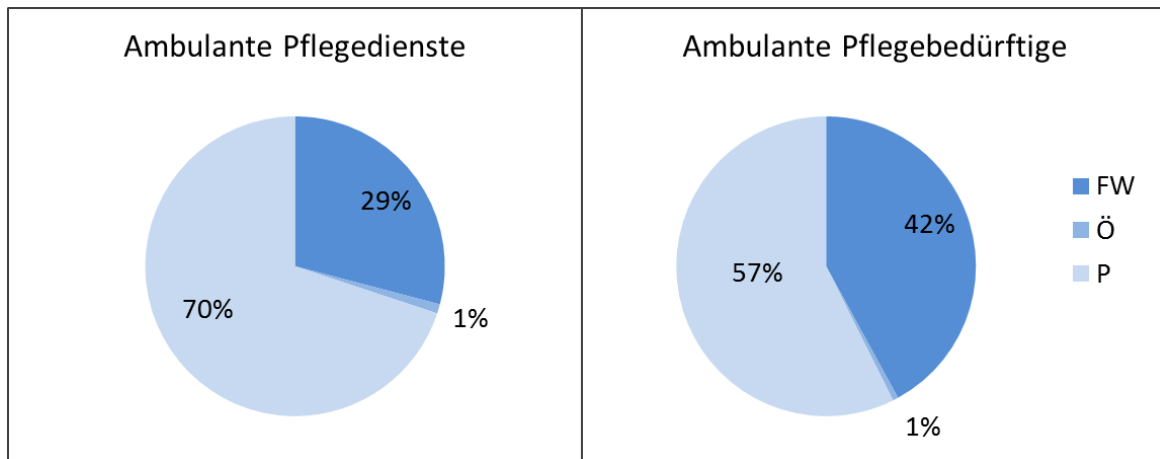
Abbildung 26: Entwicklung der Trägerschaft in der stationären Pflege in Sachsen



Quelle: Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes (2011), eigene Berechnung

Die öffentlichen Träger ziehen sich entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip immer mehr aus der stationären Pflege zurück, da die Pflegeangebote von privaten und freigemeinnützigen Einrichtungen sichergestellt werden. Das größte Wachstum verzeichneten die Einrichtungen in privater Trägerschaft, gefolgt von den freigemeinnützigen. Die stationäre Pflege in öffentlicher Trägerschaft ist sowohl absolut als auch relativ rückläufig.

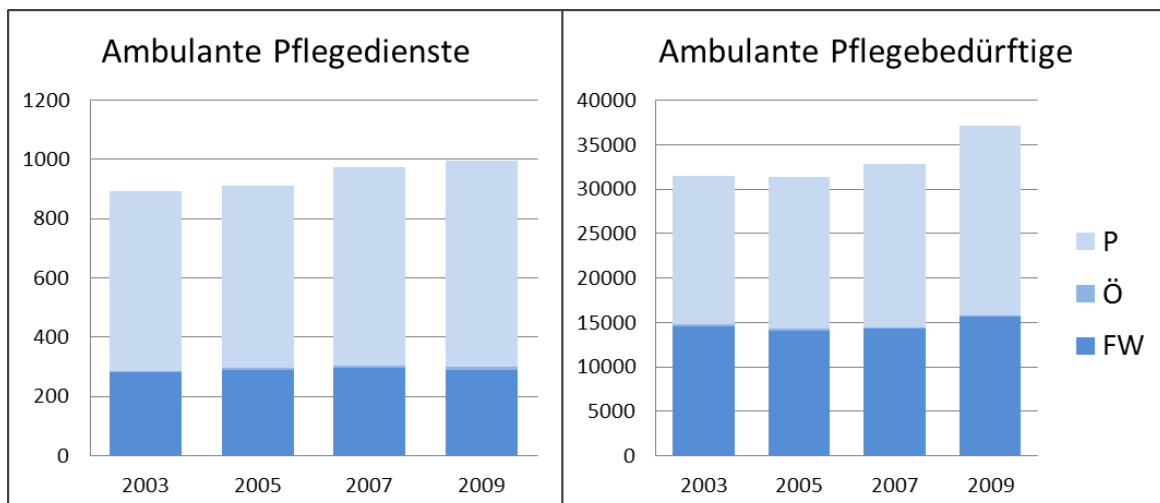
Abbildung 27: Ambulante Pflege nach Trägerschaft in Sachsen (Berichtsjahr 2009)



Quelle: Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes (2011), eigene Berechnung

Abbildung 27 ist zu entnehmen, dass sich die Kommunen aus der ambulanten Pflege weitestgehend zurückgezogen haben. Nur ein Prozent der Pflegedienste und der Pflegebedürftigen befindet sich in öffentlicher Trägerschaft.

Abbildung 28: Entwicklung in der ambulanten Pflege nach Trägerschaft



Quelle: Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes (2011), eigene Berechnung

Während der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege und der öffentlichen Träger an der ambulanten Pflege relativ konstant geblieben ist, konnten die Pflegedienste in privater Trägerschaft ihre Anteile ausbauen. In der ambulanten Pflege sind die meisten Pflegedienste in privater Trägerschaft (vgl. Abbildung 28). Dies hat insbesondere damit zu tun, dass im Gegensatz zur stationären Pflege die Markteintrittsbarrieren in der ambulanten Pflege gering sind. Die Investitionskosten für ein Pflegeheim liegen um ein Vielfaches höher als bei der Aufnahme eines ambulanten Pflegedienstes.

Ungefähr 70% der ambulanten Pflegedienste sind in privater und 29% in freigemeinnütziger Trägerschaft. Wichtiger für die Bruttowertschöpfung ist die Betreuung der Pflegebedürftigen. Hier steigt der Anteil der Freien Wohlfahrtsverbände im Jahr 2009 auf 42%. Im Durchschnitt betreuen die ambulanten Pflegedienste der Freien Wohlfahrtspflege mehr Pflegebedürftige als die Pflegedienste in privater Trägerschaft.

Der Heimkatalog 2008 des sächsischen Landesjugendamtes ermöglicht Aussagen über den Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an bestimmten Bereichen in der Kinder- und Jugendhilfe zu treffen. In dieser Publikation werden die Jugendhilfeeinrichtungen nach § 19, 32, 34 und 42 SGB VIII untersucht, die u.a. die WZ-Unterklassen 85.3.1.6, „Heime für werdende Mütter oder Mütter/Väter mit Kind“, 85.31.2 „Erziehungsheime“ beinhalten. Demnach beträgt der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege in diesem Bereich rund 80%.⁴⁷

Ähnlich hoch ist auch der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Behindertenhilfe. Laut der Adressdatenbank der sächsischen Pflegesatzkommission ergibt sich im Bereich der Behindertenwerkstätten und Behindertenwohnheime (WZ-Unterklassen 85.31.7 und 85.31.8) ein Anteil der Freien Wohlfahrtspflege von 82%. Ungefähr 7% entfallen auf die Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft und 11% auf Werkstätten und Wohnheime in privater Trägerschaft.

Tabelle 28: Kennzahlen für Werkstätten für behinderte Menschen (Berichtsjahr 2009)⁴⁸

	Brutto-Ausgaben pro Leistungsberechtigtem	Plätze pro 1.000 EW	Entwicklung der Werkstattplätze von 2003 bis 2009
Sachsen	9.446 €	6,01	+18,3%
Deutschland	13.359 €	5,13	+18,4%

Quelle: Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS)

Tabelle 28 zeigt, dass Sachsen im Vergleich zu Gesamtdeutschland geringere Ausgaben pro Leistungsberechtigtem im Bereich der Werkstätten für behinderte Menschen vorweist. In Sachsen ist jedoch pro 1.000 Einwohner fast ein Werkstattplatz mehr vorhanden. Die Entwicklung der Plätze in beiden Regionen weist einen ähnlichen Anstieg auf.

WZ-Klasse 85.32 Sozialwesen, anderweitig nicht genannt

Die Darstellung der Freien Wohlfahrtspflege in der WZ-Klasse 85.32 verläuft analog zu der Abschätzung in der WZ-Klasse 85.31. Wir betrachten verschiedene Arbeitsbereiche, die in dieser WZ-Klasse enthalten sind und approximieren darüber den Anteil der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege zur WZ-Klasse 85.32 beläuft sich demnach auf 60%. Dies entspricht einer Bruttowertschöpfung von knapp 740 Millionen Euro. Damit findet ein Drittel der Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege in der WZ-Klasse 85.32 statt. Die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Sektor beträgt 22.687 und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 18.622.

Tabelle 29: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege der WZ-Klasse 85.32

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW	Beitrag zur FW
BWS	0,739 Mrd. €	0,86%	12,14%	33,03%
ET	22.687	1,16%	12,36%	33,54%
SvB	18.622	1,33%	12,70%	34,35%

In der WZ-Klasse 85.32 sind die Kinderkrippen enthalten, die wir zuvor aus der WZ-Gruppe 80.1 herausgerechnet haben. Anhand der KiTa-Statistik 2009 des Sächsischen Ministeriums für Soziales

⁴⁷ Vgl. Sächsisches Landesjugendamt (2009).

und Verbraucherschutz kann der Anteil der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen bei den Kinderkrippenplätzen auf 42,3% bestimmt werden.

Das „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“ enthält zudem die wichtigen Unterklassen der Beratungsstellen. Für das Selbstverständnis der Freien Wohlfahrtspflege sind die Beratungsangebote für Menschen in sozialen Schwierigkeiten ein zentrales Bedürfnis. Die Beratungen erfolgen überwiegend kostenfrei. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gebieten in der Sozialwirtschaft bieten keine privaten Träger Beratungsangebote an. Dies hat damit zu tun, dass die Beratungsangebote zwar vom Fiskus gefördert werden, aber zur Inanspruchnahme dieser Förderung oftmals der Einsatz von Eigenmitteln verlangt wird. Die Beratungsangebote werden demnach ausschließlich von Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft bzw. von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege gestellt. Die Beratungsstellen besitzen einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert, denn sie ermöglichen Hilfe für Menschen in teilweise aussichtslosen Situationen. Außerdem kennzeichnen sich die Beratungsstellen durch eine hohe Auslastungsmöglichkeit im Vergleich zu anderen (teil-)stationären Bereichen, d.h. dass vielmehr Menschen in kurzer Zeit von den Angeboten profitieren können.

Im Bereich der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung (SKB) stellt die Freie Wohlfahrtspflege 65% der Beratungsstellen. In Sachsen gibt es 72 SKB-Beratungsstellen von denen die Freie Wohlfahrtspflege 47 Beratungsstellen betreibt.

Noch höher ist der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege bei der Suchtkrankenhilfe. Suchterkrankungen zählen laut Daten der sächsischen Krankenhausstatistik zum zweithöchsten stationären Aufnahmegrund. Die Freie Wohlfahrtspflege betreibt knapp 80% (78,26%) der Beratungsstellen im Freistaat.⁴⁹

Auch in den anderen Unterklassen des „Sozialwesens, anderweitig nicht genannt“ sind die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege stark vertreten. Betrachtet man die oben genannten Ergebnisse und bezieht die Expertenmeinungen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Sachsens in die Analyse mit ein, ergibt sich ein Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an 85.32 von 60%.

4.2.3 Zusammenfassung

Die Bruttowertschöpfung der Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege kann bestimmt werden, indem man die Ergebnisse aus den einzelnen WZ-Nummern addiert. Analog zu den Resultaten in Kapitel 3 wird im Folgenden die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege nach der weiten und engeren (bayerischen) Definition angegeben. Tabelle 30 zeigt zunächst die Bruttowertschöpfung nach der weiten Definition der Sozialwirtschaft.

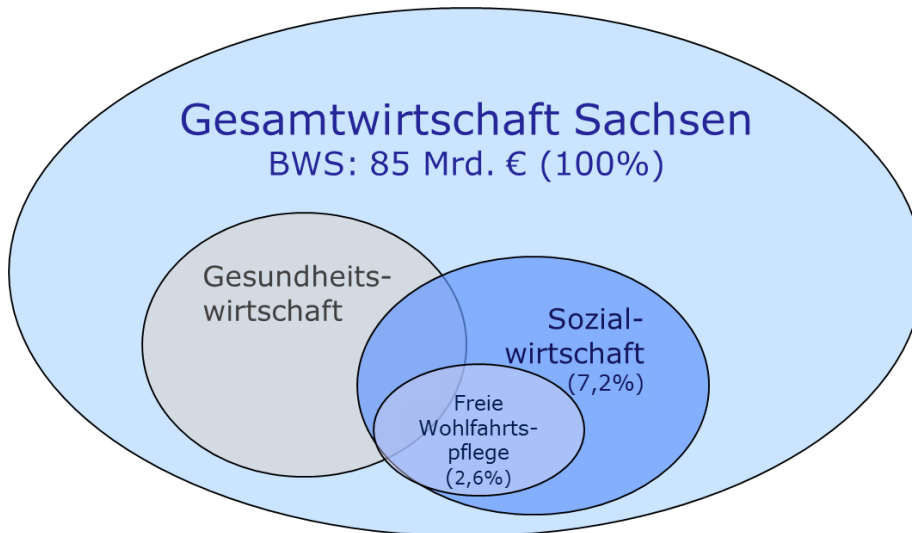
Tabelle 30: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege nach weiter Definition der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008)

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW
BWS	2,238 Mrd. €	2,63%	36,77%
ET	67.643	3,47%	36,96%
SvB	54.208	3,88%	36,98%

⁴⁹ Vgl. SLS (2011), S. 2 und S. 30ff.

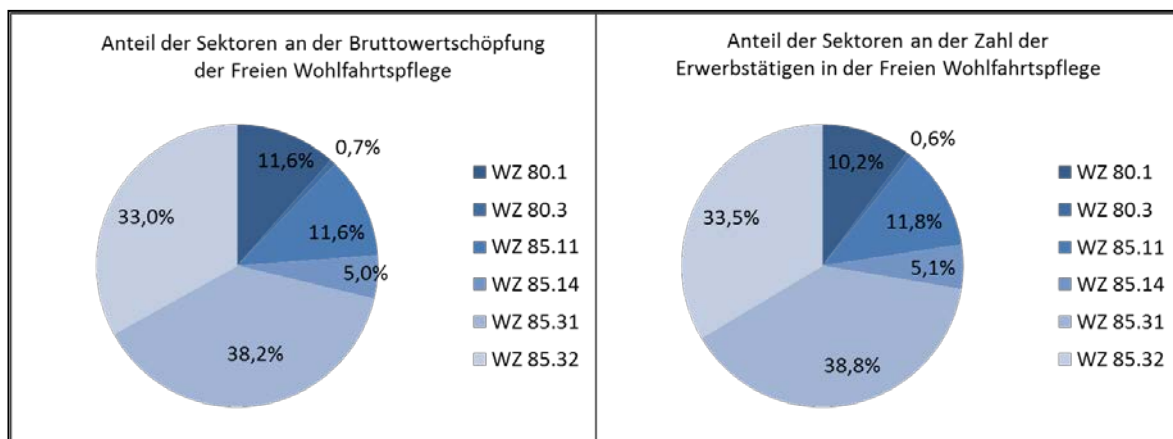
Die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtsverbände nach der weiten Definition der Sozialwirtschaft beträgt im Jahr 2008 mehr als 2 Milliarden Euro. Gemessen an der gesamten Bruttowertschöpfung steuert die Freie Wohlfahrtspflege über 2,5% zur Bruttowertschöpfung in Sachsen bei (vgl. Abbildung 29).

Abbildung 29: Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Gesamtwirtschaft in Sachsen



Mehr als ein Drittel der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft entfällt auf Leistungen und Angebote der Freien Wohlfahrtspflege. Die Anzahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt bei 67.643 und 54.208. In Abbildung 30 sind die Anteile der betrachteten Wirtschaftsbereiche an der Freien Wohlfahrtspflege zusammenfassend veranschaulicht.

Abbildung 30: WZ-Anteile an der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigenzahl der Freien Wohlfahrtspflege



Der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft steigt auf über 50%, wenn man die bayerische Definition der Sozialwirtschaft betrachtet, da insbesondere der große Bereich der Krankenhäuser bei dieser Definition nicht betrachtet wird. Mit anderen Worten, die Freie Wohlfahrtspflege steuert nach dieser Definition über die Hälfte zur Bruttowertschöpfung in der sächsischen Sozialwirtschaft bei.

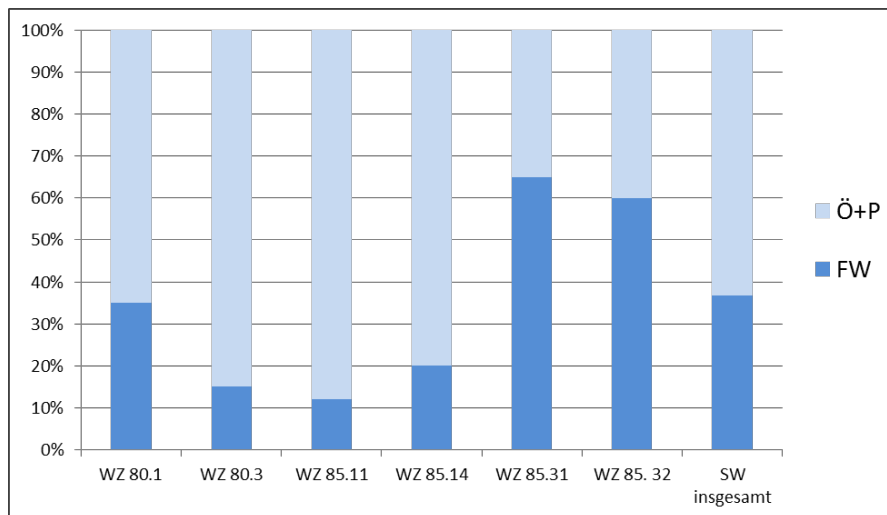
Tabelle 31: Kennzahlen der Freien Wohlfahrtspflege nach bayerischer Definition der Sozialwirtschaft (Berichtsjahr 2008)

	absoluter Wert	Beitrag zur gesamten BWS/Anzahl	Beitrag zur SW
BWS	1,853 Mrd. €	2,18%	56,36%
ET	55.869	2,86%	57,01%
SvB	44.614	3,19%	58,04%

Im Vergleich zu Bayern ist der Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege zur Sozialwirtschaft dennoch gering. In Bayern steuert die Freie Wohlfahrtspflege über drei Viertel zur Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft bei.⁵⁰ Ein Grund für den geringeren Anteil der Freien Wohlfahrtspflege zur Sozialwirtschaft in Sachsen ist das praktische Nichtvorhandensein der Freien Wohlfahrtspflege während der DDR. Lediglich die Diakonie und die Caritas waren in einigen wenigen Aufgabenbereichen der Sozialwirtschaft tätig.⁵¹ Sozialpolitik war Aufgabe des Staates. Dementsprechend musste die Freie Wohlfahrtspflege ihre Strukturen in den neuen Bundesländern erst aufbauen.

Abbildung 31 stellt den Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege im Verhältnis zu den privaten und öffentlichen Trägern zusammenfassend dar.

Abbildung 31: Anteil der Träger an WZ-Nummern



Quelle: eigene Darstellung

Den größten Anteil besitzt die Freie Wohlfahrtspflege an der WZ-Klasse 85.31 (Heime). Fast zwei Drittel der Einrichtungen und Dienste in dieser WZ-Klasse entfallen auf die Freie Wohlfahrtspflege. Den geringsten Anteil hat die Freie Wohlfahrtspflege an den Krankenhäusern. Ungefähr 12% steuert die Freie Wohlfahrtspflege zur Bruttowertschöpfung im Krankenhaussektor bei. Die absolute Bruttowertschöpfung ist dennoch beachtlich, da die Bruttowertschöpfung im Krankenhaussektor sehr hoch ausfällt.

⁵⁰ Vgl. Puch/Schellberg (2010), S. 13.

⁵¹ Vgl. Arnold/Maelicke (2003), S. 27.

5 Bürgerschaftliches Engagement

5.1 Situation des Ehrenamtes

„Ohne bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt ist ein freiheitlicher, demokratischer und sozialer Staat nicht denkbar.“ Mit diesen Worten würdigte Bundespräsident Christian Wulff bei der Ordensverleihung zum „Tag des Ehrenamtes“ am 6. Dezember 2010 die ehrenamtliche Arbeit vieler Millionen Menschen in Deutschland.⁵² Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland betonte - wie schon seine Vorgänger - dass ehrenamtliche Tätigkeit ein unverzichtbarer Bestandteil für eine funktionsfähige Gesellschaft ist.

Der Begriff des ehrenamtlichen Engagements befindet sich im stetigen Wandel. In den letzten Jahren zeichnete sich das Ehrenamt durch neue Betätigungsfelder und sich verändernde Erwartungshaltungen an ehrenamtlich Tätige aus. Das klassische Ehrenamt entwickelt sich weiter zu einem lebensphasenorientierten Engagement, wobei sich Mütter beispielsweise dahingehend engagieren, dass sie bei Kindergarten- oder Schulveranstaltungen einen Kuchen backen oder sich anderweitig einbringen. Dennoch trifft die Definition der Bundesregierung zum Ehrenamt immer noch auf breiten Konsens:

„Grundsätzlich wird unter ehrenamtlicher Tätigkeit jede freiwillig erbrachte, nicht auf Entgelt ausgerichtete außerberufliche Tätigkeit verstanden, die am Gemeinwohl orientiert ist, auch wenn sie für einen einzelnen erbracht wird.“

(Bundesregierung, Drucksache 13/5674, 1.10.1996, S. 2.)

Unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch weiter hinsichtlich der Kostenerstattung und Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Arbeit. So führt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ zwar fort, dass Kostenerstattungen und Aufwandsentschädigung mit der oben genannten Definition vereinbar sind. Allerdings kann es zu Abgrenzungsproblemen mit anderen Tätigkeitsfeldern kommen, wenn die „finanzielle Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit ein Ausmaß erreicht, bei dem nicht mehr von Unentgeltlichkeit gesprochen werden kann“. Mit anderen Worten, der Übergang von ehrenamtlicher zu haupt- bzw. nebenberuflicher Arbeit ist oftmals fließend. Diese uneinheitliche Abgrenzung der Ehrenamtlichkeit führte auch dazu, dass es bis Ende der 1990er Jahre keine befriedigende Quantifizierung der ehrenamtlichen Arbeit in Deutschland gab.⁵³

Mittlerweile hat sich die Datenlage zur ehrenamtlichen Arbeit deutlich verbessert. Seit 1999 führt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) federführend für die Bundesregierung den Freiwilligensurvey durch.⁵⁴ In diesem wird umfangreich und detailliert das freiwillige Engagement der Bevölkerung beschrieben. Darüber hinaus gibt es bereits erste Studien, die die volkswirtschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes untersucht haben.⁵⁵

⁵² Vgl. Bundesregierung (2010), S. 1.

⁵³ Vgl. Behr et al., 1999, S. 22.

⁵⁴ Der Begriff Freiwilligensurvey löste nach 1999 den Begriff Ehrenamtsurvey ab. Hintergrund dieses Begriffswandels sind theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse, als auch eine internationale Anpassung (englisch: volunteering). Um der Begriffsvielfalt in Deutschland zum Thema Ehrenamt Rechnung zu tragen, werden in unserem Gutachten Begriffe wie ehrenamtliches Engagement, bürgerschaftliches Engagement und freiwillige Arbeit gleichgesetzt.

⁵⁵ Vgl. Generali Zukunftsfonds (2008), Pho (2008), Salamon et al. (2004).

5.2 Wer engagiert sich?

Laut Freiwilligensurvey 2009 engagieren sich 36% der Bevölkerung in Deutschland freiwillig. Das sind mehr als 23 Millionen Menschen und entspricht einem Anstieg von zwei Prozentpunkten gegenüber 1999 (34%). Bezieht man die Personen mit ein, die am öffentlichen Leben aktiv teilnehmen, z.B. als Vereins- oder Kirchenmitglieder, beträgt die Teilhabe an der Gesellschaft sogar 71% der Bevölkerung. Diese Personen können gegenüber dem Ehrenamt und der Freiwilligenarbeit sensibilisiert werden und bieten ein enormes Engagementpotenzial.

Auch wenn junge Menschen das größte Engagementpotenzial in der Gesellschaft stellen, wird auf Grund des demografischen Wandels in Zukunft den „jungen Alten“ eine zentrale Rolle in der Freiwilligenarbeit zukommen. So stellte der Freiwilligensurvey 2009 fest, dass es von 1999-2009 „eine besonders deutliche und kontinuierliche Steigerung des freiwilligen Engagements [...] bei älteren Menschen“ (Freiwilligensurvey, S. 20) gab. Der größte Anteil der Ehrenamtlichen engagiert sich im Bereich „Sport und Bewegung“. Über 10% der Bevölkerung ab 14 Jahren ist vornehmlich in Sportvereinen aktiv. Schulen/Kindergärten und Kirche/Religion folgen mit 6,9% auf Platz zwei. Immerhin 5,2% der Bevölkerung ab 14 Jahren engagieren sich im sozialen Bereich, Tendenz steigend.

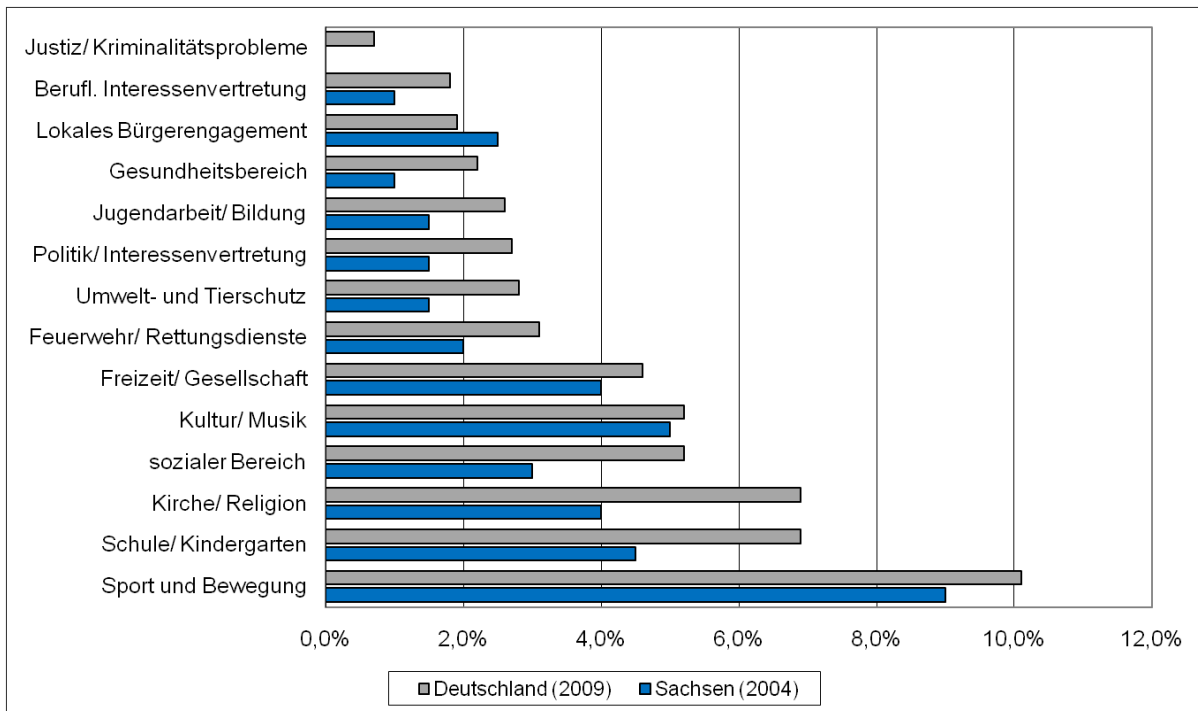
In Deutschland engagieren sich mehr Männer als Frauen ehrenamtlich. Die meisten Männer engagieren sich im Bereich „Sport und Bewegung“ und die meisten Frauen sind in Schulen und Kindergärten aktiv, aber auch in den Kirchen. Des Weiteren ist die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, bei Erwerbstätigen höher als bei Arbeitslosen - insbesondere im Vergleich mit den ALG-II Empfängern - und bei Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen höher als bei Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Ebenso üben Menschen mit Migrationshintergrund deutlich weniger freiwillige Tätigkeiten aus als der Durchschnitt der Bevölkerung. Der Freiwilligensurvey zeigt auch, dass Familien mit Kindern ein wichtiger Garant ehrenamtlicher Arbeit sind, da die Eltern über ihre Kinder an verschiedenen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements teilhaben.

Es gibt ein Stadt-Land Gefälle zugunsten ehrenamtlicher Tätigkeiten auf dem Land und es bestehen auch Ost-West Unterschiede, wobei im Westen die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, historisch bedingt stärker ausgeprägt ist als im Osten. Der Ost-West-Unterschied wird von den Ergebnissen des Staatsministeriums für Soziales im Freistaat Sachsen bestätigt.⁵⁶ Dennoch zeigen die im Jahr 2004 veröffentlichten Ergebnisse und Trends für das Ehrenamt in Sachsen, dass sich in Sachsen immerhin 30% der Bürger ehrenamtlich engagieren und sogar 62% der Bürger aktiv an der Gesellschaft teilhaben.

Auch in Sachsen sind die meisten Freiwilligen im Bereich Sport und Bewegung engagiert, gefolgt von Kultur und Musik. Die Teilhabe im sozialen Bereich liegt mit 3% deutlich unter dem Deutschlandtrend, weist aber im Vergleich zu 1999 eine Steigerung auf.

⁵⁶ Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales (2005), S. 4.

Abbildung 32: Engagement nach Betätigungsfeldern



Quelle: Freiwilligensurvey des BMFSFJ (2010) und SMS (2005)

Überraschenderweise sind in Sachsen die Personen im Ruhestand kaum ehrenamtlich engagiert. Lediglich 19% von ihnen üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Die Rentner müssen deshalb gezielt für das Thema Ehrenamt sensibilisiert werden, um sie zur Teilhabe an der Gesellschaft zu ermuntern.

5.3 Volkswirtschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes

Der Engagementatlas 2009 des Generali Zukunftsfonds beziffert den Anteil ehrenamtlich Engagierter mit über einem Drittel ebenso hoch wie der Freiwilligensurvey und gibt sogar erste Schätzungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes ab. Auch wenn die ehrenamtlichen Tätigkeiten unentgeltlich erfolgen und nicht im Bruttoinlandsprodukt beinhaltet sind, steht dem Ehrenamt dennoch eine Wertschöpfung gegenüber. Der Generali Zukunftsfonds schätzt, dass die Menschen in Deutschland über 4,6 Milliarden Stunden pro Jahr in bürgerschaftliches Engagement investieren. Dies entsprach 2007 ca. 7,5% der gesamten Arbeitszeit in Deutschland. Würde man diese Arbeitszeit mit dem gesellschaftlich andiskutierten Mindestlohn von 7,50 Euro vergüten, dann belief sich der volkswirtschaftliche Beitrag des Ehrenamts zum Sozialprodukt auf 35 Milliarden Euro pro Jahr. Dies entspricht etwa 2% des deutschen Bruttoinlandsprodukts.⁵⁷

Dieses Ergebnis ist fast identisch mit den Resultaten von Salamon et al. (2004). In dieser Studie wurde der Anteil ehrenamtlicher Arbeit am Bruttoinlandsprodukt für 34 verschiedene Länder in allen Kontinenten untersucht. Deutschland belegt mit 1,97% eine Position im oberen Drittel. Lediglich die Skandinavischen Länder und einige andere westeuropäische Länder weisen einen höheren Beitrag ehrenamtlicher Arbeit zum Bruttoinlandsprodukt auf.

Für den Freistaat Sachsen gibt der Generali Zukunftsfonds an, dass 2007 ca. 221 Millionen Stunden ehrenamtlicher Tätigkeiten in Sachsen ausgeübt wurden. Geht man wieder vom diskutierten

⁵⁷ Vgl. Generali Zukunftsfonds (2008), S. 14.

gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro aus, kommt man für Sachsen auf einen volkswirtschaftlichen Beitrag des Ehrenamtes von 1,66 Milliarden Euro bzw. 1,8% des Bruttoinlandsprodukts.

Weitere Möglichkeiten, den volkswirtschaftlichen Beitrag ehrenamtlicher Arbeit zu schätzen, sind der Opportunitätskostenansatz oder der Substitutionskostenansatz (replacement cost approach).⁵⁸ Ersterer nimmt als Wert des Ehrenamts die Vergütung der Hauptbeschäftigung des Ehrenamtlers an. „Was würde ein Jurist in der Stunde verdienen, wenn er anstatt der ehrenamtlichen Tätigkeit seinem eigentlichen Beruf nachgeht?“. Der Substitutionskostenansatz hingegen nimmt als Referenzwert die ausgeübte Tätigkeit an. „Was ist der Lohn für eine Stunde Arbeit in der Suppenküche, unabhängig ob diese Arbeit von einem Juristen oder Angestellten ausgeführt wird?“ Eine Analyse anhand dieser Ansätze setzt jedoch detaillierte Angaben über die ehrenamtlich Beschäftigten voraus und übersteigt die inhaltliche Zielsetzung dieses Gutachtens.

Bei diesen Berechnungen geht es nur um den direkten volkswirtschaftlichen Beitrag des Ehrenamtes. Eine bedeutende Rolle kommt dem Ehrenamt auch bei der Bildung von Sozialkapital zu, d.h. bei der Stärkung des Zusammenhalts in einer Gesellschaft.⁵⁹ Für Robert Putnam, renommierter Harvard-Professor und Vordenker in der Debatte um soziales Kapital, ist gerade das Ehrenamt und die zivilgesellschaftliche Teilhabe entscheidend für die Bildung von Sozialkapital. Dieses wiederum führt zu politischem, sozialem und wirtschaftlichem Nutzen.⁶⁰

In einer Studie über die italienische Gesellschaft⁶¹ kommt Putnam zu dem Schluss, dass Demokratie in den Regionen Italiens besser funktionierte, in denen ein hohes Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement vorhanden war. Mit anderen Worten, Ehrenamt leistet nicht nur einen volkswirtschaftlichen Beitrag, sondern reduziert auch gesamtgesellschaftliche Kosten durch z.B. eine geringere Kriminalitätsrate oder ein besseres Bildungssystem. Somit können das Ehrenamt und die Organisation in Wohlfahrtsverbänden - gerade in Zeiten der Auflösung traditioneller Gemeinschaftsformen in Beruf und Familie - zur Bildung von Sozialkapital und damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen.

Darüber hinaus konnte in verschiedenen Studien ein positiver Zusammenhang zwischen Sozialkapital und der Bildung von Humankapital hergestellt werden.⁶² Unter Ökonomen erreichte das Konzept des Sozialkapitals in den letzten zwei Jahrzehnten eine ähnliche Aufmerksamkeit wie die Einführung des Begriffs Humankapital, das mittlerweile in vielen ökonomischen Modellen Verwendung findet. So wird es auch in der Erweiterung des berühmten Solow-Modells berücksichtigt, um das langfristige Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft zu erklären. Auch wenn die genaue Bedeutung des Sozialkapitals für ökonomische Modelle noch nicht eindeutig bestimmt werden kann, zeigen erste Studien, dass Sozialkapital zu Wirtschaftswachstum führen kann.⁶³

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sozialkapitals kann durch folgende Grafik schematisch veranschaulicht werden.

⁵⁸ Vgl. Pho (2008), S. 225ff.

⁵⁹ Vgl. Gehmacher (2003), S. 1.

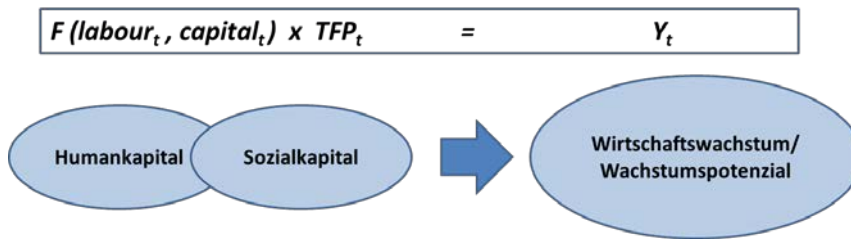
⁶⁰ Vgl. Gehmacher (2003), S.1.

⁶¹ Vgl. Putnam (1993).

⁶² Vgl. OECD (2001), S. 52 und Coleman (1988), S. 116.

⁶³ Vgl. Knack/Keefer (1997), S. 1283 und Sabatini (2008), S. 469.

Abbildung 33: Engagement nach Betätigungsfeldern



Quelle: DB Research (2007, S. 6)

Sowohl Humankapital als auch Sozialkapital - die sich gegenseitig beeinflussen - wirken sich positiv auf die Faktorproduktivität (TFP) und somit auf das Wirtschaftswachstum (Y_t) aus. Humankapital wird als „Hauptwachstumsträger“⁶⁴ gesehen, aber Sozialkapital beschleunigt und erhöht über soziale Beziehungen die Wirkung des Humankapitals.

5.4 Freie Wohlfahrt und Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement hat in der Freien Wohlfahrtspflege eine lange Tradition. Bis heute ist es bei den Angeboten der Freien Wohlfahrtspflege ein wesentliches, qualitätsbestimmendes Merkmal. Der hilfebedürftige Mensch steht im Mittelpunkt der Freien Wohlfahrtspflege und ehrenamtliche Mitarbeit ermöglicht eine erhöhte Konzentration auf die persönlichen Bedürfnisse der Menschen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bezeichnet das Ehrenamt als eine der wichtigsten Unterstützungen für die Verbände, ohne die viele Einrichtungen und Leistungen kaum angeboten werden könnten.⁶⁵ Die BAGFW schätzt, dass ca. 2,5 bis 3 Millionen Menschen sich ehrenamtlich bei der Freien Wohlfahrt engagieren. Somit sind mehr als 10% aller ehrenamtlich Beschäftigten bei der Freien Wohlfahrtspflege aktiv.

Laut der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), ergänzt um die aufgrund der Zuständigkeitsabgrenzung bei der Unfallkasse des Bundes versicherten Ehrenamtlichen des Deutschen Roten Kreuzes, engagierten sich 2009 in etwa 37.114 Bürger in Sachsen ehrenamtlich bei der Freien Wohlfahrtspflege. Allerdings stellt dies dennoch nur eine Untergrenze dar, da sich tatsächlich mehr Bürger bei der Freien Wohlfahrt ehrenamtlich engagierten, aber nicht von der BGW-Statistik erfasst wurden.

Multipliziert man die von der BGW genannte Zahl mit der durchschnittlichen eingesetzten Arbeitszeit des sächsischen Ehrenamtlers von ca. 17 Stunden pro Monat bzw. 204 Stunden im Jahr⁶⁶ und mit dem diskutierten Mindestlohn von 7,50 Euro erhält man einen volkswirtschaftlichen Beitrag des Ehrenamtes in der Freien Wohlfahrtspflege von ca. 57 Millionen Euro. Auch wenn davon auszugehen ist, dass der tatsächliche volkswirtschaftliche Beitrag des Ehrenamtes zum Sozialprodukt aufgrund des relativ niedrig angesetzten Stundenlohns sowie der zu gering angegebenen Ehrenamtler in der BGW-Statistik weitaus höher liegt, ergeben diese 57 Millionen Euro immer noch ein Vielfaches der

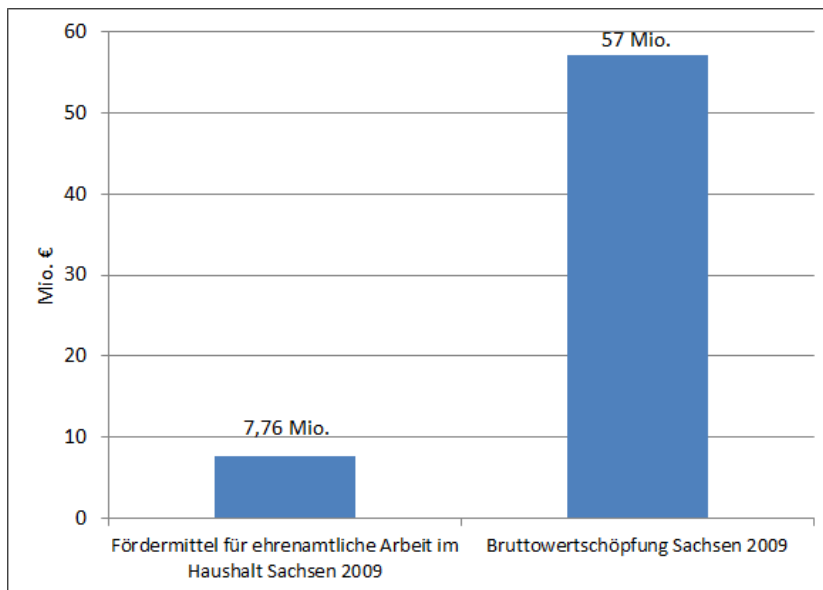
⁶⁴ Vgl. DB Research (2007), S. 7.

⁶⁵ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2010), S. 48.

⁶⁶ Vgl. Generali Zukunftsfonds (2008), S. 15.

eingesetzten staatlichen Mittel zur Förderung des Ehrenamtes. Nach Angaben des Sozialministeriums belief sich diese Förderung im Jahr 2010 auf knapp 7,8 Millionen Euro (vgl. Abbildung 34).

Abbildung 34: Wertschöpfung ehrenamtlicher Tätigkeit und bereitgestellte Fördermittel



Quelle: eigene Berechnungen

Unter den Gesichtspunkten einer alternden Gesellschaft in Deutschland und knappen Kassen wird das Ehrenamt zukünftig eine noch gewichtigere Rolle spielen. Insbesondere die Freie Wohlfahrt muss aufgrund ihrer Betätigungsfelder in der Altenhilfe darauf bedacht sein, auch in Zukunft attraktive Bedingungen für ehrenamtliches Engagement zu bieten. Hierbei muss die Politik entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip gerade durch angemessene Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass ehrenamtliche Tätigkeiten auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil für unsere Gesellschaft bleiben. Denn Ehrenamt leistet nicht nur einen sichtbaren monetären Beitrag zur Volkswirtschaft, sondern ist auch entscheidend für die Bildung von Sozialkapital und somit ausschlaggebend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

5.5 Ausblick: Ehrenamt international

In den Vereinigten Staaten von Amerika spielt bürgerschaftliches Engagement seit jeher eine bedeutende Rolle. Im Vergleich zu den meisten westeuropäischen Ländern ist das soziale Sicherungssystem in den USA auf ein Minimum reduziert, so dass den kirchlichen und sozialen Wohlfahrtsträgern eine wichtige Rolle bei der Armutsbekämpfung zukommt. Dementsprechend ist das größte Betätigungsfeld der ehrenamtlich Engagierten in den USA das Fundraising, sogenannte Spendensammelaktionen zur Finanzierung der kirchlichen und sozialen Organisationen.

In den USA engagierten sich 2009 ca. 63,4 Millionen Amerikaner über 16 Jahre. Dies entspricht ungefähr 26,8% der amerikanischen Gesellschaft. Umgerechnet wurden ca. 8,1 Milliarden Stunden freiwilliger Arbeit verrichtet, was einen Beitrag zum Sozialprodukt von 169 Milliarden Dollar bzw. 1,2% des BIPs ergeben würde.⁶⁷ Im Gegensatz zu Deutschland engagieren sich in den USA mehr Frauen als Männer ehrenamtlich, wobei sich die meisten Amerikaner in kirchlichen Organisationen

⁶⁷ Vgl. Corporation for National and Community Service (2010), S. 1.

engagieren. Abgesehen von diesem Unterschied ähneln sich jedoch die Merkmale von ehrenamtlich Engagierten in den USA und in Deutschland. Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement nimmt in beiden Ländern mit dem Bildungsgrad zu, im Vergleich engagieren sich mehr Erwerbstätige als Arbeitslose, eine Eheschließung bzw. Familienbildung wirkt sich positiv auf das ehrenamtliche Engagement aus und Minderheiten sind weniger bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren.⁶⁸

Entgegen der Vermutung, dass das bürgerschaftliche Engagement gerade in den Ländern mit einem geringen sozialen Sicherungssystem zur gegenseitigen Unterstützung in prekären Situationen hoch ausfällt, ist das ehrenamtliche Engagement in den USA weniger stark ausgeprägt als in Deutschland bzw. in skandinavischen Ländern. In Schweden nimmt die Freiwilligenarbeit beispielsweise einen Wert von 4,0% des Bruttoinlandsproduktes an, im Vergleich zu 1,2% in den USA und 2,0% in Deutschland.⁶⁹ Das Ergebnis zeigt somit, dass ehrenamtliches Engagement und ein soziales Sicherungssystem keine Substitute sind, sondern sich komplementär zueinander verhalten.

⁶⁸ Vgl. Corporation for National and Community Service (2010), S. 4ff. und Pho (2008), S. 233-235.

⁶⁹ Vgl. Salamon et al. (2004).

6 Regionalökonomische Analyse: Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge

Im Folgenden werden Nachfrageeffekte und deren kurzfristige wirtschaftliche Auswirkungen untersucht, welche durch Konsumausgaben der Beschäftigten von sozialen Einrichtungen des Landkreises Sächsische Schweiz/Osterzgebirge ausgelöst werden. Hierbei betrachten wir beispielhaft Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt Sonnenstein und der Diakonie Pirna. Deren Nachfrage nach regionalen Produkten führt zu Umsatzsteigerungen, welche wiederum die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen und damit zu steigenden Beschäftigungszahlen führen. Durch den Konsum dieser Beschäftigten beginnt der Wirkungskreislauf wieder von vorn.⁷⁰

6.1 Zu untersuchende Effekte und mögliche Methoden

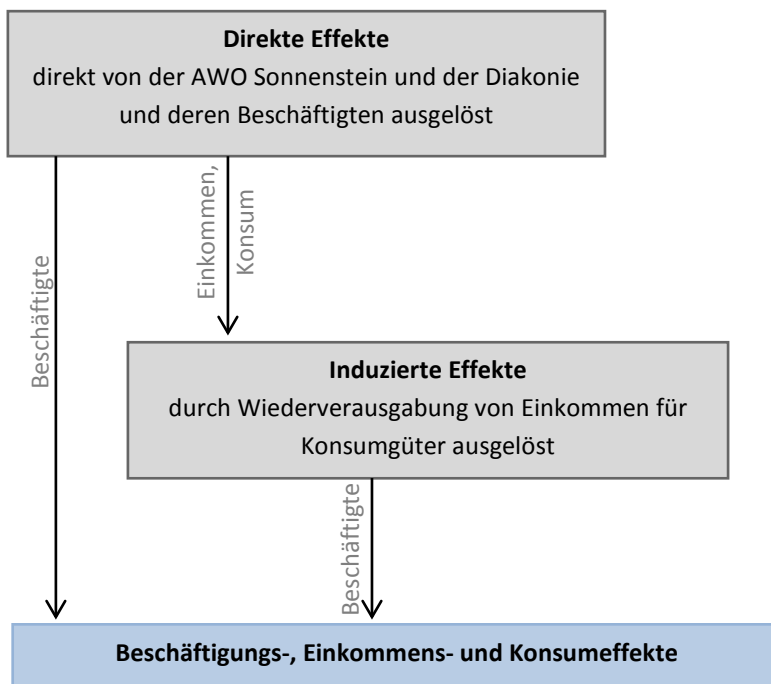
Im Zentrum der Untersuchung stehen direkte und induzierte Einkommens-, Konsum- und Beschäftigungseffekte. Direkte Effekte gehen direkt durch die untersuchten Einrichtungen aus, induzierte Effekte entstehen hingegen durch die Konsumausgaben der Beschäftigten und der damit verbundenen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.⁷¹

Einkommenseffekte beschreiben direkte und induzierte Einkommen, welche durch die Existenz der beiden Träger und ihrer Beschäftigten entstehen. Konsumeffekte bezeichnen die Konsumausgaben der Beschäftigten, aufgeteilt auf verschiedene Branchen, welche abhängig von den ermittelten Einkommen entstehen. Beschäftigungseffekte setzen sich aus den direkt Beschäftigten (Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie), und induzierte Beschäftigten zusammen. Letztere Arbeitsplätze werden wiederum durch Konsumausgaben der Mitarbeiter induziert.

⁷⁰ Vgl. Knappe (2006).

⁷¹ Der grundlegende Aufbau der Untersuchung orientiert sich an vergleichbaren Studien zu Nachfrageeffekten von Universitäten. Vgl. Bauer (1997), Blume/Fromm (2000), Leusing (2007).

Abbildung 35: Direkte und induzierte Effekte; eigene Darstellung in Anlehnung an Prognos (2008)



Für die Untersuchung von nachfrageorientierten Wirkungen werden eine Inzidenzanalyse und eine Keynesianische Multiplikatoranalyse durchgeführt.

Die **Inzidenzanalyse** untersucht die Ausgabenströme und deren Verteilungswirkungen und hilft bei der Bestimmung direkter Einkommens-, Konsum- und Beschäftigungseffekte. Sie ist Grundlage der beiden folgenden Methoden. Die **Keynesianische Multiplikatoranalyse** baut auf der Inzidenzanalyse auf und bietet die Möglichkeit, induzierte Einkommens- und Konsumeffekte (und damit auch induzierte Beschäftigungseffekte) zu berechnen. Das Einkommen wird für weiteren Konsum ausgegeben (direkte und indirekte Konsumeffekte). Dies führt zu Umsatz für Unternehmen verschiedener Sektoren, deren Güter und Dienstleistungen - abhängig von der Konsumstruktur - konsumiert werden und damit zu neuer Beschäftigung und einem entsprechendem Einkommen. Es kommt zur Wiederverausgabe dieses Einkommens für Konsum usw. Der Prozess ist theoretisch unendlich oft wiederholbar, allerdings fließt auf jeder Stufe Einkommen ab, sei es durch Steuern, Sparanstrengungen oder Konsumausgaben außerhalb der untersuchten Region. Dadurch wird der beschriebene Multiplikatoreffekt in jedem Durchlauf kleiner, bereits auf der ersten Stufe werden 80% des Gesamteffektes realisiert.

6.2 Untersuchungsgegenstand, Methodik, Daten

Für eine Bewertung der ökonomischen Auswirkungen der sozialen Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie Pirna mittels des folgenden Wirkungsmodells ist eine räumliche und inhaltliche Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands notwendig. Der Untersuchung liegen Personaldaten des Jahres 2010 zugrunde. Der Untersuchungsraum, in dem alle folgenden Beschäftigungs- und Einkommenseffekte wirksam werden, ist in diesem Gutachten der gesamte

Freistaat Sachsen. Diese Wahl der Untersuchungsregion erfolgte auch deshalb, da die verschiedenen Effekte nur in einer hinreichend großen Region eine deutlich messbare Wirkung entfalten.

Darüber hinaus sollen im Folgenden die grundlegende Methodik sowie allgemeine Annahmen kurz erläutert werden.

Untersuchungsgegenstand

Im folgenden Wirkungsmodell standen die sozialen Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Sonnenstein und der Diakonie Pirna im Mittelpunkt. Konkret waren hier die 344 Mitarbeiter der beiden Träger die Grundlagen für die späteren Berechnungen der verschiedenen Effekte.

Angewandte Methodik

Der folgende Abschnitt soll die verwendete Methodik der Untersuchung darlegen. Im ersten Schritt wird die Berechnung der direkten Beschäftigungs-, Einkommens- und Konsumeffekte erläutert. Anschließend werden die induzierten Effekte betrachtet.

Als Basis der Berechnung der **direkten Beschäftigungseffekte** dienen Personaldaten der Arbeiterwohlfahrt und der Diakonie. Die insgesamt 344 Beschäftigten teilen sich auf 232,54 Vollzeitäquivalente (VZÄ) auf. Dabei war eine Unterscheidung nach den einzelnen Einrichtungen möglich:

Abbildung 36: Aufteilung der Beschäftigten auf verschiedene Einrichtungen

<i>Einrichtung</i>	<i>VZÄ</i>
AWO Sonnenstein	126,59
Wohnheim für behinderte Menschen Pirna	
Wohnheim für behinderte Menschen Seifersdorf	
Wohnheim für behinderte Kinder und Jugendliche Pirna	
Heilpäd. Kita „Menschens Kinder“ Pirna	
Schuldnerberatung Pirna	
Migrationsberatung	
Integrationsfachdienst	
Pirnaer Werkstätten (WfbM)	
Diakonie Pirna	105,95
Kinderheim	
Geschäftsstelle / zentrale Verwaltung	
ZU Jugendprojekt	
Suchtberatung	
Schwangerschaftskonflikt-Beratung	
Erziehungsberatung	
allgemeine soziale Beratung	
Offene Behindertenhilfe	
Sozialer Möbeldienst	
Sozialstation	
Diakonisches Altenzentrum (Kurzzeitpflege)	
Diakonisches Altenzentrum (stationäre Pflege)	

In diesem Zusammenhang waren Informationen über die Lage des Wohnorts bekannt. Die Betrachtung der regionalen Verteilung der Wohnsitze bildet eine wichtige Grundlage für eine kleinräumigere Untersuchung. Im Folgenden werden die einzelnen Effekte allerdings im Freistaat Sachsen untersucht.

Bei der Berechnung der **direkten Einkommenseffekte** für die Beschäftigten der beiden Träger konnte auf Personalstatistiken der beiden Einrichtungen zugegriffen werden. So waren die Personalausgaben (ohne Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers) für die AWO Sonnenstein zugänglich, wodurch die Bruttoeinkommen der Beschäftigten bestimmt werden konnten. Für die Diakonie Pirna wurden zur Berechnung der Bruttoeinkommen die durchschnittlichen Arbeitgeberbeiträge des Landkreises zugrunde gelegt.

Für die Berechnung der **direkten Konsumeffekte** wurde die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Jahres 2008 für den Freistaat Sachsen herangezogen.⁷² Diese erlaubt es, unter anderem Informationen über eine sektorale Verteilung der Konsumausgaben nach verschiedenen Haushaltseinkommen zu betrachten.⁷³ Somit können auf Grundlage der berechneten Bruttoeinkommen für Beschäftigte der AWO Sonnenstein und der Diakonie regional- und einkommensspezifische Konsumausgaben für verschiedene Sektoren bestimmt werden.⁷⁴

Die Berechnung der induzierten Effekte erfolgt über eine Multiplikatoranalyse. Im Schritt I wird die Konsumnachfrage bestimmt, welche in Sachsen wirksam wird. Für diese Berechnung ist die Bestimmung einer regionalen Verbleibsquote notwendig, da für die induzierten Beschäftigungs- und Einkommenseffekte nur der Anteil der Konsumausgaben relevant ist, welcher in Sachsen wirksam wird. Für die Berechnung dieses Anteils wären umfangreiche und zum Teil nur geschätzte Daten zu den Güterströmen zwischen den Regionen nötig, wodurch eine entsprechende Bestimmung ähnlich komplex wie die Berechnung einer komplexen Input-Output-Tabelle wäre. Die regionale Verbleibsquote ist vor allem abhängig von der Größe einer Region bzw. der Möglichkeit, den Konsum innerhalb der Region selbst zu bedienen. Je kleiner die untersuchte Region ist (beispielsweise auf Landkreisebene), desto kleiner ist die regionale Verbleibsquote bzw. desto größer ist die Importquote. Im Einklang mit ähnlichen Untersuchungen auf Landesebene, wird die regionale Verbleibsquote im Folgenden annahmegemäß mit 50% bestimmt.⁷⁵

Im Schritt II werden mit Hilfe des durchschnittlichen Umsatzes pro Mitarbeiter die **induzierten Beschäftigungseffekte** in den entsprechenden Sektoren bestimmt.⁷⁶ Auf Grundlage von Angaben des Statistischen Landesamtes (2009) über die durchschnittlichen Verdienste in einzelnen

⁷² Vgl. Statistisches Landesamt (2008).

⁷³ Da eine direkte Zuordnung nicht möglich ist (die EVS unterscheidet nur Haushaltseinkommen insgesamt) erfolgt die Zuordnung der jeweiligen Beschäftigten nach ihrem Bruttoeinkommen über das „Bruttoeinkommen des Haupteinkommensbeziehers“.

⁷⁴ Für die vorliegende Untersuchung wurden vier ausgewählte Sektoren gewählt. Dabei handelt es sich um die Bereiche Wohnen (Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung), Essen und Trinken (Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren), Verkehr sowie Sonstiges.

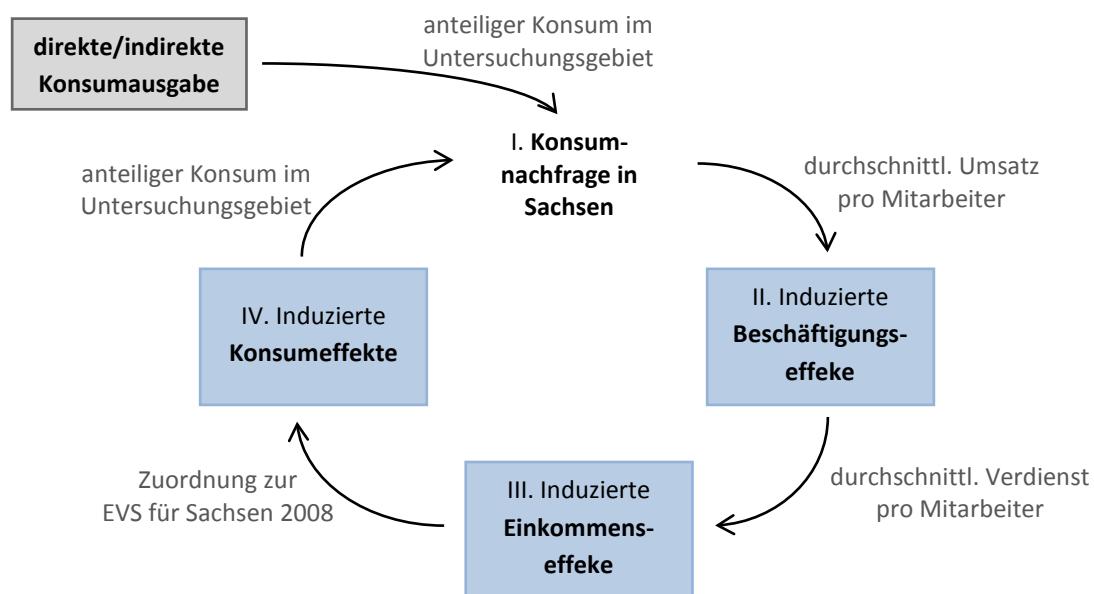
⁷⁵ Die Schätzungen der Verbleibsquote schwanken zwischen 10% für den Stadtstaat Hamburg und 74% für das große Flächenland Baden-Württemberg. Begründet mit dem noch geringen Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtproduktion in den ostdeutschen Bundesländern wurde für Sachsen-Anhalt eine regionale Verbleibsquote von 45% bestimmt (vgl. Franz, Rosenfeld, Roth (2002); zum Vergleich der Verbleibsquote in verschiedenen Studien vgl. Spehl et. al (2005)). Aufbauend auf der Annahme, dass die sächsische Wirtschaft die regionale Konsumnachfrage in einem etwas größeren Maße bedienen kann, scheint die hier getätigte Annahme recht plausibel.

⁷⁶ Entsprechend der Ausgaben in verschiedenen Wirtschaftszweigen und der durchschnittliche Umsatz pro Mitarbeiter (Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) mit den anteiligen Mitarbeitern der jeweiligen Branche gewichtet (vgl. Statistisches Landesamt (2010)).

Wirtschaftszweigen wurden im Schritt III die Bruttoeinkommen (**induzierte Einkommenseffekte**) der indirekt induzierten Beschäftigten berechnet.⁷⁷

Im Schritt IV erfolgt zuletzt die Berechnung der **induzierten Konsumeffekte**. Auf Grundlage der berechneten Bruttoeinkommen einzelner Sektoren können die einkommensspezifischen Konsumausgaben der Beschäftigten bestimmt werden.⁷⁸ Diese Konsumausgaben werden dann wieder teilweise (unter Beachtung der regionalen Verbleibsquote) in Sachsen getätigt und sind somit die Grundlage für weitere indirekte Beschäftigungs-, Einkommens- und Konsumeffekte. Die Schritte I bis IV werden demzufolge wieder durchlaufen, bis durch Versickerungseffekte in jeder Runde (durch Steuern, Sparanstrengungen und Konsumausgaben außerhalb der Untersuchungsregion) keine weiteren Effekte mehr generiert werden.

Abbildung 37: Multiplikatoranalyse für das vorgestellte Wirkungsmodell zur Bestimmung der induzierten (grün dargestellten) Effekte; eigene Darstellung



6.3 Ergebnisse

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die Methodik des Wirkungsmodells dargelegt wurde, werden nun die einzelnen Ergebnisse des Modells vorgestellt und erklärt. Dazu zählen neben den direkten Effekte auch die induzierten Effekten, also diejenigen, welche durch die Wiederverausgabung der Einkommen hervorgerufen werden.

Beschäftigungseffekte

Im Jahr 2010 waren in sozialen Einrichtungen der AWO und der Diakonie 232,54 Vollzeitäquivalente beschäftigt. Durch die Wiederverausgabung eines Teils der Konsumausgaben in Sachsen werden weitere 29 Arbeitsplätze bei Unternehmen verschiedener Sektoren erhalten, deren Güter und Dienstleistungen konsumiert werden.

⁷⁷ Die durchschnittlichen Verdienste nach Wirtschaftszweigen wurden wiederum für die oben bestimmten Branchen (mit der jeweiligen Gewichtung) berechnet. Vgl. Statistisches Landesamt (2009).

⁷⁸ Dafür findet wieder eine entsprechende Zuordnung der Bruttoeinkommen zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt, wie dies bereits bei den direkten Konsumeffekten erläutert wurde.

Einkommenseffekte

Die direkten Einkommenseffekte, hier also die Bruttoeinkommen der Beschäftigten der beiden Träger, beziffern sich auf 7.680.560 € pro Jahr. Die induzierten Beschäftigten erhalten insgesamt Bruttoeinkommen in Höhe von 844.494 €.

Konsumeffekte

Durch die Beschäftigten der AWO und der Diakonie werden Konsumausgaben in Höhe von 5.302.862 € pro Jahr getätigt. Davon fließen 1.526.947 € in den Wohnsektor (Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung), 766.632 € werden für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ausgegeben und 926.555 € sind Verkehrsausgaben. Die induzierten Beschäftigten haben insgesamt Konsumausgaben in Höhe von 627.051 €.

Zusammenfassung beider Effekte

Abbildung 38: Übersicht über die berechneten Beschäftigungs-, Einkommens- und Konsumeffekte

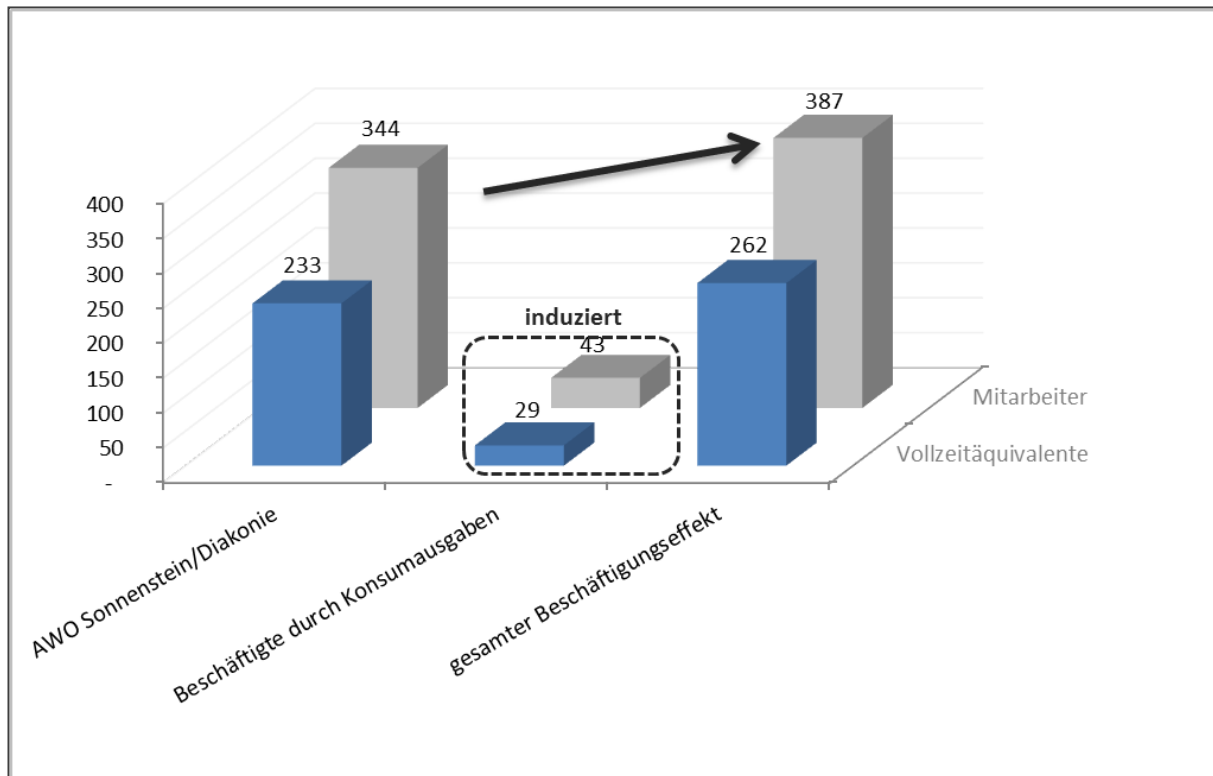
Berechnete Effekte	Betroffene Einrichtungen bzw. deren Mitarbeiter	Ergebnisse
Direkte Effekte		
Direkte Beschäftigungseffekte	AWO Sonnenstein, Diakonie Pirna	232,54 VZÄ
Direkte Einkommenseffekte	AWO Sonnenstein, Diakonie Pirna	8.688.379 €
Direkte Konsumeffekte	AWO Sonnenstein, Diakonie Pirna	5.612.348 €
Induzierte Effekte		
Induzierte Beschäftigungseffekte	Unternehmen verschiedener Sektoren, deren Güter und Dienstleistungen konsumiert werden	29 VZÄ
Induzierte Einkommenseffekte	Unternehmen verschiedener Sektoren, deren Güter und Dienstleistungen konsumiert werden	844.494 €
Induzierte Konsumeffekte	Unternehmen verschiedener Sektoren, deren Güter und Dienstleistungen konsumiert werden	627.051 €

6.4 Auswertung

Durch die sozialen Einrichtungen der AWO Sonnenstein und der Diakonie Pirna werden im Jahr 2010 im Freistaat Sachsen direkt und induziert 262 Vollzeitäquivalente finanziert. Dies entspricht einem **Beschäftigungsmultiplikator von 1,12**. Das bedeutet, dass auf jeden Beschäftigten (Vollzeitäquivalent) beiden Träger weitere 0,12 Beschäftigte in der Region kommen.

Die eigentliche Zahl der Mitarbeiter (im Sinne von Zahl der Arbeitsplätze) ist entsprechend höher als die berechenbaren Vollzeitäquivalente. Die direkten und induzierten Mitarbeiter belaufen sich demnach auf 387.⁷⁹

Abbildung 39: Beschäftigungseffekte der sozialen Einrichtungen der AWO Sonnenstein und der Diakonie Pirna



Der Einkommensmultiplikator (des Bruttoeinkommens) hat eine Höhe von 1,11. Unterschiede zwischen den beiden Multiplikatoren sind auf eine detaillierte Betrachtung einkommensabhängiger Konsumausgaben und spezieller Branchen zurückzuführen.

Diese Effekte beziehen sich auf die Wirkung, die die beiden Einrichtungen im gesamten Freistaat ausüben. Der regionale Bezug musste dabei aufgrund der dargestellten Berechnungsmethodik auf Gesamtsachsen ausgedehnt werden.

Ausgehend davon, dass wir die hier abgeleiteten Multiplikatoren auch auf die Gesamtbeschäftigtenzahlen und das Einkommen in der Freien Wohlfahrtspflege in ganz Sachsen anwenden können, würden sich folgende Effekte ergeben:

Einkommenseffekt $0,11 \times 1,979 \text{ Mrd. €} = 0,218 \text{ Mrd. €}$

Beschäftigungseffekt ET: $0,12 \times 59.689 = 7.162,68$

SvB: $0,12 \times 47.678 = 5.721,36$

⁷⁹ Zur Berechnung wird das Verhältnis von Mitarbeitern/Vollzeitäquivalenten der beiden Träger auf die induzierten Beschäftigten übertragen.

6.5 Kritische Anmerkungen zum Multiplikatormodell

Obwohl die Ergebnisse des vorgestellten Wirkungsmodells innerhalb des Modellrahmens durchaus zuverlässig und belastbar sind, sollen im Folgenden die vorhandenen Grenzen des Multiplikatormodells im Allgemeinen sowie mögliche kritische Annahmen und Fehlerquellen innerhalb der Methodik vorgestellt werden.⁸⁰

Zunächst ist anzumerken, dass sich die ermittelten Effekte aufgrund der begrenzten Datenlage lediglich auf den Bereich der Personalkosten beziehen. Investitionen und Sachausgaben bleiben unberücksichtigt. Durch Einbezug der Sachaufwendungen könnten sich die Effekte noch verändern, da beispielsweise im Bereich der Kindertagesstätten oft Ausgaben für Fremdessensbezüge sowie Reinigung und Instandhaltung anfallen.⁸¹

Innerhalb einer solchen Untersuchung können lediglich Nachfrageeffekte untersucht werden, Angebotseffekte - also langfristige ökonomische Wirkungen - bleiben hingegen weitgehend unberücksichtigt. Eine solche Betrachtung setzt zudem voraus, dass Nachfrage- und Angebotseffekte ökonomisch eindeutig voneinander unterscheidbar sind. Allerdings treten Interdependenzen zwischen den beiden Effekten auf, welche durch das Wirkungsmodell nicht abgebildet werden können.

Angebots- und Nachfrageeffekte unterscheiden sich nicht nur bezüglich der betrachteten Effekte, sondern auch aufgrund ihres Zeithorizontes. Bei den betrachteten Nachfrageeffekten handelt es sich um kurzfristige (makroökonomische) Effekte. Eine mikroökonomische Analyse der mittel- bis langfristigen Entwicklung (durch Angebotseffekte) findet nicht statt. Des Weiteren sind Imageeffekte nur eingeschränkt quantifizierbar. Dabei handelt es sich um qualitative Verbesserungen, beispielsweise positive Wirkungen auf das Bildungswesen, das kulturelle Leben sowie Verbesserungen der Sportangebote und der Gesundheitsversorgung.⁸²

Ein grundlegendes Problem eines solchen Modells ist die räumliche, zeitliche und institutionelle Abgrenzung. Kriterien der räumlichen Wahl der Untersuchungsregion sind *Homogenität*, *Funktionalität* und *Administration*. Homogenität bedeutet dabei die Zusammenfassung einer Region aufgrund ähnlichen Strukturmerkmalen, Funktionalität die Zusammenfassung aufgrund von Austauschbeziehungen (beispielsweise Wirksamkeit von Konsumausgaben etc.) und eine administrative Entscheidung richtet sich nach politischen Festlegungen bzw. einem festen Radius. Ausgangspunkt sollte das Funktionalitätskriterium sein, da der regionale Wirkungsbereich einer Einrichtung dadurch am besten bestimmt wird. Meist muss allerdings schon allein aufgrund der Datenverfügbarkeit eine administrative Festlegung vorgezogen werden.⁸³

Die Verfügbarkeit von *regionalen* Daten stellt eines der größten Probleme einer solchen Untersuchung dar und bedingt entscheidend die Aussagequalität eines solchen rein quantitativen Modells. Unsicherheiten ergeben sich auch bei der Bestimmung der Einkommen. Diese wurde über die Personalausgaben der betrachteten Einrichtungen abzüglich der Sozialabgaben bestimmt. Dadurch war allerdings keine Betrachtung von möglichen Nebeneinkünften o.ä. möglich.

⁸⁰ Die Analyse erfolgt in Anlehnung an Stoetzer und Krähmer (2007).

⁸¹ Diese Überlegung bietet einen guten Ansatzpunkt für umfassendere Studien in diesem Bereich.

⁸² Vgl. Stoetzer, Krähmer (2007).

⁸³ Die meisten regional notwendigen Daten sind nur für politisch abgegrenzte Bereiche verfügbar.

Im Allgemeinen fehlen Aussagen zur regionalen und branchenspezifischen Verteilung von Konsumausgaben. Diesem Problem konnte allerdings aufgrund der Verwendung der Einkommens- und Verbraucherstichprobe zum großen Teil begegnet werden.

Der entscheidende Punkt innerhalb des Modells betrifft sicherlich die Annahme der regionalen Verbleibsquote. Vor allem die induzierten Effekte (Beschäftigungseffekte etc.) hängen in entscheidendem Maße davon ab. Die hier vorliegende Quote wurde aufgrund von Schätzungen ähnlicher Studien festgelegt. Ohne genaue Kenntnis der interregionalen Nachfrage- bzw. Güterströme ist keine genauere Festlegung möglich.

Zuletzt sind noch Datenprobleme bezüglich des Arbeitsmarktkoeffizienten zu nennen. Der Umsatz pro Mitarbeiter ist innerhalb des Modells ein wichtiger Schlüssel zur Berechnung der Beschäftigungseffekte. Allerdings sind aufgrund der Statistik nur allgemeine Aussagen über ganz Sachsen möglich und keine regionalen Unterschiede abgebildet. Des Weiteren erfolgte die Zuordnung der Branchen zu gewissen Ausgaben aufgrund von Plausibilitätsüberlegung. Die gewichteten Durchschnitte über bestimmte Branchen sind somit insgesamt als wesentlich genauer einzuschätzen als ein allgemeiner Arbeitsplatzkoeffizient, wie er in anderen Studien verwendet wird, birgt allerdings weiterhin ein gewisses Fehlerpotential.

Das Problem, welches mit der hier unterstellten kurzfristigen Perspektive einhergeht, ist die implizite Annahme von perfekten Märkten (bspw. keine Kapazitätsgrenzen, welche zu möglichen Preisveränderungen führen könnten). Langfristig kann es allerdings durchaus zu Preisveränderungen kommen, bspw. beobachtbare Preissteigerungen von Immobilien in einer Stadt, welche auf eine erhöhte Nachfrage durch Mitarbeiter und Studierenden zurückgeführt werden kann. Gleiches gilt für die langfristige Betrachtung von Migrationsströmen bei der entsprechenden Beurteilung von Beschäftigungseffekten. Da insbesondere Akademiker relativ mobil sind, werden (sowohl positive als auch negative) Arbeitsplatzeffekte nicht vollständig im Untersuchungsgebiet wirksam.

7 Finanzierungsfragen der Freien Wohlfahrtspflege und Ausblick

7.1 Aktuelle Finanzierungssituation

Die einzelnen Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege können nach *Pflichtleistungen* des Staates, *Pflichtleistungen dem Grunde (aber nicht der Höhe)* nach und sogenannten *freiwilligen Leistungen* unterschieden werden. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip haben freigemeinnützige und private Träger Vorrang vor öffentlichen Trägern. Daraus darf aber nicht geschlussfolgert werden, dass sich der Staat aus der Finanzierung von Sozialeinrichtungen zurückziehen kann. Vielmehr haben die Bürger einen Rechtsanspruch auf eine entsprechende Finanzierung und Leistungsentgelte.

Im Bereich der Pflichtleistungen tritt die Freie Wohlfahrtspflege als Dienstleister auf, um gemäß den Grundsätzen des sozialen Rechtsstaats die Pluralität des Angebotes zu gewährleisten. Der Sozialleistungsträger hat jedoch die Leistungserbringung zu garantieren. Eigenmittel müssen nicht erbracht werden. Eine Ausnahme stellen Investitionen dar, die beispielsweise durch Eigenanteile in Form von Einbringung eines Grundstücks finanziert werden.

Freiwillige Leistungen sowie Pflichtleistungen dem Grunde nach werden durch einen Mix verschiedener Finanzierungsarten gesichert. Hierzu zählen Kostenerstattungen bzw. Leistungsentgelte, staatliche Zuschüsse und Eigenmittel.⁸⁴

Die Leistungsarten und der Finanzierungsmix sind anhand von Beispielen in Tabelle 32 veranschaulicht.

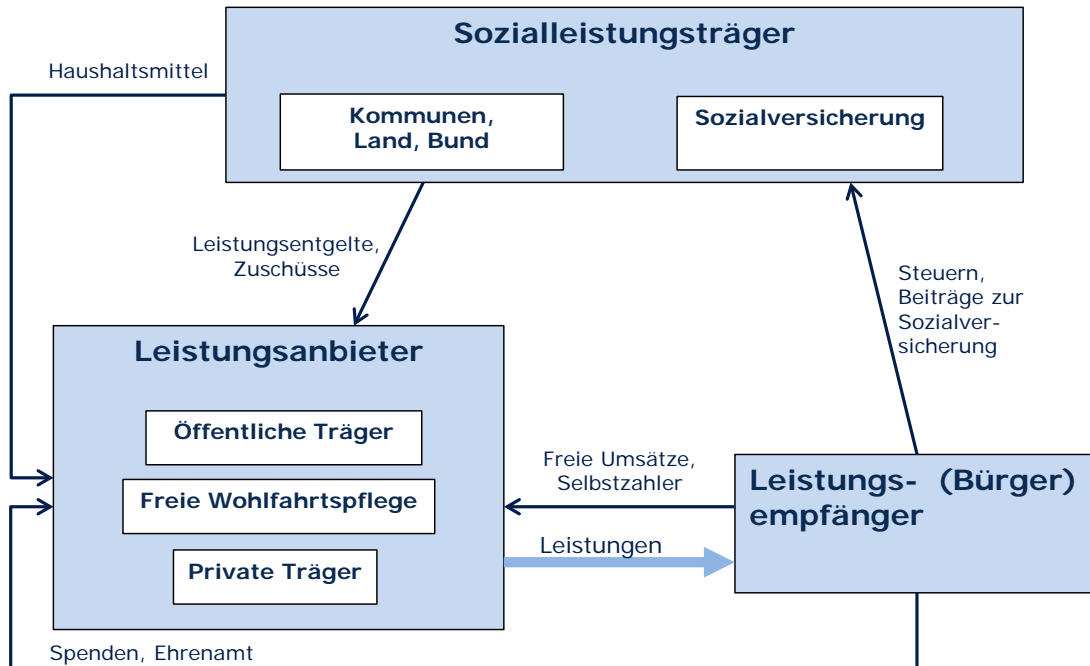
Tabelle 32: Differenzierung der Sozialleistungen nach Leistungsart und Finanzierung

Leistungsart	Beispiel	Finanzierung		
		Sozialleistungs-träger	Anbieter	Empfänger
Pflichtleistungen	Werkstätten für Menschen mit Behinderung	x		
Pflichtleistungen dem Grunde nach	Beratungsstellen in Ehe-, Erziehungs- und Familienfragen	x	x	
Freiwillige Leistungen	Schuldnerberatung	x	x	

Abbildung 40 zeigt, dass sich die Leistungsbereiche bezogen auf die Sozialleistungsträger hinsichtlich einer Finanzierung durch Steuern und durch die Sozialversicherung unterscheiden. Letztere wird wiederum anteilig finanziert aus Beiträgen der Versicherten, der Arbeitgeber und gegebenenfalls aus einem Zuschuss des Staates.

⁸⁴ Vgl. Arnold/Maellicke (2003), S. 71 und BAGFW (2002), S. 103.

Abbildung 40: Finanzierung von Sozialunternehmen (Quelle: Sozialwirtschaft Bayern)



Der größte Beitrag zur Finanzierung der Angebote stammt aus Leistungsentgelten bzw. Kostenerstattungen.⁸⁵ Dies sind z.B. Pflege- und Tagessätze für Pflegeeinrichtungen oder Kostenbeiträge für Kindergärten. In einigen Teilbereichen werden die Leistungsentgelte nicht vom Sozialleistungsträger getragen sondern mitunter durch den Leistungsempfänger. Im Pflegebereich erfolgt beispielsweise die Leistungsfinanzierung direkt durch den Leistungsempfänger unter Inanspruchnahme fester Zuschüsse der Pflegeversicherung.

Den zweitgrößten Beitrag zur Finanzierung der Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege leistet die öffentliche Hand durch öffentliche Zuwendungen. Dies sind Zuschüsse an die Verbände, die aus der Verpflichtung der öffentlichen Träger die freien Träger angemessen zu fördern, hervorgehen.⁸⁶

Einen relativ geringen Beitrag zum Finanzierungsmix der Freien Wohlfahrtspflege leisten die Eigenmittel. Die Eigenmittel der Freien Wohlfahrtspflege stammen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Schenkungen, Vermächtnissen, dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken und den Einnahmen von Wohlfahrtslotterien. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schätzt, dass nur 3% der Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege durch Spenden oder Mitgliedsbeiträge gedeckt werden.⁸⁷ Die konfessionellen Verbände erhalten zudem finanzielle Unterstützung von ihren Kirchen aus den Kirchensteuereinnahmen. Demnach werden die Leistungen und Angebote der Freien Wohlfahrtspflege zu einem Großteil vom Staat finanziert.

7.2 Kritische Betrachtung der Finanzierungslage und Lösungsansätze

Angesichts steigender Staatsschulden und unsicheren Konjunkturausblicks ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass es im Sozialbereich zu Kürzungen kommen kann. Zusätzlich wird

⁸⁵ Verschiedene Schätzungen gehen von einem Anteil der Leistungsentgelte und Kostenerstattungen an der Gesamtfinanzierung zwischen knapp 70% und 80% aus. Vgl. z.B. IW (2004), S. 29 oder Arnold/Maellicke (2003), S. 71.

⁸⁶ Vgl. Arnold/Maellicke (2003), S. 71.

⁸⁷ Vgl. IW Köln (2004), S. 29.

der demografische Wandel und die damit einhergehenden Kostensteigerung bei der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung - bei gleichzeitig geringer werdendem Steueraufkommen - den Spielraum im öffentlichen Haushalt einschränken. Bereits jetzt kommt es in vielen Betätigungsfeldern der Freien Wohlfahrtspflege zu Einsparungen.

Darüber hinaus wird die Finanzierung von Umlagesystemen wie bei der Pflege- und Krankenversicherung zukünftig mit Problemen verbunden sein, da es aufgrund der demografischen Entwicklung weniger Einzahler geben wird, aber mehr Personen, die Leistungen fordern. Damit stellt sich die Frage nach privaten Zusatzversicherungen, Zuzahlungen bzw. einer Rationierung von Leistungen.

Unter diesen Bedingungen ist die Suche nach alternativen Finanzierungsmodellen im Investitionsbereich unabdinglich. Ein Begriff, der in diesem Zusammenhang oft genannt wird, ist das so genannte Mezzanine-Kapital. Mezzanine-Kapital sind stille Beteiligungen, Genussrechtskapital oder nachrangige Darlehen, die in der Bilanz zum Eigenkapital zählen. Der Vorteil ist, dass mehr Kapital zur Verfügung steht und man mehr Spielraum bei der Kreditaufnahme hat, ohne dass die Mezzanine-Geber Mitspracherecht haben. Hintergrund ist, dass die Träger der Freien Wohlfahrtspflege aufgrund (bisher) ausreichender öffentlicher Zuschüsse häufig über zu wenig Eigenkapital verfügen und dringend notwendige Investitionen nicht tätigen können.⁸⁸ Mithilfe der Ausgabe von Mezzanine-Kapital können die sozialwirtschaftlichen Unternehmen mehr Fremdkapital aufnehmen und Investitionen tätigen. In einer Untersuchung der Bank für Sozialwirtschaft wird die freie und flexible Ausgestaltungsmöglichkeit des Mezzanine-Kapitals hervorgehoben, die es z.B. ermöglicht, Zinsen bzw. Gewinnbeteiligungen durch Waren- oder Leistungsgutschriften auszuführen.⁸⁹

Kritisch zu hinterfragen ist schließlich auch die Zweckbindung für Gebäude über die reale Nutzungsdauer von 25 bis 40 Jahre im Rahmen der Fördermittelvergabe. Diese ist mit einem wirtschaftlichen Risiko für den Träger verbunden, da die Bauten über den geförderten Zeitraum aufgrund einer höheren Nutzungsintensität nicht zu bewirtschaften sind. Zum anderen kann durch veränderte äußere Umstände die Notwendigkeit der Leistung in dem ursprünglichen Umfang verloren gehen.

Schaut man über den Atlantik ergibt sich ein weiteres Finanzierungsmodell, das teilweise schon in Deutschland praktiziert wird. Das Fundraising, d.h. die strategisch geplante Beschaffung von finanziellen oder materiellen Ressourcen. Das Arbeitshandbuch „Finanzen für den sozialen Bereich“, das u.a. von dem Paritätischen Gesamtverband e.V. herausgegeben wird, widmet dieser Finanzierungsform das ausführlichste Kapitel in ihrer Auflistung der Finanzierungsmöglichkeiten und zeigt somit die steigende Bedeutung des Fundraisings für soziale Unternehmen in Deutschland. In den USA ist das Fundraising seit mehreren Jahrzehnten ein bewährtes Mittel um soziale Dienstleistungen zu finanzieren. Die Ausgaben für das Sozialwesen sind in den USA deutlich niedriger als in Deutschland, so dass sich sozialwirtschaftliche Unternehmen nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten umschauen mussten. Eine Haupteinnahmequelle ist das Fundraising.

In Deutschland streitet sich mittlerweile eine zunehmende Anzahl gemeinnütziger Vereine um ein relativ konstantes Spendenaufkommen,⁹⁰ so dass die aktive Suche und Akquirierung neuer,

⁸⁸ Vgl. Bank für Sozialwirtschaft (2005), S. 5.

⁸⁹ Vgl. Bank für Sozialwirtschaft (2005), S. 10-11.

⁹⁰ Vgl. IW Köln (2004), S. 27 und Rottenaicher/Rennhak (2006), S. 3.

potentieller Geldgeber den finanziellen Spielraum sozialwirtschaftlicher Unternehmen durchaus erweitern kann. Zudem bietet sich zeitgleich die Möglichkeit, das Unternehmen als Marke und Vertreter von gewissen Idealen zu präsentieren. Dies ist auch von Bedeutung im Hinblick auf die Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege.

7.3 Fazit

Unbestritten ist, dass die Sozialwirtschaft ein Wachstumsmotor für Sachsen und Deutschland ist und zudem konjunkturresistent ist.⁹¹ Der Gesetzgeber hat aber in den letzten Jahren die Hürden für private Wettbewerber zum Großteil aufgehoben und die Markteintrittsbarrieren gesenkt, so dass die Freie Wohlfahrtspflege sich in vielen Bereichen vermehrt privaten Wettbewerbern stellen muss. In einigen Bereichen wird an ihrer marktbeherrschenden Stellung gerüttelt, in anderen Bereichen hat die Freie Wohlfahrtspflege bereits ihre Marktführerposition verloren. Während sich z.B. die Mehrzahl der stationären Einrichtungen noch in freier Trägerschaft befindet, ist die Zunahme ambulanter Pflegedienste in privater Trägerschaft deutlich zu erkennen. Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Investitionskosten im ambulanten Pflegebereich ist auch in Zukunft damit zu rechnen, dass der Anteil der Pflegedienste in privater Trägerschaft zunimmt. Diesem erhöhten Wettbewerb muss sich die Freie Wohlfahrtspflege stellen.

Im Gegensatz zu den privaten Wettbewerbern hat die Freie Wohlfahrtspflege aber den entscheidenden Vorteil der Kontinuität und Tradition. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben einen hohen Wiedererkennungswert und können diesen ausnutzen, um in Zukunft ein „Markenbewusstsein“ zu entwickeln.⁹² Soziale Güter sind schließlich Vertrauensgüter und dies bringt der Freien Wohlfahrtspflege einen klaren Vorteil bei wertorientierten Bedürftigen.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist zu überlegen, ob eine Finanzierung präventiver Maßnahmen für die Gesellschaft sinnvoller ist, als die Nachsorgeleistungen zu finanzieren. Zu diesem Zweck können Evaluierungen hilfreich sein, die sämtliche direkte und indirekte Kosten und Nutzen gegenüberstellen und auch intangible Effekte einschließen. Im Falle von Schuldnerberatungen kann beispielsweise eine präventive Aufklärung über Risiken bereits im Jugendalter vorteilhaft sein. Eine solche Maßnahme könnte daher bereits im Schulunterricht integriert werden.

Abschließend ist erneut festzuhalten, dass der Staat die Gesamtverantwortung für die soziale Sicherung trägt und auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten nicht aus dieser Verantwortung entlassen werden kann. Zudem bietet Sozialpolitik nicht nur jedem einzelnen eine Absicherung gegen soziale Risiken, sondern trägt auch zum sozialen Frieden in einer Gesellschaft bei.⁹³

Die Freie Wohlfahrtspflege wird auch in Zukunft eine entscheidende Rolle bei den sozialen Dienstleistungen spielen. Allen Unkenrufen zum Trotz⁹⁴ konnte sich die Freie Wohlfahrtspflege in ihren Arbeitsfeldern behaupten und präsentierte sich in den letzten Jahrzehnten damit anpassungsfähiger und innovativer als oftmals dargestellt.

⁹¹ Vgl. Deloitte (2011), S. 2.

⁹² Vgl. Cremer (2004), S. 9.

⁹³ Vgl. Arnold/Maelicke (2004), S. 28.

⁹⁴ Vgl. auch die Beiträge von Dahme/Wohlfahrt (2004). „Dilettantischer Funktionalismus“, „Konkurs oder Konkurrenz“, „Korporatismus und Kartellbildung, Markt oder Mildtätigkeit“.

8 Kritische Würdigung

Zur Berechnung der Bedeutung der Sozialwirtschaft in Sachen verwendeten wir eine vergleichsweise einfache Methodik. In einem ersten Schritt wurde die Sozialwirtschaft definiert und dann ihr Anteil an den einzelnen Wirtschaftszweigen bestimmt. Im Anschluss wurde mittels einfacher Arithmetik das Volumen der Sozialwirtschaft bestimmt. Die Daten hierzu sind frei zugänglich und stammen ausschließlich von den statistischen Ämtern. Somit sind die Berechnungen leicht nachvollziehbar.

Der Preis für die gute und einfache Nachvollziehbarkeit ist möglicherweise eine gewisse Ungenauigkeit. Die größte Schwierigkeit liegt in der angemessenen Abschätzung der Sozialwirtschaft in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Hierzu musste im darauffolgenden Schritt der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft bestimmt werden. Auch dabei sind kleinere Ungenauigkeiten anzunehmen. Anhand von offiziellen Angaben, Berichten und Veröffentlichungen sowie der Expertenmeinungen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen konnten die einzelnen Anteile aber gut approximiert und dargestellt werden.

Zudem kann unsere Annahme, dass sich die Gesamtkosten der einzelnen Wirtschaftszweiggruppen, -klassen und -unterklassen proportional zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verhält, kritisch hinterfragt werden. Als Resultat dieser Annahme ergibt sich, dass die beiden Wirtschaftsklassen „Heime“ und „Sozialwesen, anderweitig nicht genannt“ fast den gleichen Beitrag zur Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege leisten, obwohl z.B. die Instandhaltung eines Altenheims deutlich kapitalintensiver ist als die Betreibung einer Beratungsstelle. Beide WZ-Klassen sind jedoch ähnlich arbeitsintensiv, weswegen unser Ansatz eine ähnlich hohe Wertschöpfung für beide Bereiche wiedergibt.

Alternativ kann die Bruttowertschöpfung über den steuerbaren Umsatz geschätzt werden.⁹⁵ Die lückenhafte Datenlage und die sonderrechtliche Stellung einiger Betätigungsfelder der Sozialwirtschaft machen eine konsequente Verfolgung dieses Ansatzes aber nicht möglich.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die vorliegende Analyse einen guten Überblick über die Sozialwirtschaft in Sachsen und Deutschland, sowie den Anteil der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft gibt. Das Ergebnis der Bruttowertschöpfungsrechnung ist aufgrund möglicher Ungenauigkeiten als Richtwert einzustufen. Dieser Richtwert liegt aber in ähnlichen Größenordnungen wie in anderen bekannten Gutachten zur Sozialwirtschaft.

Insbesondere der nachvollziehbare Ansatz und die damit verbundene gute Vergleichbarkeit ermöglichen eine überregionale Verwendung dieses Ansatzes und bieten einen ersten Ansatz für eine einheitliche Vorgehensweise zur Bestimmung der Bruttowertschöpfung in der Sozialwirtschaft.

⁹⁵ Vgl. Karmann et al. (2009), S. 24.

Anhang

Tabelle 33: Kennzahlen für Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für WZ-Abschnitt M (Berichtsjahr 2008)

		WZ 80.1				WZ 80.3			
		Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW	Entwicklung 2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
BWS	Sachsen	14,59%	0,741 Mrd. €	0,87%	12,18%	33,30%	0,099 Mrd. €	0,12%	1,63%
	Deutschland	15,83%	18,477 Mrd. €	0,83%	12,24%	36,20%	2,198 Mrd. €	0,10%	1,46%
ET	Sachsen	6,34%	19.790	1,01%	10,79%	23,70%	2.652	0,14%	1,45%
	Deutschland	15,15%	459.581	1,14%	11,70%	35,34%	54.671	0,14%	1,40%
SvB	Sachsen	-3,68%	12.675	0,91%	8,65%	12,05%	1.698	0,12%	1,16%
	Deutschland	-0,24%	193.774	0,70%	6,79%	17,25%	23.051	0,08%	0,81%

Tabelle 34: Kennzahlen für Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für WZ-Abschnitt N (Berichtsjahr 2008)

		WZ 85.11				WZ 85.14				WZ 85.31				WZ 85.32			
		2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW	2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW	2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW	2002 - 2008	absoluter Wert	Beitrag zur Gesamtzahl	Beitrag zur SW
BWS	Sachsen	13,22%	2,141 Mrd.	2,51%	35,18%	57,36%	0,557 Mrd.	0,65%	9,16%	46,58%	1,316 Mrd.	1,54%	21,62%	22,93%	1,231 Mrd.	1,45%	20,23%
	Deutschland	9,70%	59,576 Mrd.	2,66%	39,45%	46,87%	9,260 Mrd.	0,41%	6,13%	26,87%	37,684 Mrd.	1,68%	24,95%	29,12%	23,825 Mrd.	1,06%	15,78%
ET	Sachsen	5,64%	65.733	3,37%	35,82%	46,83%	17.111	0,88%	9,33%	36,77%	40.394	2,07%	22,01%	14,72%	37.811	1,94%	20,61%
	Deutschland	3,27%	1.563.727	3,88%	39,70%	38,26%	243.042	0,60%	6,20%	19,44%	989.109	2,46%	25,10%	21,55%	625.349	1,55%	15,90%
SvB	Sachsen	-1,26%	53.966	3,86%	36,82%	37,24%	14.048	1,00%	9,58%	27,84%	33.163	2,37%	22,62%	7,21%	31.036	2,22%	21,17%
	Deutschland	-1,87%	1.206.238	4,37%	42,24%	31,39%	187.479	0,68%	6,56%	13,50%	762.985	2,76%	26,72%	15,51%	482.386	1,75%	16,89%

Tabelle 35: Kennzahlen für Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (Berichtsjahr 2008)

		SW insgesamt		
		Entwicklung 2002 - 2008	BWS in Mrd. €, ET und SvB in Tsd.	Beitrag zur Gesamtzahl
BWS	Sachsen	25,07%	6,086	7,15%
	Deutschland	19,55%	151,019	6,74%
ET	Sachsen	16,78%	183,491	9,40%
	Deutschland	13,34%	3935,479	9,77%
SvB	Sachsen	9,02%	146,586	10,48%
	Deutschland	6,74%	2855,913	10,34%

Literatur

- Arnold, U. und Maelicke B. (Hrsg.) (2003):** Lehrbuch der Sozialwirtschaft, 2. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden.
- Behr, K., Liebig, R. und Rauschenbach, T. (1999):** Das Ehrenamt in empirischen Studien - ein sekundäranalytischer Vergleich, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 163, Stuttgart.
- Brinkmann, V. (2010):** Sozialwirtschaft. Grundlagen - Modelle - Finanzierung, Gabler, Wiesbaden.
- BAGFW - Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2002):** Die Freie Wohlfahrtspflege - Profil und Leistungen, Lambertus, Freiburg.
- BAGFW - Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (2009):** Gesamtstatistik 2008. Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege.
- Bank für Sozialwirtschaft (2005):** Finanzierungsprobleme und Finanzierungsmöglichkeiten in der Freien Wohlfahrtspflege.
- Bauer (1997):** Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor. Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte - dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München. *Münchener Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie*.
- Blume/Fromm (2000):** Regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel. *Kasseler Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften*, Band 11.
- BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010):** Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, München.
- Bundesregierung (1996):** Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft, Drucksache 13/5674.
- Bundesregierung (2010):** Rede von Bundespräsident Christian Wulff, Bulletin der Bundesregierung, 130-1.
- Coleman, J. S. (1998):** Social capital in the creation of human capital, *American Journal of Sociology*, 94, S. 95-120.
- Corporation for National and Community Service, Office of Research and Policy Development (2010):** Volunteering in America 2010. National, State and City Information, Washington D.C.
- Cremer, G. (2004):** Wohlfahrtsverbände und Staat - welche Spielregeln bestimmen die Zukunft der Sozialwirtschaft?, Deutscher Caritasverband, ConSozial.
- Dahme, H.-J. und Wohlfahrt, N. (2004):** Krisen und Modernisierungsschübe, Sozialextra.

- Deloitte (2011):** Zur Lage der Sozialwirtschaft - Auswertung der Deloitte-Umfrage im Dezember 2010/Januar 2011.
- Deutsche Bank Research (2007):** Wachstumspotenzial durch Sozialkapital - Grundlagen und Herausforderungen für den lokalen Kontext, Jena.
- Deutsche Bank Research (2010):** Wirtschaftsfaktor Wohlfahrtsverbände, Frankfurt.
- Enzinger, A., Heeg, S., Rätz-Heinisch, R. und Steinhagen, A. (2006):** Neue Formen ehrenamtlichen Engagements in Bereichen der sozialen Arbeit. - Gefahr oder Chance für professionelles Handeln?, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 7, S. 358-361.
- Franz, P., Rosenfeld, M., Roth, D. (2002):** Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region?, *IWH Diskussionspapiere Nr. 163*.
- Gehmacher, E. (2003):** Sozialkapital - ein neues OECD-Programm, SWS-Rundschau, 3.
- Generali Zukunftsfonds (2008):** Engagement Atlas 09. Daten, Hintergründe, volkswirtschaftlicher Nutzen.
- IW - Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2004):** Wohlfahrtsverbände in Deutschland - auf den Schultern der Schwachen, Essen.
- Karmann, A., Werblow, A., Schulze, K. und Lukas, D. (2009):** Erste Bestandsaufnahme der Gesundheitswirtschaft in Sachsen, GÖZ, Dresden.
- Knack, S. und Keefer, P. (1997):** Does social capital have an economic payoff? A cross-country investigation, *Quarterly Journal of Economics*, 112, 4, S. 1251-1288.
- Knappe (2006):** Die Regionalwirksamkeit der Wissenschaftseinrichtungen in Potsdam, *Praxis Kultur- und Sozialgeographie*, PKS 40.
- Kramer, Jost W. (2006):** Sozialwirtschaft - zur inhaltlichen Strukturierung eines unklaren Begriffs, Wismarer Diskussionspapiere, 6.
- Leusing, B. (2007):** Hochschulen als Standortfaktor - Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg, Discussion Paper Nr. 15.
- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen (2009):** "Liga-Statistik 2009".
- Maelicke, B. (2007):** Lexikon der Sozialwirtschaft, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden.
- OECD - Organisation for Economic Co-Operation and Development (2001):** The well-being of Nations. The role of human and social capital.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband, Bank für Sozialwirtschaft und B. Hohn (Hrsg.) (2010):** Arbeitshandbuch Finanzen für den sozialen Bereich. Von der öffentlichen Förderung zur zukunftsorientierten Finanzierungsgestaltung, Hamburg.
- Pho, Ivon H. (2008):** The value of volunteer labor and the factors influencing participation. Evidence for the United States from 2002 through 2005, *Review of Income and Health*, 52, II, S. 220-236.

- Puch, H.-J. und Schellberg, K. (2010):** Sozialwirtschaft Bayern - Umfang und wirtschaftliche Bedeutung, Nürnberg.
- Putnam, R. (1993):** Making democracy work. Civic traditions in modern Italy, Princeton University Press, New Jersey.
- Rottenaicher, S. und Rennhak, C. (2006):** Spendenmarketing - Methoden, Anwendungsbeispiele und Erfolgsfaktoren, Munich Business School Working Paper, 04.
- Sabatini, F. (2008):** Social capital and the quality of economic development, Kyklos, 61, 3, S. 466-499.
- Sächsische Schuldatenbank:** "www-db.sn.schule/output/start.php".
- Salamon, L., Wojciech, S. and Associates Global Civil Society (2004):** Dimensions of the Nonprofit Sector Volume Two, Kumarian Press, Bloomfield.
- Schneider, M. (2008):** "Die Entwicklung der Sozialwirtschaft im Land Bremen: Gutachten für den Paritätischen Bremen", BASYS, Augsburg.
- SLS - Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (2011):** Sucht 2010. Bericht der ambulanten Suchtkrankenhilfe in Sachsen.
- SMS - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (2005):** Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen 2004. Ergebnisse und Trends.
- Spehl, H., Feser, H.-D., Schulze, P. (2005):** Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz:
http://www.mbwjk.rlp.de/fileadmin/Dateien/Downloads/Wissenschaft/wirkung_forschung_lang.pdf; zitiert: April 2011.
- Statistisches Bundesamt (2003):** "Klassifikationen der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen", Ausgabe 2003, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006):** "Verdienste nach Berufen 2006", Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010):** Der Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2011, a):** "Erwerbstätige, Arbeitnehmer, Selbständige und mithelfende Familienangehörige (im Inland): Deutschland, Jahre, Wirtschaftszweige (WZ2003: Abschnitte und Zusammenfassungen)", Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011, b):** "Pfleigestatistik 2009; Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, 3. Bericht: Ländervergleich - ambulante Pflegedienste", Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011, c):** " Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort: Deutschland, Stichtag, Beschäftigungsumfang, Geschlecht, Wirtschaftszweige", Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011, d):** "VGR der Länder (Entstehungsrechnung) - Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (nominal): Bundesländer, Jahre, Wirtschaftszweige (WZ2003: Abschnitte und Zusammenfassungen)", Wiesbaden.

Statistisches Landesamt (2008): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Freistaat Sachsen, *Statistischer Bericht O II 3 - 5j/08*.

Statistisches Landesamt (2009): Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, *Statistischer Bericht N I 6 - vj 4/09*.

Statistisches Landesamt (2010): Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister, *Statistischer Bericht D II 1 - j/10*.

Stoetzer, M.-W., Krähmer, C. (2007): Regionale Nachfrageeffekte der Hochschulen - Methodische Probleme und Ergebnisse empirischer Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland. *Jenaer Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Heft 6*.

Wendt, W. R. (2003): Sozialwirtschaft - eine Systematik, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden.